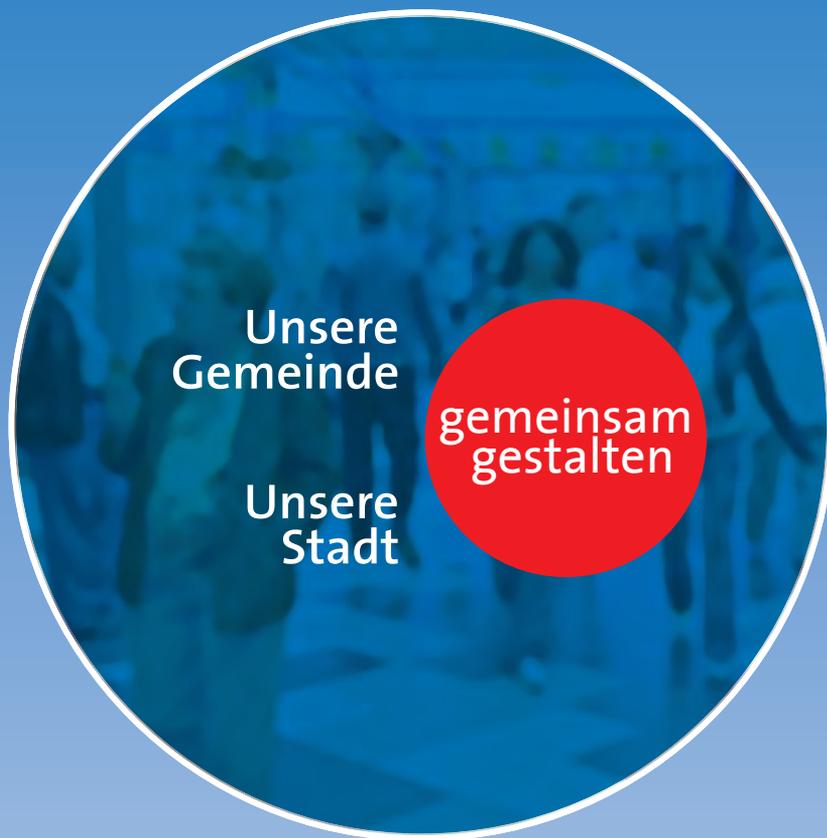


Handbuch Kommunale Werkstätten



Wie wir mit
starken Themen
und Teams
in die
Kommunalwahlen
2009 gehen

SPD

Baden-Württemberg

Handbuch Kommunale Werkstätten
September 2007

Herausgeber: SPD Landesverband
Verantwortlich: Jörg Tauss
Schlussredaktion: Elvira Drobinski-Weiss,
Franziska Engehausen, Ulrike Mozden,
Oliver Stegemann, Torsten Schubert

SPD Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/61936-0
Fax: 0711/61936-20
E-Mail: bawue@spd.de
www.spd-bw.de

Gestaltung:
INFO & IDEE Ludwigsburg
www.abenteuer-unserer-zeit.de

«Mitten drin statt nur dabei» –

ein Werbeslogan, der für viele von uns die Motivation ihres Engagements in der SPD beschreibt. Ursprünglich für einen Sportkanal kreiert, passt der Spruch aber auch hervorragend zur SPD für die Kommunalwahl 2009. Denn Kommunalwahl ist wie Mannschaftssport: Wir strengen uns an, um als Team möglichst gut abzuschneiden. Jede und jeder einzelne wiederum gibt ihr beziehungsweise sein Bestes, um mittendrin zu sein und etwas für den Erfolg der Gemeinschaft zu tun. Dieses kommunale Handbuch ist, um im Bild zu bleiben, dabei ein völlig legales Hilfsmittel.

«Dauerhaft - gemeinsam - stark»

Um erfolgreich zu sein, ist das koordinierte Zusammenspiel der einzelnen Mannschaftsteile besonders wichtig, das heißt, wir – die Landesebene und Ihr als aktive Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten



vor Ort – werden bis zum Wahltag Hand in Hand den Wahlkampf vorbereiten, indem wir uns helfen, abstimmen und in der heißen Phase gemeinsam gute und kreative Aktionsformen umsetzen. Dieses Handbuch ist daher nur ein erstes Angebot von Seiten des Landesverbandes, das anschließend ausgebaut wird. Wir «coachen» Euch – in der Vorbereitung und während des «Spiels», also während des Kommunalwahlkampfes

selbst. Das heißt, die SGK wird einen Referentenpool bereitstellen, in dem Ihr hervorragende Expertinnen und Experten findet, die Tipps und Hilfen zu den verschiedensten Aktivitäten geben können. Aber auch dieses Handbuch werdet Ihr in ständig aktualisierter und weiterentwickelter Form im Netz finden. Denn wie im Sport kann man mit kreativen, überraschenden Ideen die Gegner/innen – und was in diesem Fall viel wichtiger ist – die Zuschauer/innen beziehungsweise Wähler/innen überraschen.

Von der Planung zur heißen Phase

Zu jedem gelungenen Wahlkampf gehört eine Analyse- und Planungsphase, das heißt: Bevor die heiße Phase beginnt, werden wir uns gut aufstellen.

Mit den Kommunalen Werkstätten findet Ihr ein geeignetes Instrument, das Euch eine gute Vorbereitung des Wahlkampfes ermöglicht – sowohl in der Themenfindung als auch im Dialogcharakter. Daher stellen wir Euch die Kommunalen Werkstätten als zentralen Bestandteil der Vorbereitungen im ersten Teil dieses Handbuchs vor.

Im zweiten Teil des Handbuchs findet Ihr Aktionsformen, die in anderen Kommunen bereits erfolgreich angewandt wurden – sehr geeignet auch für den langfristigen Wahlkampf. Auch bei diesen Aktionen steht der Dialogcharakter mit den Bürgerinnen und Bürgern im Vordergrund. Die Formen der Umsetzung sind unglaublich vielfältig. Wir müssen und werden uns nicht hinter einem Infostand verstecken, wir müssen aber auch das Rad nicht immer neu erfinden.

Im dritten Teil findet Ihr Themen, die alle gleichermaßen betreffen, etwa die Beziehungen der Kommunen zu Europa oder die Finanzbeziehungen zu Bund und Land.

Lasst uns nun gemeinsam unser «Spiel» vorbereiten und es als großes gemeinsames Team bestreiten. Dann sind wir überzeugend, dann können wir auch andere für unsere Mannschaft begeistern!

Jörg Tauss
Generalsekretär der
SPD Baden-Württemberg

Ziele

Wir wollen mittendrin sein in den Kommunen, verankert in der Bevölkerung. Deswegen sind wir eine Partei, bei der die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mitmachen können. In jeder Phase dieses Kommunalwahlkampfes soll es Markenzeichen und Stärke der SPD sein, möglichst viele Menschen zu aktivieren, Mitstreiter und Mitstreiterinnen für gemeinsam

erarbeitete Positionen zu gewinnen. Wenn Du an dieser Stelle angekommen bist, bist Du schon mittendrin. Das ist unsere Chance: **wir gewinnen – indem wir Menschen begeistern:** für ein Projekt, für diejenigen, die unser Programm repräsentieren, für die SPD. Deswegen heißt es dieses Mal: **Raus aus den Hinterzimmern, auf die Menschen zu-**

gehen, gemeinsam aktiv werden. Lasst uns die Bürgerinnen und Bürger nicht erst einbeziehen, wenn es darum geht, unser Produkt zu verkaufen, sondern lasst es uns bereits gemeinsam mit ihnen entwickeln. Dann geht auch der Wahlkampf leichter. Wir gewinnen!

Was ist das?.....	6
Wie geht das?.....	6
Muster Einladungen.....	7
Presseankündigung für die Kommunalen Werkstätten.....	8
Referentenpool.....	8
Checkliste.....	9

Zukunftswerkstatt.....	12
«Open Space».....	13
Appreciative Inquiry (Motivation für den eigenen Ortsverein).....	14
Anhörung/ Hearing.....	15
Beratungsbörse.....	15
Pro & Contra.....	16
Runder Tisch.....	16
Hobbybörse.....	17
Café Gespräche.....	18

hörBar.....	19
Ihre Meinung - unser Kaffee.....	19

Erste Schritte im Vorfeld.....	20
Klare Themensetzung für den Wahlkampf.....	20
Werbung von Kandidaten und Meinungsmachern.....	21
Checkliste Kandidat/innen-Werben.....	21



Sozialbericht [Herrenberg].....	26
Gründung Jugendgemeinderat [Böblingen].....	26
Sommerferienprogramm [Lichtenau].....	27
Kinderbüro [Nagold].....	27
Anti-Gewalt-Forum [Wiesloch].....	28
Bündnis für Familie [Wiesloch-Walldorf].....	28
Gesamtkonzept für ein behindertenfreundliches Wiesloch.....	29
Glückwunsch-Aktion [Pleidelsheim].....	29
Kinder- und Jugendstudie zum Sportverhalten [Mannheim].....	30
Kindergärten – Angebotsvielfalt [Schwäbisch Hall].....	30
«Feuergriffe» – Stadtschreiber für Kinder- und Jugendliteratur [Mannheim].....	31
«Jugend mit Zukunft» [Bad Rappenau].....	9
«Älter werden in der Fremde» [Awo Kreisverband Stuttgart].....	32
«Pro-Sie-Projekt» [Awo Kreisverband Stuttgart].....	32
Qualität für Kinder [Bietigheim-Bissingen].....	33
Kinder-Uni [Bietigheim-Bissingen].....	33



Dorfladen [Schwäbisch Hall].....	34
Lebensmittelnahversorgung [Brühl].....	34
Life Science Center [Esslingen].....	35
Mobilmäusele [Esslingen].....	35
Musikpark Mannheim.....	36
Neckarforum.....	36
Nagolder City-Commitment.....	37
Acherner Wirtschaftsclub.....	37



Akademietage [Bietigheim-Bissingen].....	38
Digitalisierungswerkstatt beim Stadtarchiv [Mannheim].....	38
Kultur macht Schule [Mannheim].....	39
Konzepte in der Ganztageschule [Weinsberg].....	39
Tharos-Projekt [Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Ulm].....	40
Schreib- und Literaturprojekt «Deutsch geht gut» [Bietigheim-Bissingen].....	40
Projekt «Lesepaten» der Aktiven Senioren [Bietigheim-Bissingen].....	41
Regionales Leseprojekt: Ein Buch im Dreieck [Mannheim].....	41



Bürgerbefragungen.....	42
Nutzerbefragung.....	42
Parkplätze am Bahnhof [Wiesloch].....	42
Bevölkerungsbefragung [Hüfingen].....	42



Bürgerengagement ist, wenn alle gewinnen! [Nürtingen].....	43
Der Leitbildprozess der Stadtverwaltung [Nagold].....	43
Bürgerstiftung [Ulm].....	44
Bürgerstiftung [Böblingen].....	44
Erfolgreiche Initiative für eine Bürgerstiftung [Wiesloch].....	45
Bürgerengagement schafft einen Spielplatz [Neulautern].....	45
Ehrenamtspreis [Wiesloch].....	46



Familienfreundlicher und ökologischer Städtebau [Lahr].....	47
Soziale Stadt-lebenswerte Pliensauvorstadt [Esslingen].....	47
Generationenübergreifendes Wohnen [Herrenberg].....	48
Nachhaltiges innerstädtisches Flächen-Management [Böblingen].....	48
Einrichtung einer Urnenwand [Herrenberg].....	49
Pilotprojekt in der Region: Wasser-/ Wärmepumpe [Lahr].....	49
Neue Halle am Herzogenried [Mannheim].....	50
Zukunftswerkstatt «Stühlinger» [Freiburg].....	50
Interkommunales Gewerbegebiet [Achern].....	51



Amphibienleiteinrichtung am Hohbergsee [Lahr].....	52
Borstenschnapp in der Schutter [Lahr].....	52
Eisblockwette [Lahr].....	53
Energiewirtschaft - Nachhaltigkeit [Schwäbisch-Hall].....	53
Die Stadtwerke bieten mehr! [Esslingen].....	54
Keine grüne Gentechnik in Lahr.....	54
Energiesparen im Altbau (1) [Lahr].....	55
Energiesparen im Altbau (2) [Lahr].....	55
Exkursionsführer Energie und Wasser [Lahr].....	56



Die Chrysantheme [Lahr].....	56
Rad & Rolli-Tour [Bad Rappenau].....	57
Stimmiges Stadtmarketing [Riegel].....	57

Bundespolitik und Kommunalfinanzen.....	63
Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen.....	65
Europa und die Kommunen sind das selbe Zuhause.....	66
Lebenswerte Städte und Gemeinden.....	68



Abschaffung der «unechten Teilortswahl» <i>[Herenberg]</i>	58
Public Private Partnership <i>[Mannheim]</i>	58
Mindestlohn – (Kommunale) Sozial-Charta <i>[Böblingen]</i>	59
Runde Tische für Unternehmer/innen, Senior/innen und Landwirt/innen <i>[Lichtenau]</i>	59



Halbzeitbilanz der Gemeinderatsfraktion <i>[Waldbronn]</i>	60
2,5 Jahre nach der letzten Kommunalwahl <i>[Forst]</i>	60
Engagement von Frauen für Frauen <i>[Forst]</i>	61
Gemarkungssichtung mit dem Fahrrad <i>[Forst]</i>	61



Interkommunale Positionsbestimmung <i>[Heidelberg, Leimen, Wiesloch, Walldorf, Nußloch und Sandhausen]</i>	62
Jusos für Europabüro <i>[Ostalbkreis]</i>	62

TEIL 1: RAUS AUS DEN HINTERZIMMERN!

Kommunale Werkstätten.....	6
Veranstaltungsformen, die Interesse wecken.....	12
Aktionen, die Lust auf mehr machen.....	19
Kandidatengewinnung.....	20
Kommune – Kreis – Europa.....	22
Wie geht's weiter?.....	23
Fit für die Kommunalpolitik.....	24

TEIL 2: BEISPIELE EURER ARBEIT, DIE BEGEISTERN:



Soziales.....	26
---------------	----



Wirtschaft.....	34
-----------------	----



Kultur und Bildung.....	38
-------------------------	----



Bürgerbeteiligung.....	42
------------------------	----



Bürgerschaftliches Engagement.....	43
------------------------------------	----



Städtebau.....	47
----------------	----



Ökologie.....	52
---------------	----



Stadtmarketing.....	56
---------------------	----



Kommunale Verwaltung.....	58
---------------------------	----



Fraktion und Öffentlichkeit.....	60
----------------------------------	----



Über die Kommune hinaus.....	62
------------------------------	----

TEIL 3: ECKPUNKTE ZU THEMEN- UND PROBLEMFELDERN KOMMUNALPOLITISCHEN HANDELNS	63
---	----

TEIL 4: LITERATURHINWEISE	69
--	----

TEIL 1: Raus aus den Hinterzimmern!

Kommunale Werkstätten – was ist das?

«Kommunale Werkstätten» – möglicherweise stellt sich bei Euch beim Lesen dieses Begriffs die Assoziation mit einem Handwerksbetrieb – etwa einer Schreinerei – ein. Dort entsteht nach und nach, von der Idee über das grobe Behauen bis zum Feinschliff, langsam ein stimmiges Werkstück, das den zu Beginn

verhandelten Wünschen der Kundin oder des Kunden entspricht.

Die Kommunalen Werkstätten funktionieren ähnlich. Wir wollen – **zugewandt auf jede Kommune - ein Programm erarbeiten**, das von den Menschen aktiv mitentwickelt wird. Denn dann empfinden sie es

auch als ihr eigenes Projekt, machen Werbung und entscheiden sich am Ende für uns als ihre Partei.

Wir sind die Partei, die Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Wir behaupten das nicht nur, sondern wir geben den Menschen tatsächlich Zugang zu unseren Diskussionen.

Kommunale Werkstätten – wie geht das?

Was ist zu tun? Die «Kommunalen Werkstätten» sind ein Angebot von Euch an die Bürgerinnen und Bürger, um mit Ihnen in einen aktiven Gedankenaustausch zu treten, die Probleme und Herausforderungen Eurer Kommune zu analysieren und Lösungsvorschläge und Visionen zu erarbeiten. Wir wollen nicht von oben herab Vorschläge machen, sondern mittendrin sein. Dabei können die Bürgerinnen und Bürger ihren jeweiligen Sachverstand und ihre Ideen einbringen und selbst an der Gestaltung Eurer Kommune teilhaben.

Diskutiert mit den Bürgerinnen und Bürgern, nehmt die Ideen auf, testet auch Eure eigenen Vorschläge. Welche Entwicklungen sind wünschenswert? Wo kann man in den nächsten Jahren Schwerpunkte setzen? Wo muss dringend etwas gemacht werden? Wo gibt es alternative Handlungsmöglichkeiten zur bisherigen Linie? Kurz: Ihr könnt im Rahmen der Kommunalen Werkstätten mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen eine lokale Vision für Eure Stadt entwickeln und diese im Rahmen Eurer Einflussmöglichkeiten umsetzen.

Dann wird klar sein: Je erfolgreicher die SPD bei der Wahl abschneidet, desto besser können die Bürgerinnen und Bürger ihre Vision umgesetzt sehen.

TIPP: *Beginnt damit, Vertreter/innen von Vereinen und Verbänden einzuladen. Fragt sie drei Dinge: Was beschäftigt Sie gerade? Was ist das Interessante an Ihrer Arbeit? Wie können wir Sie unterstützen?*



Wo? «Raus aus den Hinterzimmern» beginnt bereits bei den Kommunalen Werkstätten: sucht Euch passende, auch ungewöhnliche Räume (alte Fabrikhalle etc.). Das macht die Veranstaltung für potenzielle Teilnehmer/innen interessanter.

TIPP: *Vielleicht habt Ihr Mitglieder oder Sympathisant/innen, die Veranstaltungen gekonnt organisieren oder interessante Kontakte haben, die ein entsprechendes Ambiente bieten. So mobilisiert Ihr gleichzeitig Eure Mitglieder und ihre Identifikation mit dem Wahlkampf.*



Das Ergebnis? Kernidee ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am sozialdemokratischen Projekt. Die Ergebnisse der «Kommunalen Werkstätten» sollen in Eure Wahl- und Arbeitsprogramme einfließen. Dann seid Ihr mittendrin, mit Informationen aus erster Hand, und die Menschen fühlen sich in ihrer Funktion als Souverän auf Augenhöhe und ernst genommen.

Wer gute Dialoge anbieten kann, der gewinnt interessierte Bürgerinnen und Bürger auch für die politische Arbeit! Nicht nur Themen und Ideen werden Euch so fast «auf dem Silbertablett» serviert, Aktive können auch potenziell Persönlichkeiten für eine Kandidatur auf der SPD-Liste sein!

Muster-Einladung für Eure Mitglieder

Lieber Karl-Heinz-Theodor / Liebe Karla-Brunhilde,

Baden-Württemberg hat viele rote sozialdemokratische Tupfer. Aber wir wollen mehr – ein freundliches, flächendeckendes Rot. Das heißt: Wir wollen Verantwortung übernehmen für unsere Städte und Gemeinden. Um dies zu erreichen, verfolgen wir für die Kommunalwahl im Sommer 2009 das Ziel, unsere Verankerung inmitten der Gesellschaft zu stärken.

Wie kann uns das gelingen? Dies erreichen wir durch Dialog – Umsetzung – Verankerung in der neu entwickelten «Kommunalen Werkstätte».

Konkret heißt das: In der Diskussion mit allen Interessierten hier in Schwabadingen eine lokale Vision entwickeln, diese professionell umsetzen und sie in der heißen Phase des Wahlkampfes gemeinsam im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankern.

Dialog für Ideen: Mit den Vereinen und Gruppen und den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern wird es eine intensive Zusammenarbeit geben. Jeder und jede kann sich beteiligen. Ziel ist es, aus der konkreten Situation in Schwabadingen heraus Strategien für eine erfolgreiche kommunalpolitische Zukunft zu entwickeln.

Inhalt braucht Umsetzung: Neben den inhaltlichen Fragen soll die Werkstätte dazu dienen, die Umsetzung der Ideen professionell zu gestalten. Es kommt darauf an, die Inhalte so in unser Kommunalwahlprogramm und unsere Aktionen einzubringen, dass sie Aufmerksamkeit erregen und überzeugen.

Erfolg durch Verankerung: Gelingt die Verzahnung der SPD mit den Schwabadinger/innen, mit Nachbar/innen, Freund/innen, Kolleg/innen und anderen – durch den Dialog, durch die Umsetzung in unser kommunalpolitisches Programm und durch ansprechende Aktionen –, dann sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kommunalwahl geschaffen. Dann wird die SPD von den Schwabadingern als ihre Partei vor Ort wahrgenommen. Dann werden wir gewinnen.

Lieber Karl-Heinz-Theodor, Du bist herzlich eingeladen in der Kommunalen Werkstätte Schwabadingen mitzumachen, Interessierte zu den Diskussionen mitzubringen, damit unser Programm viele Wurzeln bekommt, das Rot kräftiger und Leben in Musterhäusern attraktiver wird.

Mit freundlichen Grüßen
Ortsvereinsvorsitzende/r

Muster-Einladung für kommunal Interessierte

Sehr geehrte Frau Müller-Meier-Schulze / Sehr geehrter Herr Lämmle-Kraut,

vielleicht haben Sie sich beim Öffnen dieses Briefes gewundert. Ein Brief von der SPD? Das Erstaunen wäre vollkommen normal. Doch Neues bietet oft eine Chance für Verbesserungen. Und so haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, gemeinsam mit allen Interessierten, gemeinsam mit Ihnen, ein zukunftsweisendes Projekt für unsere Stadt/Gemeinde zu entwickeln.

Dazu gründet die SPD Schwabadingen eine Kommunale Werkstätte, in der konkrete Zukunftspläne, von der Autobahntrasse bis zu den Kindertagesstätten, diskutiert, in ein Konzept gegossen und anschließend in reale Politik umgesetzt werden sollen. Dafür benötigen wir alle Köpfe, die unsere Stadt/Gemeinde nach vorne bringen wollen. Schwabadingen braucht eine Politik, die aus der Mitte der Schwabadinger kommt. Genau deswegen möchten wir Sie zum Mitmachen einladen.

Wie funktioniert diese Werkstätte?

Ziel ist es, von der Schwabadinger Gegenwart aus Zukunftsideen zu diskutieren. Wir wollen ein Projekt, das im Bündnis mit Ihnen als politische interessierten Bürgerinnen und Bürgern entwickelt wird.

Die so entstandene Vision wird dann der Leitfaden unserer Politik für die nächsten Jahre sein. Es geht also nicht nur ums Zuhören, wir wollen Sie als Partner/in. In diesem Sinne sind Sie herzlich eingeladen, sich am 20. 2. 2008 ein erstes Mal mit uns im Schafersaal des Zentrums Sonneblick zu einem Gedankenaustausch zu treffen. Wir freuen uns auf kreative, zukunftsweisende Ideen. Wir freuen uns auf Sie.

Mit freundlichen Grüßen
Ortsvereinsvorsitzende/r

Presseankündigung für die Kommunalen Werkstätten

Wie werden Sie entscheiden?

Mehr Bürgerbeteiligung ist eine häufige Forderung an die Politik. Diesem Wunsch tragen wir von der SPD Schwabadingen mit einem neuen Projekt für unseren Ort Rechnung: Wir laden zur «Kommunalen Werkstätte» ein, deren Ziel es ist, eine breit getragene Vision für unsere Stadt/Gemeinde zu entwickeln, die Leitfaden der Kommunalpolitik werden soll. Herausforderungen gibt es genügend: Die Zukunft der Bahntrasse, die Verlängerung der Fußgängerzone, das neue Parkkonzept. Die Themen, die Sie als Einwohnerin oder Einwohner von Schwabadingen umtreiben – das sind die Themen der Kommunalen Werkstätte.

«Kommunalpolitik lebt vom direkten Kontakt zwischen Gewählten und Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen gemeinsam mit interessierten Menschen aus unserem Ort eine konkrete und weitsichtige Zukunftsidee für ein besseres Schwabadingen entwickeln. Die SPD ist offen für Wünsche und Ideen. Im eigenen Saft zu schmoren war noch nie unsere Lösung. Diesem Ansatz folgt auch die Kommunale Werkstätte. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern bringen wir Schwabadingen nach vorne», so der/die Vorsitzende Peter / Rosa Roth. Der erste Gedankenaustausch findet am... um.. im... statt.

TIPP: *Der Veranstaltungstermin der Kommunalen Werkstätte samt Ort sollte eine Woche vorher in allen Lokalzeitungen und Gemeindeblättern angekündigt werden. Da zu den Veranstaltungen nicht immer ein/e Pressevertreter/in erscheint, ist es sinnvoll, unabhängig davon einen Bericht und ein Foto von der Veranstaltung anzufertigen. Dieses Material kann bei Bedarf an die Presse verschickt und auf die eigene Homepage gestellt werden.*



Referentenpool

«Hilfe! Ich kenn' mich bei dem Thema nicht aus», «Hilfe! Wir kommen hier nicht weiter» – wenn Euch solch ein Gefühl in der Vorbereitung des Wahlkampfes beschleicht, dann fragt doch einfach jemanden, der sich damit auskennt. Der SGK-Referentenpool steht Euch während der Vorbereitung und der heißen Phase der Kommunalwahl zur Verfügung.

Wir haben jede Menge kompetenter Menschen in der SPD, die darauf brennen, ihr Wissen zur Verfügung zu stellen. Sei es, dass Ihr Unterstützung wollt zum aktiven Wahlkampf oder zu Aktionsformen. Oder Ihr braucht Informationen zu bestimmten Themen. Das Wissen ist da. Wir müssen es nur abrufen. Wir werden die Expert/innen nach Regionen sortiert aufführen. Dann könnt Ihr auch kurzfristig etwas ausmachen, wenn es schnell gehen muss. Ruft also an und fragt nach.

Und natürlich gilt: wenn Ihr selbst der absolute Fachmann / die absolute Fachfrau auf einem Gebiet seid, meldet Euch. Wir nehmen jeden gerne in den Pool auf. Je mehr Wissen wir sammeln, desto besser sind wir!

Kontakt: SGK Baden-Württemberg
E-Mail: wim.buesink@sgk-bw.de

Vorbereitung von Veranstaltungen im Rahmen der Kommunalen Werkstätte

Vorbereitung: Macht Euch klar, welche Veranstaltungsform am besten zu Eurem Ortsverein und den Gegebenheiten bei Euch vor Ort passt.

Zielgruppe: Definiert die Zielgruppe, die Ihr mit einer Veranstaltung erreichen möchtet.

Thema: Sucht Euch ein kommunales Thema, das zu Eurer Kommune passt und mit dem Ihr möglichst viele Menschen erreichen könnt. Überlegt auch, welche gesellschaftlichen Gruppen vor Ort könnte man in eine Veranstaltung mit einbinden und zu welchen besteht vielleicht bereits ein Kontakt?

Personalorganisation: Am Besten bestimmt Ihr eine/n Verantwortliche/n aus dem Vorstand, der/die die Veranstaltung plant und koordiniert. Dann benötigt Ihr jemanden, der/die sich um die mögliche Expert/innen, Referent/innen, Moderator/innen kümmert und diese zum Mitwirken einlädt. Der/die Presseverantwortliche kümmert sich um die Öffentlichkeitsarbeit. Lasst von Eurem Team Plakate kleben und aufstellen. Ein weiteres kleines Team kümmert sich um die Verpflegung.

Einladungen / Anschreiben: Der beziehungsweise die Vorsitzende sollte in einer ansprechenden Einladung die SPD-Mitglieder bis maximal zwei Wochen vor dem Veranstaltungstermin eingeladen haben. Ebenso sollten engagierte Persönlichkeiten aus der Kommune, Vereinen, Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen eingeladen werden. Damit die Portokosten für die Briefe nicht zu groß werden, benutzt doch zum größten Teil einfach die E-Mail. Soweit noch nicht geschehen, könnt Ihr auf diesem Weg eine E-Mail-Verteilerdatenbank erstellen, die beliebig erweiterbar ist und für kommende Einladungen als Basis dient.

Plakate / Handzettel: Um auf die Veranstaltung aufmerksam zu machen, ist es sinnvoll, in der Innenstadt und auf Hauptstraßen Plakate aufzustellen. Auf diesen Plakaten sollten nur das Thema, das Datum, die Uhrzeit und der Ort in großen Buchstaben zu sehen sein. Am besten nehmt Ihr dazu vorgefertigte Eindruckplakate des SPD-Landesverbands die Ihr über das Internet herunterladen oder bestellen könnt. Die Plakate sollten circa ein bis zwei Wochen vor dem Veranstaltungstermin aufgestellt sein. Achtung – nicht vergessen: In vielen Städten und Gemeinden müsst Ihr Euch eine Genehmigung zum Aufstellen von Plakaten beim zuständigen Ordnungsamt besorgen. Zur flächendeckenden Werbung sind Handzettel eine tolle Ergänzung. Diese können einfach mit dem PC selbst erstellt und kopiert werden. Auf den Handzetteln sollten alle Informationen zur Veranstaltung enthalten sein. Am besten nehmt Ihr buntes Kopierpapier, dann ist der Effekt besser. Diese Handzettel sollten dann an bekannten und gut frequentierten Orten in der Stadt beziehungsweise Gemeinde ausgelegt werden (beispielsweise Rathaus, Gastronomie, Bürgertreffs, Kindergärten usw.).

Presse: Eine Person aus dem Ortsverein sollte sich um die Öffentlichkeitsarbeit kümmern. Das heißt, eine Woche vorher sollte eine Presseankündigung in allen Lokalzeitungen und im örtlichen Gemeindeblatt

erscheinen. Der/die Presseverantwortliche sollte sich telefonisch mit den Redakteur/innen der Lokalzeitungen verständigen und die jeweilige Zeitung samt Fotograf/innen zur Veranstaltung einladen. An der Veranstaltung, sollte der/die Presseverantwortliche Zitate und Notizen machen, die dann in einen Pressebericht eingearbeitet werden. Nun sollte der fertige Bericht, samt Foto an alle Lokalzeitungen und das örtliche Gemeindeblatt verschickt werden. Am Besten stellt Ihr den Bericht auch gleich auf Eure Homepage.

Foto: Es ist immer gut, wenn der/die Presseverantwortliche eine Digitalkamera zur Verfügung hat, denn Fotos der Veranstaltung sind vielseitig verwendbar. Am Besten ist es, wenn jede Veranstaltung oder Aktion des Ortsvereins mit einem Foto dokumentiert wird. Die Fotos sollte man für die Pressearbeit verwenden und auf die Homepage stellen. Dies ist wichtig, da die Presse nicht immer mit Fotograf/in kommt. Je mehr Fotos Ihr auf der Homepage habt, um so lebendiger wirkt Eurer Ortsverein. Schön ist es auch, wenn am Ende einer Vorstandsperiode eine Art Fotobericht der letzten zwei Jahre erstellt wird. Den Fotobericht kann dann jedes Mitglied auf einer Mitgliederversammlung beispielsweise einsehen.

Verpflegung: Ein kleiner Imbiss und Getränke machen jede Veranstaltung angenehmer. Daher sollte sich im Vorhinein eine Person aus dem Ortsverein um die Verpflegung kümmern. Das heißt:

- Überlegen welche Speisen und Getränke möchte man anbieten
- Überlegen ob man die Speisen selbst anrichtet oder bei einem Catering-Service bestellt
- Getränke vorbestellen beim Getränkeliieferant oder Getränke selber einkaufen
- schauen, wie die Gegebenheiten am Veranstaltungsort sind (ist eine Küche vorhanden usw.)
- falls benötigt, Tische organisieren für die Verpflegung und Stehtische für die Besucher – Kasse mit Wechselgeld nicht vergessen!

Zehn Fingerzeige zur Moderation

Vor der Veranstaltung:

- ☞ Ziel und Schwerpunkte der Diskussion festlegen
- ☞ originelle (zum Beispiel amüsante oder topaktuelle oder Insider-Wissen bekanntmachende) kurze Begrüßung ausdenken, die auch für die Presse zitierfähig ist
- ☞ inhaltliche Schwerpunktsetzung und Reihenfolge der Statements mit Podiumsgästen absprechen

Zu Beginn der Veranstaltung:

- ☞ Redezeitbegrenzung (zum Beispiel zehn Minuten) ankündigen
- dem Publikum gegenüber begründen, warum der jeweilige Podiumsgast eingeladen wurde, damit das Publikum weiß, was es vom Podiumsgast erwarten kann, und damit der Podiumsgast weiß, welcher Erwartungshaltung er/sie entsprechen muss
- ☞ eine konkrete Frage (vorher abgesprochen beziehungsweise angekündigt) an den Podiumsgast richten, damit die Diskussion zielgerichtet wird

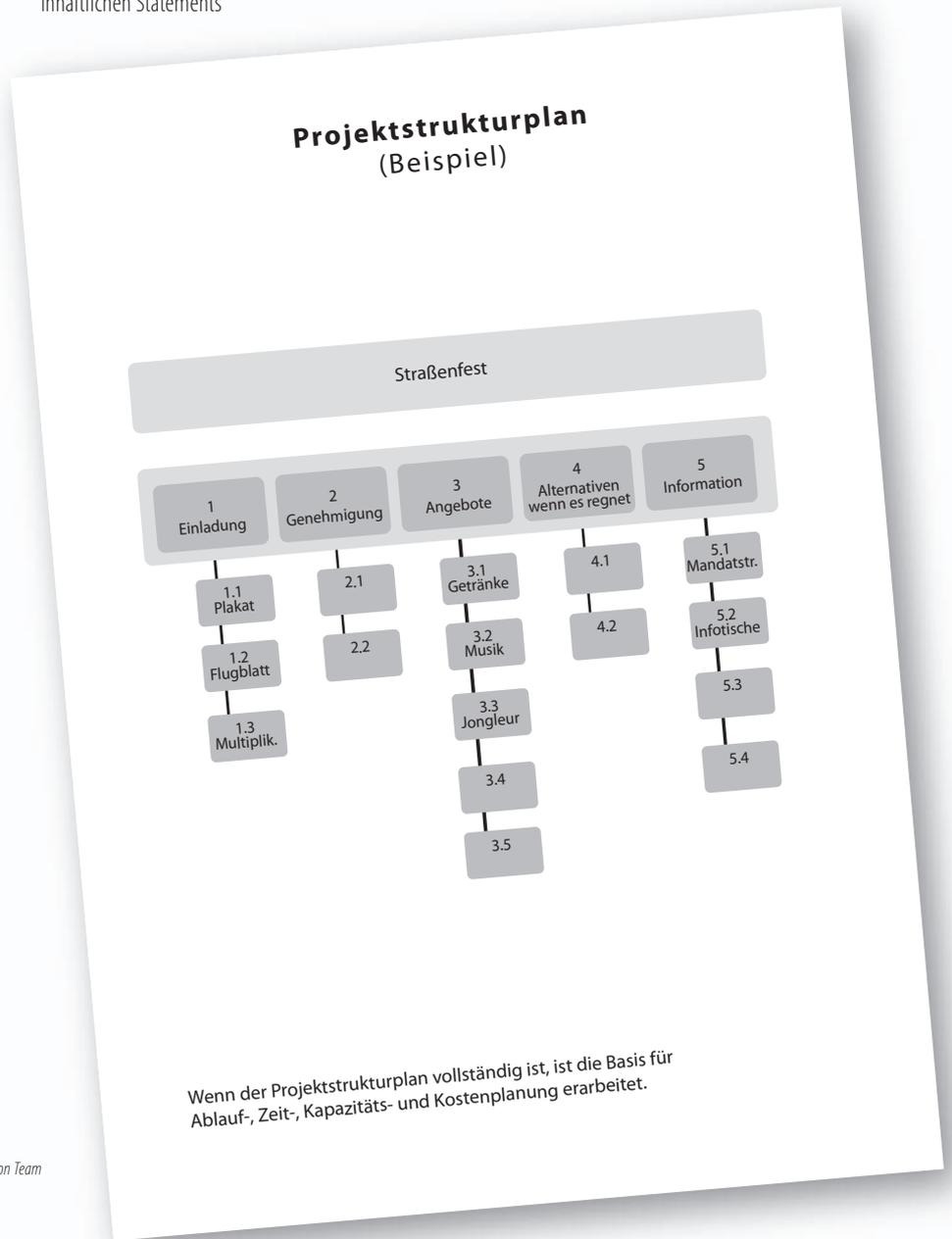
Während der Veranstaltung:

- ☞ für eine Ziel und ergebnisorientierte Aussprache sorgen durch Zusammenfassung der unterschiedlichen Standpunkte und durch kurze pointierte Fragen
- ☞ störende Einflüsse mäßigen durch Leitung der Debatte
- ☞ sich selbst inhaltlich zurücknehmen, nicht die einzelnen Debattenbeiträge kommentieren, keine eigenen inhaltlichen Statements

Technische Hilfen:

- ☞ Stoppuhr, Sanduhr, Gong zur Zeitbegrenzung der Statements im Podium benutzen (eventuell Extraperson mit der Zuständigkeit Redezeitbegrenzung, um den/die Moderator/in zu entlasten)

Kontakt: Klaus Tovar,
Leiter der Parteischule im
Willy-Brandt-Haus
E-Mail: Klaus.Tovar@spd.de



Aktionsplanung

Aktion

Zielgruppe/n

▶ enger Kreis

▶ weiter Kreis

Maßnahmenplan:

Termin:	Aktionen:	verantwortlich:	Finanzen:	PR (z.B.):	Bemerkungen:
				Ankündigung Plakate Handzettel Presse Mails Homepage	

Begriffe / Slogans / Zeichen / Bilder:

Adressdateien

▶ Multiplikator/innen

▶ Betroffene

Veranstaltungsformen, die Interesse wecken

Zukunftswerkstatt

Die Zukunftswerkstatt richtet sich an einen definierten größeren Teilnehmer/innenkreis. Dies kann die Bevölkerung eines Stadtteils, einer kleineren Gemeinde oder eine speziell zu definierende Zielgruppe sein. Die Eingeladenen sollen in Gruppen Ideen für ihr Viertel oder ihre Gemeinde entwickeln. Die Arbeit gliedert sich in der Regel in eine **Bestandsaufnahme** (Kritikphase, Problemsammlung), in eine **Ideenphase** (Visionen sind gefragt) und in eine **Verwirklichungsphase** (Wege der Realisierung, Treffen von Vereinbarungen). Bewährt haben sich dabei die Vergabe von «Ideenpatenschaften» (ein/e oder mehrere Teilnehmer/innen erklären sich bereit, etwas umzusetzen oder die Umsetzung zu begleiten).

TIPP: *Haltet die Ergebnisse in einem Protokoll fest und schickt es an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Damit die Ergebnisse auch in Taten umgesetzt werden können, könnt Ihr eine Fortsetzung der Veranstaltung organisieren, in der die konkrete Umsetzung der Ideen geplant und Termine zur Durchführung festgelegt werden.*



Checkliste Zukunftswerkstatt:

Zielgruppe: definierter Teilnehmer/innenkreis (Vereine, Bevölkerung eines Stadtteils, usw.)

Anschreiben/ Einladung: In der Einladung kurz und prägnant die Zukunftswerkstatt erklären. Zeitplan hinzufügen, damit sich die Teilnehmer/innen zeitlich darauf einstellen können.

Raumorganisation: Ihr benötigt einen passenden Raum, je nach Teilnehmerzahl, nicht zu groß und nicht zu klein.

Materialien: Flipchart, Metaplanwand, Metaplankoffer

Moderation: könnte jemand aus dem Ortsverein übernehmen. Moderation ist wichtig, um ergebnisorientiert diskutieren zu können.

Zeitmanagement: Ihr solltet Euch einen Zeitplan für die Diskussionsphasen erarbeiten. Insgesamt sollte die Zukunftswerkstatt nicht länger als drei Stunden gehen, sonst geht die Motivation der Teilnehmenden verloren.

Protokoll: Jemand aus dem Ortsverein sollte ein Ergebnisprotokoll erstellen, das dann an alle Teilnehmer/innen verschickt werden kann und dem Ortsverein als Handlungsrichtlinie gelten soll. Das Protokoll kann auch auf die Homepage des Ortsvereins gestellt werden.

«Open Space»

Der/die Moderator/in erläutert das Verfahren und den Ablauf, stellt das Thema in den Mittelpunkt und begründet die besondere Bedeutung. Dann bittet und ermutigt er/sie die Teilnehmenden, aktiv zu werden. Nach der Einführung steht, wer mag, auf, und geht an einen Tisch oder an eine Flipchart, schreibt dort auf ein Blatt sein Thema und seinen Namen. Dann hält er/sie das Blatt so, dass alle Anwesenden es lesen können und sagt: «Mein Thema ist ... ich heiße...» Anschließend hängt er/sie das Blatt an die dafür vorgesehene freie Wand auf. Wenn alle Themen gesammelt sind, wird gesehen, ob es Doppelnennungen gibt, die – mit Zustimmung der Themengeber/innen – eventuell zusammengefasst werden können.

Jetzt schreiben die Teilnehmenden ihre Namen auf die Flipchartblätter mit den Themen, bei denen sie mitarbeiten wollen.

Nachdem wir wissen, wie groß die einzelnen Gruppen sind, werden den Themen Raum und Zeit zugeteilt und auf den Flipchartblättern vermerkt. Es wird zu Änderungen kommen, wenn Themen zeitlich parallel verlaufen, zu denen sich mehrere Teilnehmer/innen gleichzeitig angemeldet haben.

Die Gruppen gehen in ihre Räume und bearbeiten ihr Thema. Da der Raum nach Ablauf der Zeit einer anderen Gruppe zur Verfügung steht, muss die vorgegebene Zeit eingehalten werden.

«Themenbesitzer/innen» («mein Thema ist ... ich heiße») bleiben solange in ihrer Gruppe, bis das Thema beendet wird. Sie sorgen dafür, dass das Ergebnis im Ergebnisprotokoll festgehalten wird. Sie erstellen auch das Flipchart in ihrer Gruppe für die Präsentation am Ende der Veranstaltung. Oft ist es hilfreich, zu Beginn der Themenrunde eine/n Protokollant/in zu benennen, die/der dem/der Themenbesitzer/in bei der Ergebnissicherung hilft.

Nach der ersten laufen die zweite und dritte Runde nach dem gleichen Muster ab. Bei mehrtägigen open-space-Veranstaltungen kann jeden Morgen oder nach Bedarf das Plenum tagen, um wieder neue Themen zu sammeln.

TIPP: *Es empfiehlt sich, alle Protokolle zu kopieren und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern mitzugeben. Dies fördert den verbindlichen Gedanken der Veranstaltung und unterstützt bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Gefühl, an einem guten Ergebnis mitgearbeitet zu haben.*



Quelle: Policon Team

Checkliste «Open Space»:

Raumorganisation: Örtlichkeit mit mehreren kleinen Räumen wäre empfehlenswert – oder ein sehr großer Raum, damit die Arbeitsgruppen ungestört arbeiten können

Anschreiben/Einladung: an alle Ortsvereinsmitglieder, Vereine, bürgerschaftliche und gesellschaftliche Gruppen in der Gemeinde

Materialien: Flipchart, Stifte, Wände zum Anbringen der Themen, Klebeband, post-its, Übersicht über eine Raum-Themen-Zuordnung, Wegweiser (wo findet zur Zeit was statt).

Öffentlichkeitsarbeit: Da diese Veranstaltungsform offen gestaltet wird, sollte auch in der Presse/Mitteilungsblatt eine ansprechende Ankündigung erscheinen. Plakate und Handzettel sind für eine große Zielgruppe ebenfalls sinnvoll. Die Handzettel können auch an gut besuchten Orten der Stadt/Gemeinde ausgelegt werden (Rathaus, Gastronomie, Bürgertreffs, usw.).

Moderation: Die Plenumsphase sollte von einem Ortsvereinsmitglied moderiert werden, ebenso jede Arbeitsgruppe, damit effektiv und ergebnisorientiert gearbeitet und diskutiert werden kann.

Adressliste: Eine Adressliste zum Eintragen sollte erstellt werden, damit die Teilnehmer/innen ihre Kontaktdaten dort eintragen. Somit können die Ergebnisse der Veranstaltung zusammengefasst weitergeleitet werden und der Kontakt zu den Teilnehmer/innen reißt nicht ab. Eventuell kann zu einer Fortsetzungsveranstaltung eingeladen werden.

Feedback: Wenn gewünscht, kann ein anonymer *Feedback*-Bogen erstellt werden. Dieser sollte kurze Fragen beinhalten zur Zufriedenheit der Teilnehmer/innen mit der Veranstaltung. Die Antworten sollten ankreuzbar sein, das spart Zeit und der Rücklauf ist höher. Der *Feedback*-Bogen kann von Euch dann ausgewertet werden und gibt Euch ein reales Bild vom Ablauf der Veranstaltung und deren Vor- und Nachteile.

Neue Motivation für den eigenen Ortsverein: Klausurtagung mit Zukunftswerkstatt

Wenn Ihr das Gefühl habt, in Eurem Ortsverein sei das Denken und Handeln ins Stocken geraten, könnte Euch diese Methode helfen, neues Leben in Eure Ortsvereinsarbeit einzuhauchen.

Zentrale Philosophie der Methode: Sie macht angenehme Erfahrungen und Erfolgserlebnisse zur Basis für zukünftiges Handeln.

Workshop: Mittelpunkt einer Klausurtagung ist ein meist zwei- bis viertägiger Workshop. Im Vorfeld trifft sich ein/e Workshop-Begleiter/in mit den Vorstandsmitgliedern. Diese Planungsgruppe schreibt zu den Themen, die die Richtung des Wandels vorgeben sollen, positiv formulierte Fragen auf. Diese wiederum werden in einem Interviewleitfaden zusammengefasst.

Phase «Interview»: Der eigentliche Workshop startet dann mit einem Interview der einzelnen Teilnehmer/innen. Jede und jeder Beteiligte soll sich eigener politischer Erfolgserlebnisse und Stärken bewusst werden, um Vertrauen in die eigene Person und den Ortsverein zu stärken. Typische Fragen können sein: An welche Ereignisse im Ortsverein erinnern Sie sich gerne? Was zeichnete diese Erfolgsmomente aus? Nach der Interviewrunde gruppieren sich jeweils Teilnehmerinnen und Teilnehmer um einen Tisch. In Kleingruppen erzählt jeder Interviewer und jede Interviewerin, welche Highlights er oder sie beim Befragen zu Tage gebracht hat. In Form von Anekdoten werden die besten Erlebnisse der Tischrunden anschließend im Plenum präsentiert. Diese Phase, in der die persönlichen Emotionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die herausragende Rolle spielen und den weiteren Verlauf der Veränderung prägen, wird als *Discovery* bezeichnet: Entdecken und Verstehen.

Phase «Dreaming»:

Die Entdeckungen bilden den Boden für die sich anschließende Phase: das *Dreaming* (Visionieren). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzen sich wiederum in Gruppen zusammen. Gemeinsam knüpfen sie an die

Wünsche und Ziele an, die die Erzählungen zum Ausdruck gebracht haben, und machen sich Vorstellungen von der Weiterentwicklung des Ortsvereins. Ihre Visionen stehen in deutlicher Verbindung mit den in der Vergangenheit erreichten Situationen. So entstehen realitätsnahe Modelle der Zukunft. Der nachfolgenden Präsentation der Zukunftsbilder sind keine Grenzen gesetzt: Die Visionen können den übrigen Teilnehmer/innen beispielsweise originell in Form eines Liedes, eines Theaterstücks oder einer Strukturaufstellung nahe gebracht werden. Die Visionen werden auf einzelne Ortsvereinsthemen heruntergebrochen, indem Handlungsstrategien entworfen und To-Do-Listen aufgestellt werden. Für jeden einzelnen Bereich, der für den Veränderungsprozess wichtig ist, formulieren die Beteiligten Zukunftsaussagen, die auf ihre zuvor herausgearbeiteten Vorstellungen aufbauen. Wichtig dabei: Die Aussagen müssen positiv formuliert, verständlich, nachvollziehbar, erstrebenswert, konkret und erreichbar sein.

Phase «Destiny»: In der letzten Phase, der des *Destiny* (Verwirklichen), planen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wie die vorab formulierten Aussagen umgesetzt werden können: Wo genau können wir etwas bewirken und mit welchen Maßnahmen? Wer engagiert sich für welches Thema? Wie informieren wir unsere Mitglieder? Mit diesen Fragen wird die zuvor entworfene Vision Schritt für Schritt Wirklichkeit. Der Ortsvereins-Workshop ist mit jeder Art von Gruppe durchführbar und lässt vielfältige Variationen in der Durchführung zu. Häufig wird er mit anderen Gruppenmethoden wie der Zukunftskonferenz oder Open Space kombiniert.

Weiterführende Literatur: Matthias zur Bensen, Carole Maleh: Appreciative Inquiry (AI). Der Weg zu Spitzenleistungen. Eine Einführung für Anwender, Entscheider und Berater, Beltz Weiterbildung, Heidelberg 2001, ISBN: 3-407-36380-X.

Checkliste Zukunftswerkstatt:

Zielgruppe: Ortsvereinsvorstände, Projektgruppen, Fraktionen

Rahmen: Klausurtagungen, Vorstandssitzungen

Moderation: am besten ist eine Person geeignet, die außerhalb des Ortsvereins steht. (beispielsweise eine Person aus dem Landesverband, Kreisverband)

Materialien: Flipcharts, Metaplanwände, Metaplankoffer für die Arbeitgruppen.

Protokoll: Eine Person sollte den ganzen Workshop protokollieren und die Ergebnisse festhalten.

TIPP: Die Ergebnisse könnten auch auf ein Plakat übertragen werden und im jeweiligen Raum des Ortsvereins aufgehängt werden. Damit sind die Ergebnisse für Jede/n sichtbar und können immer wieder in Diskussionen eingebracht werden.



Anhörung/Hearing

Diese Form der Informationsvermittlung hat ihren Reiz in der Gegenüberstellung verschiedener Beratungsweisen, setzt aber einen genauen Ablauf voraus. Zu einem bestimmten Thema werden Expert/innen und Betroffene eingeladen. Jede/r bekommt eine festgelegte Redezeit für ihr/sein Statement. Wichtig ist, dass hier nicht diskutiert wird (im Gegensatz zur Podiumsdiskussion), sondern dass vor allem aus dem Zuhörer/innenkreis Rückfragen gestellt werden. Die Veranstaltung schließt mit einer Schlussrunde der Expert/innen.

Checkliste Hearing:

Raumorganisation: Es wird ein angemessen großer Raum benötigt. Dieser sollte für die Zuhörer/innen bestuhlt sein. Im vorderen Teil des Raumes sollten die Expert/innen den Zuhörer/innen zugewandt sitzen können.

Anschreiben/Einladung: an alle Ortsvereinsmitglieder, Vereine und bürgerliche Gruppen in der Gemeinde.

Öffentlichkeitsarbeit: Da diese Veranstaltungsform offen gestaltet wird, sollte auch in der Presse/Mitteilungsblatt eine ansprechende Ankündigung erscheinen. Wichtig ist, dabei deutlich zu machen, dass dies eine Informationsveranstaltung mit Expert/innen ist. Daher ist es sinnvoll, die Namen der Fachleute in der Ankündigung hervorzuheben.

Moderation: Die Anhörung sollte von einem Ortsvereinsmitglied moderiert werden, damit der Ablauf streng eingehalten werden kann. Nur so kann Langeweile beim Zuhören vermieden werden und jede Meinung kann gleichberechtigt zum Ausdruck kommen.

Beratungsbörse

In vielen Veranstaltungen kommen nur wenige Besucherinnen und Besucher zu Wort, sei es aus Zeitgründen oder weil viele nicht den Mut haben, vor einem größeren Kreis zu sprechen, oder weil die Fragen zu persönlich sind. Die Beratungsbörse nimmt darauf Rücksicht und bietet mehrere Aspekte eines Themas an kleineren Tischen an, die man dort unter fachkundiger Moderation erörtern kann.

Begrüßung/Einleitung: Die Begrüßung erfolgt im Plenum, dann werden die angebotenen Tischrunden mit den Experten/innen genannt, der Ablauf der Veranstaltung vorgestellt und die Gäste an die Tische verteilt, auf denen die Schilder mit den Themen stehen.

Tischrunden: Anschließend ist Zeit zum Gespräch am kleineren Tisch. Die Möglichkeit, den Tisch und damit das Thema zu wechseln, macht den Reiz dieser Veranstaltungsform aus. Sicherlich werden für diese Form mehr Gesprächspartner/innen gebraucht, doch da diese nicht referieren müssen, sind sie hierfür möglicherweise leichter zu gewinnen. Sicherlich tut es sonst auch mal ein/e nicht so prominenter Gesprächspartner/in.

Abschluss: Die Ergebnisse werden anschließend im Plenum kurz in allgemeiner Fassung präsentiert, um allen einen Einblick in das gesamte Thema zu geben.

Themenbeispiel:

«Wie kinderfreundlich ist unsere Stadt?»

Tisch 1: Kinderbetreuungsangebote – Welche gibt es? Reichen sie aus?

Tisch 2: Freizeitgestaltung für Kinder – Stärken und Schwächen vor Ort

Tisch 3: Kinder im Verkehr – Was ist die Lage? Was ist zu tun?

Tisch 4: Wie kinderfreundlich ist unsere Umgebung? Was könnte getan werden?

Checkliste Beratungsbörse:

Zielgruppe: SPD-Mitglieder und Bürgerinnen und Bürger, themenspezifische Vereine, Bürgergruppen (passend zu Themenbeispiel: Elternbeiräte, Schulen und Kindergärten, AWO, Kirchen, Polizei usw.)

Raumorganisation: Der Raum sollte groß genug sein, dass mehrere Thementische Platz haben. Die Tische sollten gruppiert werden, damit sich die einzelnen Gruppen nicht stören.

Materialien: Flipchart, Metaplanwände und Metaplanunterlagen für die Tischgruppen. Die Ergebnisse der Gruppen sollen ja am Abschluss dem Plenum präsentiert werden.

Moderation: wird nur für die Plenumsphasen benötigt. In den Gruppen werden die Expert/innen die Hauptrolle übernehmen. Falls erforderlich, etwa bei sehr großen Tischgruppen, kann ein Mitglied des Ortsvereins eine Gruppe begleitend moderieren.

Pro & Contra

Eine jeweils festgelegte Zahl von Expertinnen und Experten für jede Seite trägt in festgelegter Zeit ihren Standpunkt zu einer These vor. Die Besucherinnen und Besucher der Veranstaltung können zu Beginn und am Ende über ihre Meinung abstimmen und eventuell im Anschluss die Diskussion mit den Gesprächspartnern fortsetzen.

Die gegensätzlichen Thesen und Argumente sollten deutlich visualisiert werden. Die Sitzordnung trennt ebenso deutlich die Pro- und Contra-Anhängerschaft. Jeweils eine/r trägt zunächst in einem kurzem Statement die Position für Pro und Contra vor. Anschließend werden die Sprecherin/Sprecher «ihre» Expert/innen aufrufen, diese befragen und einer kurzen Befragung durch die/den «gegnerische/n» Sprecher/in überlassen. Danach haben die Besucher/innen einen guten Überblick über die Argumente beider Seiten und können abstimmen.

Checkliste Pro & Contra:

Zielgruppe: SPD-Mitglieder, alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, Interessengruppen

Raumorganisation: Ein passender Raum ist erforderlich, eventuell mit kleiner Bühne oder Erhebung. Der Besucherteil des Raumes sollte bestuhlt werden. Im hinteren Teil des Raumes können Stehtische für nachträgliche Gespräche mit den Expertinnen und Experten bereitstehen.

Moderation: Ein Ortsvereinsmitglied sollte die Moderation übernehmen, damit der Ablauf wie geplant eingehalten werden kann.

Runder Tisch

Das gleichberechtigte Gespräch zwischen persönlich eingeladenen Expert/innen, Betroffenen und SPD-Vertreter/innen ist das Wichtigste an dieser Veranstaltungsform. Eingeladen sind Menschen, die eine berufliche, private oder politische Beziehung zum Thema haben. Sie äußern sich zum Thema, der Moderator beziehungsweise die Moderation fragt, stellt Gemeinsamkeiten und Unterschiede heraus und fasst zusammen.

Die SPD-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer halten sich zunächst zurück, hören zu und bringen erst später in kurzen Wortbeiträgen ihre Überlegungen in die Runde mit ein. Diese Veranstaltungsform lebt von den Gemeinsamkeiten und Unterschieden, die deutlich werden. Sie lässt sich zu fast jedem Thema machen und ihr Erfolg ist nicht abhängig von der Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Checkliste Runder Tisch:

Zielgruppe: SPD-Mitglieder, themenspezifische Interessengruppen, interessierte Bürgerinnen und Bürger

Raumorganisation: Ein mittelgroßer Raum wird benötigt. Gut wäre ein großer Tisch, um den sich alle setzen können oder ein großer Stuhlkreis. Bei dieser Veranstaltungsform soll keine Teilnehmerin und kein Teilnehmer optisch ausgeschlossen werden.

Moderation: Eine Moderatorin beziehungsweise ein Moderator wird benötigt, die/der darauf achtet, dass jede Facette des Themas wie gewünscht angesprochen wird.

Hobbybörse

Jede/r ist eingeladen, sein/ihr Hobby in einer Halle/Foyer möglichst aktiv vorzustellen. Verbunden ist so eine Ausstellung mit Gesprächen zu Trends im Freizeitverhalten und kleinen Trainingsprogrammen zu einzelnen Freizeitideen. Eingeladen werden Vereine, Verbände, Institutionen, Einzelpersonen und eventuell auch der Handel. Diese Gespräche dienen dazu, aktuelle Freizeittrends in der Kommune zu erkennen und sich den Belangen der Vereine, Verbänden und engagierten Gruppen zu widmen.

Checkliste Hobbybörse:

Zielgruppe: Vereine, Verbände, Institutionen, Einzelpersonen und eventuell auch der Handel

Raumorganisation: Halle oder Foyer ausgestattet mit vielen Stellwänden und Stehtischen für Gespräche. Eventuell sind Tische notwendig für einzelne Hobbypräsentationen.

Moderation: wird keine gebraucht. Der/die Ortsvereinsvorsitzende könnte am Anfang die Börse feierlich eröffnen.

Materialien: Stellwände mit Nadeln oder Tesa, Stehtische für Gespräche, eventuell Tische, Hintergrundmusik (aus der Konserve)

Verpflegung: Ein kleiner Imbiss mit Getränken sorgt für gute Stimmung.

Café-Gespräche – Runde Tische

Setzt vier oder fünf Personen an kleine runde Café-Tische oder in Gesprächsgruppen. Kreiert dann aufeinander aufbauende (gewöhnlich drei) Gesprächsrunden von jeweils 20 bis 30 Minuten. Es werden dann Fragen oder Themen behandelt, die tiefgreifend Euer Leben, Eure Arbeit oder Eure Kommune betreffen, während die anderen Gruppen an den Nebentischen an den gleichen Fragen arbeiten.

Ermuntert sowohl die Gastgeber/innen der Gruppe als auch die Gäste, die wichtigsten Ideen auf die Tischdecke zu schreiben, kritzeln oder malen oder diese auf große Karten oder auf Platzdeckchen aus Papier (A4 Papier) zu schreiben und in die Mitte der Runde zu legen.

Nach dem Ende der ersten Gesprächsrunde, bittet Ihr jeweils eine Person am Tisch als «Gastgeber» sitzen zu bleiben, während die Anderen zu «Reisenden» werden oder zu «Meinungs-Botschafter/innen». Die Reisenden transportieren Schlüsselideen, Themen und Fragen hinein in das nächste Gespräch.

Bittet die/den Gastgeber/in, die neuen Gäste willkommen zu heißen und kurz die wichtigsten Ideen, Themen und Fragen der ersten Gesprächsrunde mitzuteilen. Ermuntert dann die Gäste, die Ideen von ihren vorherigen Tischgesprächen zu verlinken und zu verbinden – indem sie gut zuhören und jeden Beitrag berücksichtigen.

Dadurch, dass die Teilnehmer/innen die Möglichkeit haben, sich innerhalb verschiedener Gesprächsrunden zu bewegen, beginnen sich die Ideen, Themen und Fragen zu verlinken und zu verbinden. Am Ende der zweiten Gesprächsrunde werden alle Tische beziehungsweise Gesprächskreise im Raum befruchtet sein mit den Erkenntnissen der vorherigen Gespräche.

In der dritten Gesprächsrunde können die Menschen zu ihren ursprünglichen Tischen zurückkehren, um die Entdeckungen zusammen zu brin-

gen, oder sie «reisen» weiter an neue Tische. Dabei lasst Ihr die- oder denselben oder eine/n andere/n Gastgeber/in am Tisch sitzen. Manchmal wird an dieser Stelle zu Beginn der dritten Gesprächsrunde eine neue Frage zur «Vertiefung der Untersuchung» gestellt.

Nach einigen Gesprächsrunden wird eine Phase eingeräumt, in der die Entdeckungen und Erkenntnisse im gesamten Plenum mitgeteilt werden können. In diesen offenen Mitteilungsphasen kommt es oft vor, dass Muster identifiziert werden, das kollektive Bewusstsein wächst und Möglichkeiten zum Handeln erkannt werden.

Sobald Ihr wisst, was Ihr erreichen wollt und wie viel Zeit Euch zur Verfügung steht, könnt Ihr die angemessene Anzahl und Länge der Gesprächsrunden festlegen, ebenso die effektivste Art der Fragestellung und die interessanteste Art und Weise, Ideen zu verbinden und sich gegenseitig zu befruchten.

Checkliste Runder Tisch:

Zielgruppe: SPD-Mitglieder, Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Gruppen

Raumorganisation: Es wird ein großer Raum benötigt mit vielen Tischen, die zu Gruppen zusammengestellt werden können.

Material: Tischdecken aus Papier oder Tischsets (Papier A4) oder Karten, Metaplanwände um Ideen fest zu halten, Moderatorenkoffer

Personalorganisation: Eine oder mehrere Personen sollten die Leitung übernehmen und den Ablauf überwachen. Möglich, aber nicht zwingend kann sich jeweils eine Person aus dem Ortsverein begleitend an die Tische setzen und den/die Gastgeber/in durch Moderation unterstützen.

Aktionen, die Lust auf mehr machen

hörBar

Bei der hörBar handelt es sich um eine kulturelle Veranstaltung im vorpolitischen Raum. Auf aktuelle Bezüge kann durch die Auswahl des Mottos der jeweiligen Veranstaltung eingegangen werden. Lesungen, Theater, Improvisation zu jedem Thema, das einem einfällt, an wechselnden Orten und offen für jede und jeden.

Das ist der Grundgedanke der Heilbronner hörBar – im Gegensatz zu anderen Veranstaltung dieser Art, die ohne aktive Beteiligung des Publikums stattfinden. Wir glauben, das Projekt zeigt, dass man auch ohne professionellen Background und ohne Geld (jaja...) einen netten Abend auf die Beine stellen kann.

Veranstaltungsorte sind Szene-Kneipen oder Lokale der Kulturgastronomie oder öffentliche Plätze, auf die durch die Veranstaltung das Augenmerk gelenkt werden soll. Die Resonanz auf die Veranstaltung ist gut, pro Termin waren zwischen 40 und 70 Personen anwesend.

INFOS: <http://hoerbar.blog.de>

Ihre Meinung – unser Kaffee

Oder: Lassen Sie mal Dampf ab. Die Gemeinderatsfraktion lädt alle zwei Monate samstags von 11.00 bis 13.00 Uhr in ein zentral gelegenes Café zum Kaffeetrinken ein. Bürgerinnen und Bürger können Ihre Fragen, Kritik und Anliegen los werden. Der Kaffee wird von der Fraktion bezahlt. Die Aktion wird stadtweit unter einem eigenen «Label» plakatiert. Die SPD-Fraktion des Heidelberger Gemeinderats erhielt für die Aktion bereits viele positive Rückmeldungen aus der Bürgerschaft.

INFOS: www.spd-fraktion-heidelberg.de

Menschen, die zu uns passen

Anregungen zur Suche von Kandidat/innen

Erste Schritte im Vorfeld

Analyse der letzten beiden SPD-Listen 1999 und 2004 – welche Trends lassen sich erkennen bezüglich Geschlecht, Altersstruktur, geografischer Herkunft, kultureller Prägung? Was waren die Auswirkungen dieser Trends auf das Wahlergebnis 2004? Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen, um eine erfolgreiche Liste zusammenzustellen?

Analyse der Wahlergebnisse: Wo haben welche Kandidat/innen besonders gut abgeschnitten? Gibt es Zusammenhänge zwischen Listenplatz und Stimmenergebnis? Welche Kandidat/innen sind nicht auf einen guten Listenplatz angewiesen, um gewählt zu werden?

Gespräche mit den Kandidat/innen von 2004 führen: Was waren die Erfahrungen der letzten Kommunalwahl? Gibt es konstruktive Vorschläge? Besteht die Bereitschaft beziehungsweise der Wille erneut zu kandidieren? Welche Mittel habt Ihr persönlich produziert und eingesetzt? Wo wart Ihr besonders präsent und aktiv?

Klare Themensetzung für den Wahlkampf

Auf den letzten Kommunalwahlkampf vor Ort zurückblicken: Hatte die SPD eine zentrale thematische Aussage und konnte sie mit ihrer Themensetzung die öffentliche Diskussion beherrschen?

Zielklärungsprozess einleiten: Ziele definieren und konkretisieren (am besten in Klausuren von Fraktion und OV). Ein Verfahren festlegen, wie der weitere Zielklärungsprozess verlaufen soll (zum Beispiel Einbeziehung der Ergebnisse der Kommunalen Werkstätten).

Zentrale Themen definieren: Sich frühzeitig auf eine zentrale thematische Aussage und zwei weitere, flankierende thematische Aussagen für den Wahlkampf (April-Juni 2009) einigen. Damit soll Klarheit über das Gesamtbild herrschen.

Themen in der Öffentlichkeit besetzen: Durch das Herausarbeiten und die öffentlichkeitswirksame Behandlung einzelner Elemente das thematische Gesamtbild nach und nach (bis zum Wahlkampfauftakt im April 2009) wie ein Puzzle zusammensetzen und vorbereiten.

Stimmiges Konzept: Im Wahlkampf selbst das zentrale Thema in den Vordergrund stellen und auf die Aktionen, Gespräche und Veranstaltungen hinweisen, mit denen auf dieses Thema hingearbeitet wurde.

Kandidat/innen verzweifelt gesucht... das kommt Dir bekannt vor? Eine Erfahrung, die viele von uns gemacht haben. Doch dieses Mal habt Ihr einen strategischen Vorteil. Der erste Schritt zur Kandidatensuche ist bereits getan, bevor die intensive Suche losgeht. Ihr habt die Kommuna-

len Werkstätten eingerichtet und dort Bürgerinnen und Bürger eingebunden, die sich mit dem Projekt identifizieren können. Und es gibt dieses Handbuch, das Euch eine systematische Herangehensweise an das Thema ermöglicht. Das folgende Kapitel ist eine Anleitung, die Euch die Kandida-

tensuche erleichtern wird. Dann heißt es: Ansprechen, direkt und persönlich. Durch Euch ist die SPD eine sympathische, offene, überzeugende Partei. Wer wollte nicht dafür stehen? Die SPD und ihre Kandidatinnen und Kandidaten: das passt!

Werbung von Kandidat/innen und Meinungsmacher/innen

Werbeaktion mit festgelegten Kriterien für die Kandidat/innen im Vorstand (OV und Fraktion) beschließen lassen. Spielregeln vereinbaren (zum Beispiel Geheimhaltung).

Eine Liste aller **Vereine** und aller **wichtigen Persönlichkeiten** erstellen. Die SPD muss jedem Verein über persönliche Kontakte ein Gespräch anbieten. Am besten im Dreiergespann (Vertreter/in Fraktion, Vertreter/in Ortsverein, Vertreter/in Jusos) auf eine Vereinsveranstaltung gehen und sich informieren.

Breit angekündigte **thematische Gesprächskreise** organisieren und dazu gezielt über persönliche Kontakte Vereine und potentiell interessierte Bürger/innen einladen.

Im Wahlkampf **Nachbarschaftsgespräche** organisieren! Die SPD ist mit ihren Mitgliedern fast überall vor Ort präsent. Über diese Mitglieder oder andere Vertrauenspersonen zu Nachbarschaftsgesprächen einladen: Nachbarinnen und Nachbarn persönlich ansprechen oder zumindest Einladungen in die Briefkästen einwerfen. Beim Nachbarschaftsgespräch zuhören und offen diskutieren.

Briefe an **Neubürger/innen** und **Jungwähler/innen** jeweils mit Terminvorschlag für Gespräch zum Kennenlernen.

Checkliste Kandidat/innen-Werben:

SPD-Grundzielen nicht widersprechen	Aufforderung zu gemeinsamen Aktionen
Aktueller Einstieg	Randgruppen berücksichtigen
Darstellung des Standpunktes	Abgrenzung zu anderen Parteien und Gruppierungen
Nicht im Widerspruch zu aktueller Politik	Integrativ, wenig Gegner schaffen
Konkrete Lösungsvorschläge; realisierbar	Teilorte / Bezirke berücksichtigen
Weiterführung alter Errungenschaften	regionaler Bezug
Neue Ideen	ansprechend für breite Bevölkerungsmehrheit
leicht verständlich	«Unsere Ziele für die Gemeinde formulieren – Kommunalwahlprogramme»
kurz	«Kommunalpolitik gestalten – bei der SPD kandidieren»
klare Gliederung	Zusammenfassung und Schlusswertung
Punkte allgemein halten; kurz begründen, Beispiele liefern	
positiv argumentieren (Sätze wie «unsere Gemeinde zukunftsfähig machen»)	

Europa fängt zu Hause an

Das Ziel der Kommunalen Werkstätten ist, Ziele für unsere Gemeinde zu formulieren und diese in unserem Kommunalwahlprogramm den Menschen näher zu bringen.

Ein weiteres Ziel ist es, Menschen für die SPD zu begeistern und sie zu ermutigen, auf der SPD-Liste zu kandidieren. Die Ergebnisse der Kommunalen Werkstätten sollen aber auch in das Wahlprogramm der **Kreistagswahl** mit einfließen.

Das Thema **Europa** ist leider für viele ein sehr komplexes Thema und stellt so manchen vor die Frage: «Ist das nicht zu weit weg von unseren kommunalen Themen?». Europapolitik wirkt sich bis in die Kommunalpolitik aus. Europapolitik ist aber nicht nur Zwang und Beschränkung, sie birgt auch **politische Chancen**.

Daher ist es wichtig, das Thema Europa auf verschiedenen Handlungsebenen zu diskutieren. Dinge können sich auf Kreisebene anders auswirken, als in der Stadt oder der Gemeinde. Aus diesem Grund schlagen wir Euch im Folgenden die **Aktivenkonferenz** für Euren SPD-Kreisverband vor.

Durch die Aktivenkonferenz könnt Ihr mit anderen Ortsvereinen in Kontakt treten und zusammen Themen austauschen und bestimmen, so dass Ihr am Ende ein Gesamtbild der SPD in Eurem Landkreis schaffen könnt.

Aktivenkonferenzen

Geschafft! Eure Kommunalen Werkstätten hatten Erfolg und die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Ihr habt ein wichtiges Zwischenziel erreicht. Jetzt kommt es drauf an, die Ergebnisse umzusetzen und daraus einen gut koordinierten, aktiven Wahlkampf zu machen – für Eure Kommune, für Euren Kreis und für Europa.

Deswegen organisiert nach dem erfolgreichen Start Aktivenkonferenzen, auf denen die Ergebnisse besprochen werden und die als Startschuss für die zweite Halbzeit genutzt werden können. Die Aktivenkonferenzen sind ein entscheidendes Element in der Planung, denn um als großes Team erfolgreich zu sein, ist die Vernetzung untereinander entscheidend. Das gilt immer, aber um so mehr für das Jahr 2009, wo wir sowohl in den Kommunen als auch in den Kreisen und nicht zu vergessen in Europa wählen. Diese Ebenen könnt Ihr durch eine Aktivenkonferenz in Verbindung bringen. Es ist entscheidend, dass nicht jede Ebene für sich arbeitet, sondern dass wir uns untereinander abstimmen. Ein gut koordiniertes, spannendes sozialdemokratisches Projekt «Wahlen 2009» hat **die besten Erfolgchancen**.

Das heißt konkret, dass Informationen von unten nach oben getragen werden. **Kommunen – Kreise – Europa: Das gehört zusammen**. Jede Ebene und damit jede Wahl ist für sich genommen bereits wichtig (auch die Europawahl!). Aber Wahlkampf, der deutlich macht, dass die SPD für alle Ebenen abgestimmte Ideen und Konzepte hat, überzeugt mit Blick auf die Wahl und darüber hinaus.

Macht Eure aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in den Aktivenkonferenzen also fit für die heiße Phase, präsentiert die Ergebnisse, stimmt sie ab und bezieht alle Beteiligten in die weiteren Planungen ein. Sprecht über die erarbeiteten Inhalte, sprecht aber auch über die nächsten Schritte und Aktionen. Auf einer solchen Basis den Schritt in die Öffentlichkeit zu tun, schafft Motivation und zeigt, wie lebendig und vielleicht auch anders Wahlkampf sein kann!

«Zukunftsgipfel»

Ideenskizze für eine «Kick-Off»-Veranstaltung zum Kommunalwahlkampf auf Kreisverbandsebene mit möglichst vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern (Kommunalpolitiker/innen aller Ebenen, Ortsvereinsaktivist/innen, an Kommunalpolitik Interessierte):

- 1. Paarinterviews** «Wo sind oder waren wir als Fraktion / Ortsverein / Gemeinde oder Einzelkämpfer/in besonders gut?» Diese Paarinterviews sollen sehr ausführlich und gründlich sein. Es wird vorher ein Fragenkatalog ausgearbeitet.
- Anschließend in mehreren Gruppen (6 bis 10 Personen) **Austausch** über besonders inspirierende Geschichten aus den Interviews. Im gemeinsamen Gespräch Herausarbeiten von
Werten
Kernkompetenzen
Schwerpunktthemen
- Abschließend **Zusammenfassung** im Plenum. Eröffnung und gemeinsame Besichtigung einer **«Galerie der herausragenden kommunalpolitischen Taten»**.

Wie geht's weiter?

Wie geht's **jetzt** weiter? Liebe Genossin, lieber Genosse, wir hoffen, dass nach der Lektüre des letzten Kapitels der Politik-Virus, von dem wir ja alle befallen sind, wieder besonders aktiv ist. Du bist voller Tatendrang und willst gleich loslegen, mittendrin und für uns alle – für Dich und Deine Kommune. Dann geht's jetzt los.

Dann ist dieses Handbuch der Anpfiff für ein erfolgreiches Spiel, mit Dir auf dem Platz und uns allen als Team. Der erste Spielzug ist, dass Du Dich mit den Genossinnen und Genossen in Deinem Ort triffst und Ihr Euch überlegt, wie Ihr eine **Kommunale Werkstätte initiieren** könnt. Legt los. Ihr habt den Ball!

Ein paar Hinweise zur Durchführung:

TIPP: Sucht Euch einen geeigneten, gerne auch ungewöhnlichen Raum.



Überlegt Euch verschiedene Themenbereiche, über die diskutiert werden soll. Setzt jeweils einen Themenbereich pro Sitzungstermin fest. Vermutlich wird eine Sitzung nicht reichen – die Debatte über ein Thema kann also auch mehrfach erfolgen.

Haltet die Ergebnisse zunächst ungewichtet fest, sei es auf einer Flipchart, sei es auf einer Tafel oder in einer PowerPoint-Präsentation.

Zwischen den Terminen können dann auf Grundlage der Debatte Texte formuliert werden, über die nochmals gesprochen werden kann.

Moderiert die Debatte und lasst sie nicht endlos ausufern. Es ermüdet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wenn mehrfach die gleichen Argumente vorgetragen werden. Die Debatten dürfen ruhig lebendig sein. Unterbrecht aber, wenn sie aus dem Ruder zu laufen drohen. Ziel ist ein konstruktives Gespräch.

Ein Blick in die Zukunft, jenseits des Wahltermins: Wie geht's weiter nach der Wahl? Feiert Euer gutes Abschneiden. Ganz wichtig ist, dass mit der Wahl nicht plötzlich alles in sich zusammenfällt. Ein bisschen Spaß muss sein. Macht ein Helfer/innenfest, zu dem alle Kandidatinnen und Kandidaten, Helferinnen und Helfer und alle Aktiven aus den Kommunalen Werkstätten eingeladen sind. Neue Aktive fühlen sich somit gleich weiter eingebunden und nicht nur für die Wahl benutzt. Das fördert das Wir-Gefühl und ist eine erste Gelegenheit, das drohende Loch nach der Wahl zu verhindern.

Auf diesem Fest könnt Ihr auch gleich **Zukunftspläne** ankündigen, um eine Perspektive für alle zu bieten, die zumindest mit dem Gedanken spielen, weiter dabei zu bleiben. Denn die Kommunalwahl 2009 ist auch eine Chance, Euren Ortsverein beziehungsweise die SPD vor Ort noch lebendiger und aktiver zu machen. Die Kommunalen Werkstätten mit ihrer Einbeziehung «ganz normaler Bürgerinnen und Bürger» sind dazu ein einfaches Mittel. Wichtig ist, dass Ihr die angefangenen Projekte und die gerade gewonnenen Aktiven nicht wieder loslasst.

Politik muss **interessant und attraktiv** bleiben. Politik macht Spaß, ohne in eine Spaßveranstaltung abzugleiten. Deswegen machen wir auch nach den Werkstätten und natürlich nach der Wahl weiter. Das ist um so einfacher, weil Ihr mit dem gemeinsam erarbeiteten Programm bereits die Stützpfiler Eurer Aktivitäten habt. Mit den neu gewonnenen Personen schwebt das Programm dann auch nicht im luftleeren Raum, sondern brennt weiter inmitten der Gesellschaft.

Das heißt nicht, dass alle gleich Mitglied der SPD werden müssen. Das soll manche sogar abschrecken ;–). Aber bindet die Aktiven an Euch, indem Ihr weiter **Angebote** macht, die inhaltlichen Fragen in Anbetracht sich verändernder Lagen immer wieder zu diskutieren und anzupassen. Das zeugt von **Realismus und Ernsthaftigkeit** im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ihr könnt dazu die Form der Kommunalen Werkstätten zu einer Art Dauereinrichtung machen. Sie können so zu einer Art von «Think Tanks» werden, die zeigen, dass Ihr eine moderne und offene Partei vor Ort repräsentiert.

Damit schafft Ihr Euch auch einen Vorteil, der in allen Umfragen immer wieder deutlich wird. Erwartet wird, dass sich die Parteien erst kurz vor Wahlen für sie und ihre Probleme interessieren. Zeigen wir aber **dauerhaftes, ständiges Interesse** an den Belangen und den Meinungen der Menschen, so überraschen wir – und das positiv.

Fit für die Kommunalpolitik?

KommunalAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die aktive Förderung von kommunalpolitisch Interessierten kann nicht alleine von Fraktionen und Ortsvereinen bewältigt werden. Die KommunalAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung Baden-Württemberg bietet hier ein ideales Angebot.

Das **Qualifizierungsprogramm für kommunale Nachwuchskräfte** befasst sich in drei Modulen mit den Themen kommunaler Haushalt, Stadtplanung, kommunale Wirtschaftsförderung, Europa und Kommune sowie kommunale Sozialpolitik. Dabei werden diese Sachthemen mit Methodenkompetenzen, wie zum Beispiel Verhandlungsführung, Zeitmanagement, Präsentations- und Kreativitätstechniken verknüpft.

Außerdem gibt es seitens der Friedrich-Ebert-Stiftung Angebote zum Wahlkampf vor Ort. Ziel ist die **Freude an der Kommunalpolitik** zu wecken, die Schulung und Qualifizierung kommunalpolitisch Interessierter. Damit sollen möglichst viele Kandidatinnen und Kandidaten für unterschiedliche kommunale Ebenen gefördert werden. Die Idee der Vernetzung innerhalb der kommunalen Familie mit Kandidat/innen und Mandatsträger/innen wird weiter gestärkt und unterstützt.

Fachkundige Referent/innen führen anschaulich in die Themen ein, die anhand praktischer Beispiele vertieft werden. Das Kamingsgespräch mit prominenten Gästen eröffnet einen Einblick in das politische Leben weit über die Stadt oder Gemeinde hinaus und gibt zugleich die Möglichkeit, selbst als Moderator/in verschiedene Moderationstechniken zu erproben. Die Anmeldungen werden nach dem Eingang berücksichtigt.

Anmeldung und weitere Informationen bei:

Sieglinde Hopfhauer, Fritz-Erler-Forum Stuttgart 0711 / 24 83 94 3,
sieglinde.hopfhauer@fes.de

Kommunalakademie der Bundes-SGK

Die Kommunalakademie ist ein Kooperationsprojekt der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und der SPD. Die Bundes-SGK und der SPD-Parteivorstand führen diese Akademie gemeinsam durch. Ziel der Akademie ist es, **junge Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker fachlich und methodisch weiterzubilden**. Insgesamt qualifiziert die SPD bundesweit pro Jahr 100 junge Menschen.

Die Gruppe der 25 süddeutschen Mandatsträger/innen (aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und dem Saarland) arbeiten im Turnus von 14 Tagen an insgesamt fünf Wochenenden in Neu-Isenburg. Fachthemen sind die Handlungsfelder kommunaler Politik, Kommunalfinanzen, Stadtentwicklung, Sozialpolitik und Sicherheit im Alltag.

Das Trainingskonzept der Kommunalakademie kombiniert innovativ **Inhalte und politische Orientierung**. Die Entwicklung von Methoden- beziehungsweise Prozesskompetenzen erfordert eine hohe Lernbereitschaft und Leistungsfähigkeit der teilnehmenden Personen. Es ist eine besondere Art des beschleunigten Lernens durch Praxis und Reflexion, wie es in der Regel für hoch angesetzte Führungstrainings eingesetzt wird.

Der innovative Wissens- und Erfahrungstransfer wird insbesondere auch durch das Trainer/innenteam von Policon (www.policon.net) gewährleistet.

Wo und wie bewerben?

Die SPD-Landesverbände und Bezirke schreiben die Plätze quotiert aus. Sie wählen auch aus Bewerbungen die teilnehmenden Personen aus. Ausführliche Informationen zu Inhalten, Methoden und Ablauf der Kommunalakademie sowie die vollständigen Bewerbungsunterlagen können angefordert werden bei: **parteschule@spd.de**

Die Ausschreibungsunterlagen und der Anmeldebogen können direkt im SPD-Mitgliedernetz www.spd-online.de unter /Partei/Bildungsarbeit 2007 abgerufen werden.

TEIL 2:

Beispiele Eurer Arbeit, die begeistern!

Wahlkampf macht Spaß – und vor allem: Wahlkampf ist einfach! Denn gute Ideen gibt es bereits zuhauf. Ihr müsst Euch nur bedienen. Viele Ortsvereine, Fraktionen und Arbeitsgemeinschaften waren schon kreativ und stellen hier nun ihre Projekte und Aktivitäten vor. Ihnen gebührt großer Dank. Denn diese Sammlung deckt eine so große Bandbreite an erfolgversprechenden Aktionen ab, dass für fast jede Situation und jedes Thema etwas dabei ist – als konkrete Vorlage oder als ungefähre Anregung. Was wir sonst oft nicht dürfen: Kopieren erlaubt! Mit solchen erprobten, erfolgreichen und kreativen Aktionen macht Wahlkampf (und das ist ja, genau genommen, die gesamte Zeit zwischen zwei Wahlen) Freude. So transportieren wir viel eingängiger unsere Inhalte als dröge Info-Flyer. Durchblättern, inspirieren lassen, bei Bedarf Kontakt aufnehmen, und dann zu Hause loslegen – auf geht's!

Wir sammeln auch nach Herausgabe dieses Handbuchs weitere Beispiele, um sie im Internet zu veröffentlichen. Kontakt: joerg.tauss@spd.de

Soziales	
Wirtschaft	
Kultur und Bildung	
Bürgerbeteiligung	
Bürgerschaftliches Engagement	
Städtebau	
Ökologie	
Stadtmarketing	
Kommunale Verwaltung	
Fraktion und Öffentlichkeit	
Über die Kommune hinaus	

Sozialbericht

[Herrenberg]

Die SPD Fraktion beauftragt die Verwaltung der Stadt Herrenberg, im Laufe des Jahres einen Sozialbericht zu erstellen und diesen zur Beratung dem Gemeinderat vorzulegen. Auch in der Stadt Herrenberg gibt es eine Reihe von sozialen Problem- und Konfliktfeldern (Obdachlosigkeit, Integration von ausländischen Mitbürgern/innen, Suchtabhängigkeit, sozial schwächere Einzelne und Gruppen usw.)

Für den Gemeinderat ist es **notwendig und hilfreich** einen Überblick über die verschiedenen sozialen Bereiche, in denen Probleme, Konflikte und Defizite Einzelner oder von Gruppen auftauchen, zu bekommen. Der Sozialbericht sollte **konkrete Handlungsmöglichkeiten** zur Beseitigung der Defizite aufzeigen.

INFOS: SPD-Fraktion Herrenberg
Bodo Philipsen
Internet: www.ov-herrenberg.bawue.spd.de



Gründung Jugendgemeinderat [Böblingen]

Die SPD Gemeinderatsfraktion in Böblingen (46.000 Einwohner/innen) hat es geschafft, einen Jugendgemeinderat ins Leben zu rufen, der die Böblinger Jugendlichen ernst nimmt und sie aktiv am politischen Prozess teilhaben lässt. Der Antrag auf einen Jugendgemeinderat beinhaltete folgende Forderungen:

1. **Antragsrecht** des Jugendgemeinderats im Gemeinderat der Stadt Böblingen, im Bezug auf jugendrelevante Themen, mit einem einhergehenden **Anhörungsrecht** im Gemeinderat.
2. **Rede- und Anhörungsrecht** in den jeweiligen Ausschüssen bei jugendrelevanten Themen
3. Eingliederung des Jugendgemeinderats in die Räumlichkeiten und den Arbeitsbereich der pädagogischen Betreuung des Jugend- und Kulturcafés Diabolino.
4. **Einstellung einer Stelle** im Rahmen des Gemeinnützigen Bildungsjahres (GBJ), mit Ansiedlung im Arbeitsbereich des Jugend- und Kulturcafés Diabolino, zur Unterstützung der pädagogischen Fachkraft bei der laufenden Arbeit des Jugendgemeinderates.
5. Die Einstellung eines **Etats**, der die eigenständige gestalterische Arbeit des Jugendgemeinderats gewährleistet.
6. Die Durchführung muss sich an die vorläufige Geschäftsordnung halten, bis der konstituierte Jugendgemeinderat eine Geschäftsordnung mit erforderlicher Mehrheit beschließt.

Seit Januar 2007 gibt es nun, dank der SPD, einen Jugendgemeinderat in Böblingen. Weitere Informationen über die aktuelle Arbeit des Jugendgemeinderats unter: www.jugendgemeinderat-bb.de



INFOS: Ulrike Mozden
Waldburgstr. 28
71032 Böblingen
Telefon: 07031/ 685835
E-Mail: ulrike.mozden@spd-online.de

Florian Wahl
Bergamastr. 75
71034 Böblingen
Telefon: 07031-733587
E-Mail: wahlflorian@aol.com

www.spd-boeblingen.de

www.jgr-bb.de

Sommerferienprogramm

[Lichtenau]

Seit 1995 organisiert die Stadt Lichtenau/Baden (5.000 Einwohner/innen) ein Sommerferienprogramm für sozial schwächere Kinder und Jugendliche. Höhepunkt des Programms sind **Ferienaufenthalte** in den Partnerstädten Lichtenberg (Elsass) und Serrungarina (Italien). Ziel der Reisen ist, den Kindern ein **unvergessliches Erlebnis** zu bereiten und den **europäischen Gedanken** bei ihnen zu verankern. In Kooperation mit den **örtlichen Vereinen** ist es der Stadt Lichtenau gelungen, über die gesamten Sommerferien ein abwechslungsreiches Programm anbieten zu können. Der jährliche finanzielle Aufwand für die Stadt liegt zwischen 5.000 und 10.000 Euro ohne Personalkosten.

INFOS: Bürgermeister Rolf Karrais
www.lichtenau-baden.de



Kinderbüro [Nagold]



Das Kinderbüro ist in Nagold noch eine sehr junge städtische Einrichtung, sie wurde im Juli 2007 eröffnet. Die neue Einrichtung Kinderbüro Nagold gehört zum Bürgerservice der Stadt. Das Kinderbüro ist **Ansprechpartner für Kinder, Jugendliche und Erwachsene** und ist eine **Kommunikationsplattform**. Dort werden Informationen gebündelt, Kontakte vermittelt und neue geknüpft sowie der Ideen- und Meinungsaustausch zum Thema Kinder, Jugendliche und Familien mit Interessierten vor Ort gefördert.

Für Informationen über Freizeit- und Vereinsangebote, Bildungs- und Betreuungseinrichtung in Nagold und seinen Stadtteilen sowie über Hilfsangebote, wie Erziehungsberatung, Selbsthilfegruppen oder soziale Dienstleistungen, ist das Kinderbüro Nagold die richtige Anlaufstelle. Das Büro ist auch Treffpunkt und Begegnungsstätte.

Durch das niederschwellige Angebot und Werbung sollen besonders auch Zielgruppen erreicht werden, die durch die üblichen Informationswege, insbesondere Zeitung und Angabe von Kontaktpersonen in Broschüren, nicht erreicht werden.

Darüber hinaus unterstützt das Kinderbüro Nagold Vereine und Institutionen bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Diese können die Räumlichkeiten des Kinderbüros nutzen, um dort wöchentlich Sprechstunden abzuhalten. Derzeit nutzen dieses Angebot bereits der Nagolder Tageselternverein und der Deutsche Alpenverein.

Das Büro wird von zwei Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung in Teilzeit betreut und ist wöchentlich 21 Stunden geöffnet. Täglich können Rat- und Hilfesuchende ins Kinderbüro kommen.

INFOS: Brigitte Länge, Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters
Stadtverwaltung Nagold
Marktstraße 27
72202 Nagold
Telefon: 07452/ 681-125
Fax: 07452/681-5125
E-Mail: brigitte.laenge@nagold.de
www.nagold.de

Anti-Gewalt-Forum

[Wiesloch]

Das Wieslocher Anti-Gewalt-Forum, gegründet im Jahr 2000, abgeschlossen im Jahr 2006, zeigt, welchen Beitrag Bürgerinnen und Bürger zusammen mit den professionellen Partner/innen in Kommunen und Behörden durch eigene Aktivitäten leisten können, um ihr eigenes Sicherheitsgefühl zu stärken oder sogar tatsächlich etwas für Sicherheit zu tun.

Im Sommer 2000 war es in Wiesloch zu gewalttätigen Eskalationen bei Abiturfeiern gekommen. Einige Jugendliche mussten teilweise mit erheblichen Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden. In den aufkommenden Diskussionen in der Stadt wurden daraufhin auch verstärkte Aktivitäten einer «Jugend-Gang» und Zerstörungen an (öffentlichen) Gebäuden thematisiert. Vor allem unter Jugendlichen war ein erhebliches Unsicherheitsgefühl feststellbar. Die Verwaltung wurde von der SPD-Fraktion gebeten, zu einer Aussprache mit allen Beteiligten einzuladen. Was als einmaliger Austausch aller Betroffenen und Interessierten gedacht war, mündete in einen breiten Bürgerbeteiligungsprozess mit weiter Themenpalette.

Insgesamt wurden drei Anti-Gewalt-Foren organisiert (2000, 2003 und 2006). Zwischen den Sitzungen des Forums arbeiteten Arbeitsgruppen selbstständig. In der ersten Runde hatte es neben einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schüler/innen und Polizei unter anderem einen **Aktionstag gegen Gewalt** an allen Wieslocher Schulen gegeben, **Streitschlichter** wurden ausgebildet und es wurde eine Empfehlung an den Gemeinderat für **Jugendräume** gegeben, die schließlich am Stadion realisiert werden konnten. In der zweiten Runde wurden unter anderem eine Veranstaltungsreihe zur **Sicherheitsberatung für Senior/innen** mit insgesamt über 300 Teilnehmer/innen organisiert, eine **Podiumsdiskussion** zum Thema «Graffiti - Kunst oder Schmiererei» veranstaltet und als besondere Leistung durch ein immenses Engagement tatkräftiger Frauen und Unterstützung von Sponsoren und Institutionen eine ehrenamtlich getragene **Beratungsstelle «Frauen in Not»** geschaffen.

Im abschließenden Anti-Gewalt-Forum am 15. Juli 2006 waren sich die Beteiligten einig, dass eine positive Bilanz gezogen werden könne, dass Jugendparties sicherer geworden sind, die Zusammenarbeit der Polizei Klarheit gebracht hat, wo die Bürgerinnen und Bürger Probleme sehen, und gleichzeitig die Akzeptanz polizeilicher Maßnahmen gestärkt hat. Das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Polizei ist ein anderes geworden. **Vernetzung, gegenseitiges Verständnis, Wissenszuwachs auf allen Seiten, Unterstützung für Projekte** – nur einige der positiven Nennungen, die den Wert des Anti-Gewalt-Forums verdeutlichen.

INFOS: Lars Castellucci

In der Bohn 28

69168 Wiesloch

www.anti-gewalt-forum.de

Bündnis für Familie

[Wiesloch-Walldorf]

WiWa Familie will alle Bereiche, in denen die Generationen miteinander verbunden sind, und in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, ansprechen. Dazu gehört die Fürsorge für älter werdende Angehörige ebenso wie ein neues Klima für das Leben mit Kindern.

Angestoßen wurde die Initiative von Mitgliedern der örtlichen SPD. Ihr Anspruch war es, ein überparteiliches Bündnis zu erreichen, in dem alle Bürgerinnen und Bürger ihrer Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit nachkommen können und damit zu zeigen, dass die Ziele der SPD auch aktiv gelebt werden können.

Das Bündnis hat sieben Handlungsfelder festgelegt, unter anderem **Vernetzung** (Verknüpfen von Ressourcen), **«Betreuungsservice in Notfällen»**, **Generationenübergreifende Zusammenarbeit** (Mehrgenerationenwohnen), **Patenschaften** (Integration), **Tandemlernen**.

INFOS: Lars Castellucci

In der Bohn 28

69168 Wiesloch

www.wiesloch.de



Gesamtkonzept für ein behindertenfreundliches Wiesloch

Nach Angaben des Sozialministeriums Baden-Württemberg sind circa 10 Prozent der Bevölkerung behindert, 7 Prozent besitzen einen Schwerbehindertenausweis. Das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen hatte die SPD-Fraktion zum Anlass genommen, einige Vorschläge zu unterbreiten, welche Verbesserungen erreicht werden sollten. Getreu der Querschnittsaufgabe im Arbeitsprogramm der Fraktion, nicht nur Bürgerbeteiligung zu fordern, sondern selbst wo immer möglich Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, wurden die Vorschläge 2003 und 2004 mit allen für Behinderte relevanten Institutionen und vielen Einzelpersonen sowie im Internet und auf einer öffentlichen Veranstaltung mit Fachleuten vorgestellt und diskutiert.

Ergebnisse: Zunächst ist die SPD Wiesloch mit gutem Beispiel vorangegangen und hat 2003 einen Relaunch der Homepage zum Anlass genommen, eine barrierefreie Seite unter www.spd-wiesloch.de zu gestalten.

In der Stadtverwaltung wurde 2004 eine **Beauftragte für die Belange behinderter Menschen** im Büro der Ersten Bürgermeisterin eingerichtet.

Die neue Fraktion hat nach den Kommunalwahlen 2004 eine Stadträtin als **Ansprechpartnerin für Belange behinderter Menschen** ernannt.

Drei Anträge passierten 2005 einstimmig den Gemeinderat und befinden sich in Umsetzung:

Antrag für ein **behindertengerechtes WC** in der Innenstadt

Antrag für eine **barrierefreie Homepage der Stadt** Wiesloch

Antrag auf Einrichtung eines **Runden Tisches der Behindertenbeauftragten**

Viele weitere Aktivitäten wurden von anderen Organisationen gestartet, unter anderem eine Überprüfung der innerstädtischen (Behinderten-)Parkplätze durch den Stadtseniorenrat.

An weiteren Initiativen ist in Vorbereitung, die Themen Integration in Kindergarten, Schule und Arbeitswelt auf die Tagesordnung zu setzen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

INFOS: Lars Castellucci

In der Bohn 28

69168 Wiesloch

www.spd-wiesloch.de

Glückwunsch-Aktion

[Pleidelsheim]

Seit nunmehr 24 Jahren beglückwünscht ein/e Vertreter/in des SPD-Ortsvereins alle über 70jährigen Bürgerinnen und Bürger der Kommune mit 6.350 Einwohner/innen zu ihrem Geburtstag mit einer SPD-Glückwunschkarte. Dies wird seit Jahren auch von den meist sehr konservativen Menschen als eine Geste der Menschlichkeit empfunden.

War auch am Anfang der Aktion die Kritik geäußert worden, es handle sich lediglich um «Stimmenfang», so hat sich die Meinung auf Grund der lang anhaltenden und wiederkehrenden Aktion als ein Zeichen des «Nichtvergessens» tief im Innern dieser Menschen und teilweise auch ihrer Angehörigen eingepägt. Dass sich dies natürlich auch bei Wahlen, speziell bei den Kommunalwahlen, niederschlägt ist sicherlich nachvollziehbar.

Die Glückwunsch-Aktion ist langfristig angelegt und muss über viele Jahre kontinuierlich betrieben werden, um Erfolg zu haben. Die Aktion wurde auf junge Familien – bei Geburt eines Kindes – ausgedehnt (so dass bei der Einschulung auf entsprechende Adressen zurückgegriffen werden kann). Aber auch bei der Neueröffnung von Geschäften, Institutionen und Praxen sprechen wir den «Jungunternehmer/innen» unsere Glückwünsche aus. In Pleidelsheim mit seinen rund 6.350 Einwohner/innen sind circa 450 Glückwunschkarten im Jahr erforderlich. Auf die Aktion hat es bereits mehrfach positive Rückmeldungen gegeben.

INFOS: Lothar Muchenberger

Tannenweg 3

74385 Pleidelsheim



Kinder- und Jugendstudie zum Sportverhalten [Mannheim]

Im Jahr 2000 wurde in Mannheim eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger über ihr Sportverhalten durchgeführt. Hierbei wurden Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren nicht berücksichtigt, was in der Art der Befragung (schriftliches Interview, Zusenden eines standardisierten Fragebogens) begründet war. Diese Lücke wurde im Jahr 2004 mittels einer speziellen Kinder- und Jugendbefragung geschlossen.

Von besonderem Interesse war es, Aufschluss über die informellen Spiel- und Bewegungsaktivitäten sowie über das Sportverhalten der Kinder und Jugendlichen in den verschiedenen sozialen Kontexten (Familie, Freunde) oder institutionellen «Settings» (Schulen, Vereine, etc.) zu erhalten. Darüber hinaus können nun Aussagen über die Nutzung der in der Wohnumgebung vorhandenen Spiel- und Sportgelegenheiten getroffen werden und es kann der Bedarf nach weiteren Spiel- und Sportmöglichkeiten erkundet werden.

Durch die Befragung konnten auch die aktuellen Spiel- und Sportgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen erfasst und untersucht werden. Solche Umfragen wurden zum Beispiel vom Institut für Sportwissenschaft an der Universität Stuttgart schon in Sindelfingen und Esslingen durchgeführt, jedoch ist das besondere an der Mannheimer Umfrage, dass sie komplett von der Stadtverwaltung durchgeführt wurde. Dies geschah mit Unterstützung der Schulen in Mannheim.

INFOS: Christian Hübel
Telefon: 0621/ 293 9307
Fax: 0621/ 293 9300
E-Mail: christian.huebel@mannheim.de

Kindergärten-Angebots- vielfalt [Schwäbisch Hall]

1.400 Plätze für Kinder im Kindergartenalter in 31 Einrichtungen bei 10 verschiedenen Trägern stehen in Schwäbisch Hall zur Verfügung. 15 % der Kinder besuchen Einrichtungen mit einer Öffnungszeit am Vor- und Nachmittag, 21 % Betreuungsmodule bis zu 10 Stunden und 64 % Einrichtungen mit einer 6stündigen zusammenhängenden Öffnungszeit.

2007 wurden 50 weitere Krippenplätze geschaffen, so dass jetzt 100 Krippenplätze in institutionellen Einrichtungen angeboten werden. Zusammen mit Plätzen in altersgemischten Gruppen und in Tagespflegestellen gibt es 149 Plätze für Unter-Dreijährige (14% Versorgungsquote). Im Kindergartenjahr 2007/08 kommen 30 Krippenplätze und eine Ganztageskindergartengruppe hinzu.

Die Angebotsvielfalt wird **weiter intensiv ausgebaut** werden. Geschaffen werden Betreuungsplätze bis 20.30 Uhr an Samstagen. Auch die Erweiterung von Frühdiensten ab 6.30 Uhr, «Zukaufsmöglichkeiten» **einzelner Betreuungsstunden** an verschiedenen Tagen, Ausbau des **Mittagessenangebotes** stehen auf der Agenda. Bereits realisiert wurde in den städtischen Einrichtungen eine **Ferienregelung** mit gegenseitiger Vertretung. Geschlossen sind die Tagesstätten nur noch zwischen Weihnachten und Neujahr.

INFOS: Stadtverwaltung Schwäbisch Hall
Fachbereich Jugend, Schule & Soziales
Am Markt 6
74523 Schwäbisch Hall
Telefon: 0791 / 751-274
Fax: 0791 / 751-616
www.schwaebischhall.de



Feuergriffel – Stadtschreiber für Kinder- und Jugendliteratur [Mannheim]

Kinder und Jugendliche repräsentieren weit über die Hälfte der Kunden vieler öffentlicher Bibliotheken. So auch in der Mannheimer Stadtbibliothek, die durch zahlreiche Zweigstellen in den Stadtteilen eine ortsnahe Bibliotheksversorgung ermöglicht und über umfassende bibliothekspädagogische Aktivitäten Angebote für die wichtige Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen entwickelt.

Bezogen auf Leseförderung wurde eine stadtweite Kooperation mit zahlreichen Bildungspartner/innen aufgebaut, ebenso wie ein Kreis aktiver ehrenamtlicher Vorlesepat/innen geschaffen. Veranstaltungen ermöglichen unter anderem dem jungen Publikum die Begegnung mit Kinder- und Jugendbuchautor/innen und ihren Büchern.

In diesem Rahmen entstand die Idee, das Konzept eines Stadtschreiber-aufenthaltes mit der Bibliotheksarbeit zu verbinden. Erstaunlicherweise gab es bislang bundesweit – trotz vieler Stadtschreiberposten – keinen Stadtschreiber für Kinder- und Jugendliteratur. So konnte für das Konzept die Unterstützung namhafter Sponsoren gewonnen werden und im Sinne der Autoren ein **attraktiver Rahmen** für das Stipendium geschaffen werden: Ein dreimonatiger Mannheimaufenthalt bei freier Kost und Logis und monatlicher Aufwandsentschädigung von 1.000 Euro und ein Preisgeld in Höhe von 6.000 Euro.

Da für Kinder- und Jugendbuchautor/innen nur wenig explizite Stipendien existieren, war die Rückmeldung auf die 2006 erfolgte Ausschreibung sehr groß. Eine Expert/innenjury, in der unter anderem der Geschäftsführer der Frankfurter Buchmesse, Jürgen Boos, Vertreter/innen des Instituts für Deutsche Sprache, des Dudenverlages, Journalist/innen, Buchhändler/innen, des Schnawwl-Kindertheaters und Jugendliche vertreten waren, wählte die renommierte Jugendbuchautorin Tamara Bach aus, die zwei Jahre zuvor bereits mit dem deutschen Jugendbuchpreis ausgezeichnet wurde. Von April bis Juli 2007 lebte und arbeitet sie im Turm der alten Feuerwache (daher der Name Feuergriffel) an einem **in Mannheim spielenden Jugendroman**.

Die Autorin präsentierte sich und ihre Arbeit in zahlreichen Veranstaltungen und Lesungen. Nicht zuletzt dank der überzeugenden Autorin und ihrer Veranstaltungspräsenz war das **öffentliche Interesse an dem Projekt sehr groß**. Aufgrund der guten Erfahrungen bei Organisator/innen, Partner/innen und Leser/innen konnte das einmalige Pilotprojekt zu einer langfristigen Einrichtung werden. Der Feuergriffel wird **künftig regelmäßig**, im zweijährlichen Turnus vergeben.

INFOS: Christian Hübel
Telefon: 0621 / 293 9307
Fax: 0621 / 293 9300
E-Mail: christian.huebel@mannheim.de



Jugend mit Zukunft

[Bad Rappenau]

Workshop zu inner- und außerschulischen Problemsituationen in Bad Rappenau

Auf Initiative der Schulleiter der weiterführenden Schulen in Bad Rappenau fand im März 2007 der Workshop «Jugend mit Zukunft» statt. Anlass war, dass die Schulleiter und die Schulsozialarbeit verstärkt Probleme mit den Schüler/innen hatten. Bei den Problemen handelte es sich um schulische (Fehlzeiten, Schulschwächen, schulische Leistungen, etc.) und auch außerschulische Problemfelder (Vandalismus, Gewalt, Müllablagerungen usw.).

Probleme und Lösungsmöglichkeiten sollten in einem Workshop mit allen Personen erarbeitet werden, die vor Ort für die Schulen und die Jugend engagiert sind. Neben den Vertreter/innen der Stadtverwaltung und der Schulleitungen haben auch Eltern- und Schülervertreter/innen, Vertreter/innen des Gemeinderates, das Schulaufsichtsamt, der Schulsozialarbeit und Pro JuLe, des Kreisjugendamtes und der städtischen Jugendpflege, Polizei, Familienberatung des Landkreises und Vertreter/innen der Kirchengemeinden am Workshop teilgenommen.

In Teil 1 sollten die Teilnehmer/innen in kleinen Arbeitsgruppen die **Probleme benennen**. In Teil 2 sollten für die aus Sicht der Teilnehmer/innen wichtigsten Probleme in Gruppenarbeit **Lösungsvorschläge** erarbeitet werden. In Teil 3 sollte **entschieden** werden, welche Maßnahmen von wem **durchgeführt** werden.

Nach Erarbeitung der Problemfelder und der Lösungsvorschläge wurden Arbeitskreise zu den verschiedenen Themen gebildet. Die Arbeitskreise haben sich seit dem Workshop bereits mehrfach getroffen und erste Vorschläge benannt. Aus den Ergebnissen der Arbeitskreise sollen **zukünftig Aktivitäten und Projekte** entstehen, die den Schülern/innen und Jugendlichen in Bad Rappenau **neue Perspektiven und Möglichkeiten** eröffnen. Daneben wurde das Forum als gemeinsame Plattform für **Informationsaustausch** und **Öffentlichkeitsarbeit** der Arbeitskreise konstituiert. Das Forum besteht aus allen Teilnehmer/innen des Workshops und trifft sich zwei Mal im Jahr.

Der Workshop «Jugend mit Zukunft» war der Anstoß für eine engere und intensivere Zusammenarbeit und Vernetzung aller im Bereich der Jugendarbeit tätigen Institutionen in Bad Rappenau. Künftig werden gemeinsam Projekte und Maßnahmen erarbeitet, die zur Verbesserung der Situation im Schulbereich beziehungsweise in der Jugendarbeit beitragen sollen.

INFOS: Stadt Bad Rappenau, Hauptamt
Clemens Hummel
Telefon: 07264 / 922-155
E-Mail: Clemens.Hummel@badrappenau.de



Älter werden in der Fremde

[AWO Kreisverband Stuttgart]

Integration älterer Migrantinnen und Migranten in Begegnungsstätten der AWO Stuttgart: Eine große Zahl von Menschen aus unterschiedlichen Ländern hat in Stuttgart ihre zweite Heimat gefunden. Fast 23 % der Stuttgarter Bevölkerung sind ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Immer mehr Menschen aus dieser Gruppe werden in Stuttgart alt. Die Stadt Stuttgart will die bestehenden Einrichtungen der Altenhilfe für ausländische Seniorinnen und Senioren öffnen. Die Begegnungsstätten der AWO Stuttgart verfügen über ein großes Angebot an Freizeitgestaltung, Beratung und mobilen Hilfsdiensten. Theoretisch stehen sie schon immer Menschen aller Nationalitäten offen, in der Praxis haben ausländische Seniorinnen und Senioren jedoch kaum den Weg in die Begegnungsstätten gefunden.

Als Trägerin von zwölf Begegnungsstätten in Stuttgart verfügt die Arbeiterwohlfahrt über ideale Rahmenbedingungen für die interkulturelle Öffnung der Altenhilfe. 2001 startete sie ein entsprechendes Projekt und wurde aus Mitteln der ARD-Fernsehlotterie unterstützt. Zunächst wurden die Bedürfnisse der älteren ausländischen Seniorinnen und Senioren ermittelt und Angebote im Rahmen der Begegnungsstättenarbeit geplant und umgesetzt. Dabei sollte kein Parallelprogramm für Migrantinnen und Migranten entstehen, vielmehr sollten diese stadtteilorientiert in das bestehende Regelangebot integriert werden. Angestrebt wurden gemeinsame Veranstaltungen und Gruppenangebote, ohne dass die eigene Kultur und Identität aufgegeben werden muss.

In der Anfangsphase des Projekts wurde mit speziellen Angeboten für ausländische Seniorinnen und Senioren begonnen, um diese mit den Begegnungsstätten bekannt zu machen. So fanden zum Beispiel muttersprachliche Gruppentreffen mit Gedächtnistraining sowie Vorträge in den jeweiligen Herkunftssprachen statt. Diese Angebote wurden bewusst so gelegt, dass am selben Tag auch im Regelangebot der Begegnungsstätten Veranstaltungen stattfanden, die für Migrantinnen und Migranten attraktiv sein könnten. Durch verschiedene Feste und Tanzveranstaltungen fanden bereits zu Beginn Annäherungen zwischen deutschen und ausländischen Senioren statt. Auch einige Vorträge wurden in einfacher, deutscher Sprache gehalten, sodass ausländische und deutsche Seniorinnen und Senioren gemeinsam daran teilnehmen konnten – mit Erfolg. Bildungs- und Bewegungsangebote folgten.

Je nach Begegnungsstätte stieg die Zahl der Migrant/innen unter den Besucher/innen auf 9 % bis 20 %. Mit viel Geduld und Verständnis für andere Kulturen, aber auch der Bereitschaft, ethnische Nischen zuzulassen, kann Schritt für Schritt eine Öffnung erreicht werden.

INFOS: Frau Gloning beim Kreisverband Stuttgart
Telefon: 0711/2868399

«Pro:Sie» Projekt

[AWO Kreisverband Stuttgart]

Im Oktober 2006 ist das «Projekt zur Stärkung der Integrationsfähigkeit und des ehrenamtlichen Engagements ausländischer Frauen (Pro:Sie)», gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, bei der Arbeiterwohlfahrt Stuttgart gestartet.

Das Modellprojekt richtet sich sowohl an bereits länger hier lebende als auch an neuzugewanderte Frauen, die sich über alltags- und integrationsrelevante Themen informieren und ihre Kommunikationsfähigkeit stärken möchten.

Thesen des Projektes sind:

- Das Verständnis von freiwilligem Engagement in den verschiedenen Kulturen ist unterschiedlich. Viele Frauen sind bereits freiwillig engagiert, in dem sie ihr Wissen in ihr soziales Umfeld tragen und so Frauen unterstützen, die ansonsten nicht erreicht werden.
- Migrantinnen müssen sich zunächst als vollwertige Bürgerinnen unserer Gesellschaft wahrnehmen und Wissen über Zugangsmöglichkeiten und Voraussetzungen haben, um sich bürgerschaftlich engagieren zu können.

Um die langfristigen Ziele – **Stärkung des Selbstwertgefühls und der Fähigkeit zum selbstbewussten Agieren in der deutschen Gesellschaft, Förderung des Vertrauens auf die eigenen Ressourcen, Gewinnung für bürgerschaftliches Engagement** – erreichen zu können, werden Schulungen, Seminare und Informationsveranstaltungen in kleinen Gruppen zu integrationsrelevanten, alltagsorientierten und frauenspezifischen Themen durchgeführt. Neben der Information steht dabei ein kontinuierliches Sprach- und Kommunikationstraining im Vordergrund. Diese Veranstaltungen werden durch das Angebot informeller Kontaktmöglichkeiten ergänzt, in denen die Themen der Seminare aufgearbeitet werden.

INFOS: AWO Kreisverband Stuttgart
Olgastraße 63
70182 Stuttgart
Telefon: 0711 / 210610
Geschäftsführer Friedhelm Noeh
www.awo-wuerttemberg.de



Qualität für Kinder

[Bietigheim-Bissingen]

Mit einer Qualitätsinitiative hat die Stadt Bietigheim-Bissingen in den letzten Jahren die Betreuung von Kleinkindern und Kindern in städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen (Kindergärten, Hort, Ganztageskindergarten und – neu – Kinderhaus) verbessert. Dazu gehört, dass seit 2005 in verschiedenen Kindergärten insgesamt derzeit 20 **Plätze für Kinder unter 3 Jahren** geschaffen wurden. Weiter wird seit 2003 das Projekt **«Sprachförderung für Vorschulkinder»** an inzwischen allen städtischen Kindergärten der Stadt durchgeführt. Für insgesamt 27 Kindergartengruppen werden jeweils 120 Stunden intensive gezielte Förderung in der Kleingruppe mit einem Sprechgartenprogramm mit Lauszeit und kreativer Zeit durchgeführt. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist die kontinuierliche Wiederholung der sprachlichen Inhalte und der Transfer in den Alltag der Gesamtgruppe. Der Sprechgarten versucht, an lebensnahen, alltäglichen Situationen aus dem Umfeld der Kinder anzusetzen. Sprachstandserhebungen vor und nach den Projekten bestätigen, dass rund 80 Prozent der geförderten Kinder nach dem Projekt keine sprachlichen Defizite mehr haben.

Seit 2006 beteiligen sich ein städtischer Kindergarten und eine städtische Schule an dem Projekt «Schulreifes Kind», einer besonderen Kooperationsform zwischen Schule und Kindergarten in Baden-Württemberg, in der dank einer besonderen Lehrkraft an der Grundschule förderbedürftige Kinder im letzten Kindergartenjahr in einer Präventivgruppe besonders gefördert werden.

Ab Herbst 2008 wird in allen Kindergärten der Stadt ein besonderes **musisches Angebot**, das die Kindergartenzeit mit dem Übergang in die Schule verbindet, durchgeführt. Der Unterricht wird grundsätzlich von Lehrkräften der Städtischen Musikschule erteilt. Das Angebot des kostenlosen Unterrichts im letzten Kindergartenjahr eröffnet die Chance, nahezu 100 Prozent der Kinder eines Jahrgangs mit den Elementen der Musik vertraut zu machen und damit Interesse an weiterführendem Instrumentalunterricht, ob in der Gruppe oder im Einzelunterricht, zu wecken.

Zur Förderung der sportlichen Bewegungsfähigkeit der Kinder wird bereits heute grundsätzlich in allen städtischen Kindergärten ein wöchentliches **Turnangebot**, entweder in den eigenen Räumen oder in den städtischen Turn- beziehungsweise Sporthallen angeboten.

Einen wesentlichen Qualitätssprung wird die Kinderbetreuung in Bietigheim-Bissingen mit der **Eröffnung eines neuen Kinderhauses** ab Januar 2008 nehmen. In diesem derzeit neu erbauten Kinderhaus werden rund 100 bis 120 Kinder in allen Altersstufen bis zu 12 Jahren ganztätig von circa 7 bis 18 Uhr, bei Bedarf auch eventuell länger, betreut werden. Im Grundsatz geht es darum, mit diesem neuen Konzept den Wandel von einer Betreuungseinrichtung mit Bildungsauftrag hin zu einer Bildungseinrichtung mit Betreuungsauftrag zu bewältigen

INFOS: Sybille Hoevel
Telefon: 07142 / 912857

Kinder-Uni

[Bietigheim-Bissingen]

Im Jahr 2006 gründeten die Stadt Bietigheim-Bissingen und die Bietigheimer Zeitung die erste Kinder-Uni im Landkreis Ludwigsburg. Nach der erfolgreichen Premiere im Frühjahr 2006 folgte im Frühjahr 2007 die zweite Auflage. Die Kinder-Uni umfasst jeweils drei Vorlesungen im Bietigheimer Kronenzentrum.

Bei der ersten Veranstaltung nahmen **rund 1.400 Kinder** an den insgesamt drei Vorlesungen teil. Bei der zweiten Auflage war das Interesse ähnlich stark. Zur Organisation der Kinder-Uni wurde eine Arbeitsgruppe aus ehrenamtlichen Kräften und Vertreter/innen von Stadt und Bietigheimer Zeitung gebildet. Die Bietigheimer Zeitung übernahm das Marketing, die Stadt stellte das Kronenzentrum als Veranstaltungssaal kostenlos zur Verfügung, die ehrenamtliche Kraft sicherte die Abstimmung und Anwerbung der Dozent/innen. Diese wurden über persönliche Ansprachen gewonnen.

Das Spektrum der Themen reichte von der **Abfallwirtschaft über Archäologie bis zur Philosophie**. Die Teilnahme an der Kinder-Uni war für alle Kinder kostenlos. Die nächsten Veranstaltungen sollen im November 2007 stattfinden.

INFOS: Ingrid Richters
Telefon: 07142 / 53909
E-Mail: ingrid.richters@onlinehome.de



Dorfladen

[Schwäbisch Hall]

Dorfladen Gailenkirchen und Gottwollshausen: Im Mai 2005 wurde im Schwäbisch Haller Teilort Gottwollshausen ein Dorfladen eröffnet. Ein **großes bürgerschaftliches Engagement** steckt in diesem Projekt. Eine Genossenschaft wurde gegründet, Anteilsscheine gezeichnet.

Unser Dorfladen sichert die Nahversorgung im Teilort zur Deckung des täglichen Grundbedarfs. Brot- und Backwaren, Molkereiprodukte, Bio-Käse, frisches Gemüse und Obst, Fleisch- und Wurstprodukte, Zeitungen und Zeitschriften, Haushaltsartikel und ein kleines Stehcafé sind im Angebot.

Bis August 2007 haben bereits **100.000 Kundinnen und Kunden** den Dorfladen Gottwollshausen besucht. Ein fester Kundenstamm ist vorhanden, ein freundliches Verkaufsteam, bestehend aus drei Verkäuferinnen, steht für die Kundenwünsche bereit.

Ein zweiter Dorfladen wurde am 30. August 2007 in Gailenkirchen eingeweiht. **Eine große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern will eine Grundversorgung ihres Ortes** und unterstützt die Initiative. 200 Einwohner/innen zeichneten 51.000,- Euro Anteile für ihren Dorfladen. Die Stadt Schwäbisch Hall und die Stiftung Hospital zum heiligen Geist unterstützen das großartige bürgerschaftliche Engagement in Gottwollshausen und Gailenkirchen. So ist die Grundversorgung durch die Genossenschaft «Unser Dorfladen» für 2.300 Einwohnerinnen und Einwohner gesichert.

INFOS: Stadtverwaltung Schwäbisch Hall

Fachbereich Jugend, Schule & Soziales

Am Markt 6

74523 Schwäbisch Hall

Telefon: 0791 / 751-274

Fax: 0791 / 751-616

www.schwaebischhall.de



Lebensmittelnahversorgung

[Brühl]

In Brühl (Rhein-Neckar-Kreis) mit 14.000 Einwohner/innen am Rande der Großstadt Mannheim ist die wohnungsnaher Versorgung der Menschen gefährdet – die Nähe zur Großstadt, großflächiger Einzelhandel und in jüngster Zeit so genannte Fachmarktzentren (meist Lebensmitteldiscounter und Drogeriemarkt nebeneinander) sind hier wie andersorts die Gründe. Menschen, die kein Auto haben oder es lieber stehen lassen wollen, haben es demnach schwer, sich mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

In dieser Situation teilte im Jahre 2003 die einzige noch im Ortskern befindliche Lebensmittelkette mit, ihren mit 400 Quadratmetern zu eng werdenden Laden schließen zu wollen. Man suche ein Grundstück außerhalb des Ortskerns, wo die benötigten Flächen für den Verkauf und für problemloses Parken vorgehalten werden können. Die Gemeinde stand nun vor der Aufgabe, das politische Problem der **«wohnungsnahen Versorgung»** ohne Einsatz von Gemeindefinanzien zu lösen. Ausgangspunkt der Überlegungen war der im Ortskern befindliche, 90 Parkplätze große «Messplatz»: Das traditionelle Fischerfest und die Kirchweih finden dort zweimal pro Jahr statt, im übrigen steht der Platz als öffentlicher Parkplatz zur Verfügung. Dieser eignet sich zweifellos als Parkplatz für den Lebensmittelmarkt. Nun galt es, die Grundstücke für den Markt selber zu akquirieren. Zwei private Grundstücke, die von der Gemeinde gekauft werden mussten, und ein Kinderspielplatz am Rande sowie 20 Platanen auf öffentlichen Grünflächen waren nötig, um genügend Grundfläche für den Markt zu erreichen. Hier waren zahlreiche Gespräche mit den Anlieger/innen nötig, ohne deren Entgegenkommen das Projekt nicht möglich gewesen wäre. Es wurde eine für das Unternehmen einzigartige Fassade ausgehandelt, die sich städtebaulich gut einfügt.

Der Parkplatz ist weiterhin öffentlich, und er steht für die beiden Feste zweimal fünf Tage pro Jahr der Gemeinde zur Verfügung. Mit dem Gesamtkonzept «Lebensmittelversorgung im Brühler Ortskern», an dem Bauamt, Kämmerei, Hauptamt und Ordnungsamt beteiligt waren, wurde der Gemeinderat überzeugt. Ergebnis dieser **sozialen** (Sicherung der Nahversorgung), **nachhaltigen** (Erbpachteinnahmen für 30 Jahre) und **demokratischen** (Sicherung des öffentlichen Parkplatzes und der öffentlichen Feste im Ortskern) Kommunalpolitik ohne Mitteleinsatz der Gemeinde ist, dass dieser Markt sich heute, nach knapp zwei Jahren Betrieb, als einer der umsatzstärksten Lebensmitteldiscountmärkte in der Region Rhein-Neckar etabliert hat, sogar Kundschaft aus den Nachbargemeinden anlockt. Heute kann man sagen, dass die Gemeinde Brühl mit dem Projekt beigetragen hat, dass die Lebensmittelfilialisten das Thema «Ortskern» inzwischen entdeckt und in der Folge auch anderswo den Hang zur «grünen Wiese» teilweise überwunden haben.

INFOS: Bürgermeister Dr. Ralf Göck

Postfach 1163

68776 Brühl / Baden

Life Science Center

[Esslingen]

Das LSC ist einer der Standorte in der BioRegion STERN. Dieses Akronym steht für: Stuttgart, Tübingen, Esslingen, Reutlingen und Neckar-Alb. Das LSC ist ausgerichtet auf die Zukunftsmärkte Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Nachhaltigkeit. Die Biotechnologie ist ein erster Schwerpunkt, der durch weitere **Zukunftstechnologien** ergänzt wird.

Die **erste Baustufe** wurde im April 2000 in Betrieb genommen. Sie umfasst circa 1.000 Quadratmeter Labor- und circa 1.000 Quadratmeter Bürofläche. Die **zweite Baustufe** ist in Planung.

Auf Anregung der Stadt Esslingen am Neckar hat das Kultusministerium eine **neue Ausbildung zum Biotechnologieassistenten** realisiert. Mit Unterstützung der Stadt Esslingen am Neckar nimmt das Esslinger Käthe-Kollwitz-Gymnasium am Landesversuch **«Bio-Gymnasium»** teil. Die Nachfrage nach dieser Ausbildung ist so groß, dass mittlerweile eine zweite Klasse eingerichtet wurde. Die Fachhochschule Esslingen hat mit Beginn des Semesters 2003/2004 den neuen Studiengang **«Biotechnologie-Ingenieur»** eingerichtet.

Die **Wirtschaftsförderung** der Stadt Esslingen am Neckar **betreut die LSC-Firmen** in allen unternehmerischen Fragestellungen. Sie organisiert Beratung und Finanzierung einschließlich Venture Capital mit einer eigenen Gesellschaft.

INFOS: www.lsc-esslingen.de

Mobilmäusle

[Esslingen]

Mit dem «Mobilmäusle» profitieren Kundinnen und Kunden in Esslingen gleich zweimal: Beim Einkaufen in einem der teilnehmenden Fachgeschäfte erhalten sie bei Vorlage Ihrer Parkkarte oder eines ÖPNV-Tickets ab einem Mindesteinkauf von 15.- Euro eine Gebührenrückerstattung in bar von 0,50 Euro.

Wer auf dem Kärtchen, das der Händler oder die Händlerin überreicht, die eigene Adresse einträgt, nimmt an laufenden Verlosungen (zum Beispiel Einkaufsgutscheinen) teil.

Die Gebührenerstattung von 0,50 Euro können die Einkäuferinnen und Einkäufer beliebig oft bei einzelnen Händler/innen wiederholen (jeweils ab einem Mindesteinkauf von Euro 15.-). Damit park t man in der Esslinger Innenstadt ganz besonders kostengünstig oder sogar kostenfrei.

INFOS: Geschäftsstelle City Esslingen
Frau M. Ensslen, Telefon 39 69 39 - 50
www.esslingen.de



Musikpark Mannheim

Das erste Start-Up-Center für die Musikbranche in Deutschland: Der Musikpark Mannheim ist ein musikwirtschaftliches Zentrum in dem sich Unternehmen ansiedeln können, die einem musikwirtschaftlichen Kontext zugeordnet werden, und die sich in der Existenzgründungsphase befinden.

Ziel des 2004 eröffneten Musikparks ist es, ein Cluster zu schaffen, in dem die Verwertungskette der Musikwirtschaft als Ganzes abgebildet wird. Hierdurch entstehen **Netzwerke, Synergien und wirtschaftliche erfolgreiche Existenzgründungen**. Durch subventionierte Mieten, individuelle Beratung, günstige Infrastruktur, Kooperationsgeschäfte mit externen Dienstleistungsunternehmen und kurze Wege zu «Gleichgesinnten» haben die im Musikpark angesiedelten Unternehmen einen effektiven Standortvorteil. Mittlerweile haben sich auf den 5.800 Quadratmetern rund 60 Unternehmen mit insgesamt circa 200 Arbeitsplätzen angesiedelt. Das großzügige Raumprogramm in den beiden Gebäuden in der Hafestraße 49 und der Hafestraße 86 im Mannheimer Stadtteil Jungbusch umfasst neben unterschiedlichsten Büroflächen einen Choreographie- und Performanceraum, einen Seminarraum, mehrere Tonstudios, ein Fernsehstudio, Lagerflächen, einen Meetingraum sowie ein Restaurant.

Der Musikpark Mannheim ist damit das größte Existenzgründerzentrum der Metropolregion Rhein-Neckar. Neben der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Mieterinnen und Mieter stehen individuelle Förderung und Beratung im Zentrum des Interesses der Musikpark Mannheim GmbH. Sowohl **Beratung** in allgemeinen Existenzgründungsfragen, als auch gezielte Beratung im Bereich musikwirtschaftlicher und kaufmännischer Schwerpunkte können nach Bedarf angefordert werden.

Zugang zu den **Netzwerken der kommunalen Wirtschaftsförderung** und **zur überregionalen Musikindustrie** sowie die Möglichkeit der öffentlichen Förderung machen eine Ansiedelung für Jungunternehmer/innen im Musikpark attraktiv. Zusammen mit der Popakademie Baden-Württemberg und in Kooperation mit dem Beauftragten für Musik und Popkultur der Stadt Mannheim sowie der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Mannheim bildet der Musikpark das so genannte **Mannheimer Modell**. Mannheim hat mit dieser Konstellation eine bisher in Europa einzigartige Kombination aus Ausbildung, Weiterbildung und Existenzgründung im Bereich der Musikwirtschaft geschaffen.

INFOS: Christian Hübel
Telefon: 0621 / 293 9307
Fax: 0621 / 293 9300
E-Mail: christian.huebel@mannheim.de

Neckarforum Esslingen

Kultur- und Kongresszentrum mit Hotel: Ein zeitgemäßes Kultur- und Kongresszentrum gehört zur Grundinfrastruktur einer Stadt mit 93.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, mehr als 55.000 Arbeitsplätzen und über 400 Vereinen. Das Neckarforum soll kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungen multifunktionale Foren bieten für Messen, Firmenpräsentationen, Kongresse und Seminare. Darüber hinaus sollen Marketing-Aktivitäten der Stadt nicht nur auf Tagestourismus zielen, sondern auch auf «Übernachtungs-Zielgruppen» ausgeweitet werden.

Gegenüber der alten Stadthalle sind es vor allem sechs Argumente, die für das neue Neckar Forum sprechen:

1. Mehr **Funktionalität**: multifunktional nutzbare Konferenz- und Seminarräume, direkte Hotelanbindung, umfassende Servicemöglichkeiten
2. Größere **Nutzfläche** und weniger Verkehrsfläche
3. Modernste Ausstattung mit neuester **Medientechnik**
4. Unmittelbar angegliederte **Parkflächen** in ausreichender Zahl
5. Neuer Eckpfeiler für intensive **touristische** Stadtwerbung
6. Trotz intensiver Bemühungen und erheblicher städtischer Vorleistungen konnte kein/e **Hotel**-Investor/in oder -betreiber/in gefunden werden, der/die neben der alten Halle investiert hätte

Die **Sanierung der alten Stadthalle** aus den 70er Jahren wäre nicht sinnvoll gewesen. Eine Studie des Hochbauamtes aus dem Jahr 1999 ergab, dass eine Sanierung insgesamt mindestens 11,5 Millionen Euro gekostet hätte. Die grundsätzlichen Mängel der alten Stadthalle wären dadurch aber geblieben: doppelstöckiges Foyer, unzureichende Konferenzräume, zu große Verkehrsflächen im Verhältnis zur reinen Nutzfläche. Hätte die Stadt baulich in die Substanz der alten Halle eingegriffen, wäre eine umfassende Asbestsanierung unumgänglich geworden.

Gemeinderat und Stadtverwaltung halten das neue Neckarforum für wirtschaftlich vertretbar. Zum einen ist die Vermögensanlage über einen Fonds finanziert. Zum anderen liegt der zu erwartende Abmangel des Neuen Neckar Forums nur geringfügig über den seitherigen Kosten der alten Stadthalle aus den 70er Jahren. Das Neckarforum ist auch für Vereine zugänglich und erschwinglich. Es ist den Esslinger Sozialdemokraten immer ein Anliegen gewesen, die alte Stadthalle als Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens in Esslingen am Neckar zu verstehen. So wird es auch in Zukunft beim Neckarforum bleiben.

INFOS: www.esslingen.de



Das Nagolder City-Commitment

Die Nagolder Innenstadt soll im Wettbewerb mit *shopping malls* und Erlebniskaufhäusern konkurrenzfähig sein. Ziel der Stadt Nagold ist es, **das Stadtzentrum zu einem attraktiven Service- und Erlebniskaufhaus zu entwickeln**. Hierbei müssen Händler/innen, Gastronomie und Dienstleister/innen in der Innenstadt mit der Stadt kooperieren. Deshalb wurde im Jahr 2003 ein **City-Verein** gegründet. Zusätzlich entwickelte die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverein im Jahr 2005 als verlässliche formale Grundlage ein Center-Konzept für ein Service- und Erlebniskaufhaus Innenstadt – das Nagolder City-Commitment. Grundgedanke des City-Commitments ist die **gemeinschaftliche Selbstverpflichtung aller Innentadtakteure und -akteurinnen**. Es umfasst folgende Bausteine:

1. einheitliche, kundenfreundliche **Kernöffnungszeiten**, kommunizierte Geschäftszeiten
2. attraktiver Auftritt der Geschäfte und Gastlokale, kundenorientierte **Servicequalität** (Zertifizierung gemäß dem Nagolder Service-Siegel)
3. freundliches und gepflegtes **Erscheinungsbild** von öffentlichen Räumen und privaten Flächen (Umsetzung des städtischen Gestaltungsleitfadens)
4. verbindliche Teilnahme an einem einheitlichen **Kundenbindungssystem**

Wollen Innentadtakteurinnen und -akteure Leistungen des City-Vereins in Anspruch nehmen, müssen sie die vier Bausteine des City-Commitments beachten und in ihrem Geschäftsbereich umsetzen. Der City-Verein ist mit Finanzmitteln und Steuerungsinstrumenten ausgestattet, um hierfür wirkungsvolle Anreize zu setzen. Dazu zählen **gemeinsame Marketingaktionen, Vergünstigungen bei Events und die Weitergabe von Sondernutzungsrechten für Warenauslagen im öffentlichen Raum**. Das City-Commitment bringt nicht nur Vorteile für die teilnehmenden Betriebe, sondern wirkt sich positiv auf den gesamten Standort Innenstadt aus. Die Stadt Nagold hat für dieses Projekt den Stadtmarketing-Preis Baden-Württemberg erhalten.

INFOS: Brigitte Länge, Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters
Stadtverwaltung Nagold
Marktstraße 27
72202 Nagold
Telefon: 07452/ 681-125
Fax: 07452/681-5125
E-Mail: brigitte.laenge@nagold.de
www.nagold.de

Acherner Wirtschafts-Club

Da zwischen Stadtverwaltung und Wirtschaft ein großer Informationsbedarf und zwischen den einzelnen Unternehmen große Unkenntnis untereinander bestand, wurde 1994 der Acherner Wirtschafts-Club als monatliches Treffen, jeweils in einem anderen Unternehmen, eingerichtet. Durchschnittlich nehmen 50 – 60 Personen teil.

Teilnehmer/innen sind Firmeninhaber/innen, Geschäftsführer/innen und leitende Angestellte aus Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben sowie Schulleiter/innen, Gemeinderät/innen, Bank- und Behördenvorstände, städtische Amtsleiter/innen und die Lokalpresse (anschließend wird berichtet). Der Oberbürgermeister ist immer dabei.

Bei den Treffen stellt der Firmeninhaber oder die Firmeninhaberin sein oder ihr Unternehmen vor und schafft, soweit möglich, durch eine Betriebsbesichtigung ein plastisches Bild des Betriebsablaufs. Es folgt ein Vortrag zu einem allgemein interessierenden Thema, das aus dem Betrieb abgeleitet sein sollte. Teilweise werden auch Referent/innen eingeladen, die Fachvorträge halten.

Wirtschaft und Verwaltung können bei den Veranstaltungen über ihre jeweiligen Pläne reden. Jedes Unternehmen kann seine Anliegen unmittelbar dem Oberbürgermeister vortragen. Auch der Oberbürgermeister kann Anliegen unmittelbar den Unternehmen vortragen. Die Unternehmen **lernen sich gegenseitig kennen**. Kooperations- und Geschäftsbeziehungen werden geknüpft und es findet ein branchenübergreifender Erfahrungsaustausch statt. Die Wirtschaft ist der Verwaltungsspitze wichtig und ihre Belange werden ernst genommen. Unternehmer/innen, die von außen kommen, können besser integriert werden. Es entsteht ein „**Wir-Gefühl**“. Die Leistungen des gastgebenden Unternehmens werden in der Presse veröffentlicht.

INFOS: Bernd Steurer
Liegenschaften/Wirtschaftsförderung
Telefon: 07841/642-1181
Fax: 07841/642-3180
E-Mail: wifoe@achern.de
www.achern.de



Akademietage für alle

[Bietigheim-Bissingen]

Im September 2007 bietet die Stadt Bietigheim-Bissingen in Zusammenarbeit mit dem Dachverband für Seniorenarbeit und der Schiller-Volkshochschule, Kreis Ludwigsburg, erstmals Akademietage (auch) für ältere Bürgerinnen und Bürger in der Stadt an. Mit diesen Akademietagen, die an **drei Vorlesungstagen ganztägig ein fundiertes Bildungsangebot für die Bevölkerung** vorsehen, soll der Erkenntnis Rechnung getragen werden, dass es angesichts der demografischen Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist, dass Ältere und Jüngere miteinander und voneinander lernen und wir nur durch ständige hohe Investitionen in Bildung und Weiterbildung unsere gesellschaftliche Entwicklung sichern können.

Das Thema der ersten Akademietage Bietigheim-Bissingen vom 18. bis 20. September 2007 erinnert daran, dass **alle Menschen gemeinsam in einer Welt** leben: Was in anderen Teilen der Welt geschieht, betrifft uns mittelbar und unmittelbar. Wie wir hier handeln und leben, hat Auswirkungen auf die Menschen in anderen Ländern. Deshalb ist es für junge und ältere Menschen wichtig, über die Zusammenhänge Bescheid zu wissen und die Globalisierung mit ihren Vor- und Nachteilen für unser Leben zu verstehen. Unter dem Motto **«Globalisierung – Gewinner und Verlierer»** werden Prof. Dipl.-Ing. Klaus Fischer, Rektor der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt in Nürtingen-Geislingen, Dr. Günther Gebhardt, wissenschaftlicher Projektkoordinator der Stiftung Weltethos in Tübingen, Prof. Dr. h.c. Matthias Kleinert, Beauftragter der SAFRI External Affairs Director der Celesio AG Deutschland, Susanne Hetzel, Dipl.-Geologin des Zweckverbandes Wasserversorgung Stuttgart, Prof. Dr. Werner Tillmetz, Vorstand am Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Ulm sowie Prof. Dr. Ing. Ewald Pruckner, Leiter des Steinbeis-Transferzentrums Verfahrens-, Energie- und Umwelttechnik Heilbronn über Globalisierung und Bildung, Dialog statt Kampf der Kulturen, das Lebenselixier Wasser, die erneuerbaren Energien und die Bedeutung des Wirtschaftswachstums mit China referieren.

Für die Teilnahme an den Vorlesungen wird eine moderate Einschreibgebühr in Höhe von 70 Euro (ermäßigt 56 Euro für Auszubildende, Schüler/innen, Studierende, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger/innen etc.) erhoben. Dank einiger **Sponsoren** konnte die Finanzierung der Akademietage gesichert werden.

INFOS: Hans Peter Holzwarth
Bürgermeister a.D.
Telefon: 07142/31134
E-Mail: hans-p.holzwarth@t-online.de

Digitalisierungswerkstatt beim Stadtarchiv [Mannheim]

Je mehr eine Verwaltung ihre Informationen elektronisch bearbeitet und versendet, desto mehr wächst der Hunger, möglichst alles auch elektronisch vorzuhalten und mit Bildern zu versehen. Wer beispielsweise nach einem bestimmten Plakatmotiv, zum Beispiel einem Wahlplakat der SPD aus den zwanziger Jahren recherchiert, der erwartet heute, es über Google als Bilddatei leicht zu finden.

Nun verwahren aber Archive, Bibliotheken und Museen riesige Sammlungen aus dem vordigitalen, meist papierenen Zeitalter, ganze Serien von Bildern, Büchern, Karteikarten, Plakaten oder Zeitungen. Was tun damit? Die Digitalisierung solcher riesigen Mengen können leistungsfähige Dienstleister/innen durchaus übernehmen – doch dazu dürften in den seltensten Fällen die Sachbudgets ausreichen. So stehen allein beim Stadtarchiv Mannheim die Digitalisierung von 12.500 Plakaten, 25.000 Karten und Pläne, 450.000 Zeitungsausschnitten, 800.000 Fotos und Negativen oder zwei Millionen (!) Meldekarten und 300.000 so genannte Familienbögen (Meldenachweise im 19. Jahrhundert) an. Die Vergabekosten liegen nach heutigen Preisen im Millionenbereich.

Die Alternative, die ab 2002 konsequent und Schritt für Schritt gegangen wird, liegt in der eigenen Aufgabenwahrnehmung. Wer eigenes Know-how aufbaut, kann 80 bis 90 Prozent sparen. Innerhalb von zwei Jahren konnte das Stadtarchiv Mannheim über 300.000 Familienbögen und fast eine Million Meldekarten zu bezahlbaren Budgets digitalisieren und gilt damit inzwischen bundesweit als archiverischer Vorreiter in Sachen Digitalisierung. Die Stadtverwaltung greift heute bereits über Intranet auf weit über 100.000 digitale Bilder, Karten, Pläne usw. aus dem Datenbestand des Stadtarchivs zu. Dessen Leiter wurde jüngst in den Ausschuss «Informationsmanagement» der Deutschen Forschungsgemeinschaft berufen.

In wenigen Jahren wird die Mannheimer Stadtverwaltung weitgehend auf elektronische Aktenführung umstellen – dann werden die älteren, papierenen Archivakten gleichfalls digital aufbereitet, so dass Medienbrüche vermieden und die Informationen vollständig sind. Das hilft einer Kommunalverwaltung bei ihrer professionellen und schnellen Aufgabenerledigung. Der Aufbau eigener Kompetenzen macht um so mehr Sinn, wenn derartige Arbeiten gegen interne Kostenverrechnung auch für andere Teile der eigenen Verwaltung übernommen werden. Dauerhafte Arbeitsplätze, trotz Konkurrenz aus Billiglohnländern, können hier entstehen – wenn mit neuester Technologie, laufend qualifizierten Mitarbeiter/innen und dauerhafter Investitionsbereitschaft operiert wird. Dann rechnet es sich – für die Verwaltung, die Arbeitnehmerschaft und die Umwelt, die den Transport von analogen Materialien spart, und letztlich auch für die Bürgerinnen und Bürger.

INFOS: Christian Hübel
Telefon: 0621/ 293 9307
Fax: 0621/ 293 9300
E-Mail: christian.huebel@mannheim.de



Kultur macht Schule

[Mannheim]

Neben dem Wissenserwerb geht es innerhalb der modernen Schule auch um die **Entfaltung und Stärkung der jungen Gesamtpersönlichkeit**. Muische und kulturelle Tätigkeiten tragen zu diesen Bildungszielen, die auch im Bildungsplan 2004 formuliert werden, maßgeblich bei. Im Rahmen von «Kultur macht Schule» stellen sich die kommunalen Kultureinrichtungen verstärkt dieser Aufgabe, die Herausforderungen aktiv mitzugestalten.

Das Projekt «Kultur macht Schule» wurde im Herbst 2004 vom Fachbereich Bildung der Stadt Mannheim ins Leben gerufen. Es soll dazu beitragen, die Ressource «Kulturelle Bildung» allen Kindern und Jugendlichen – **unabhängig vom sozialen und schulischen Hintergrund** – für ihre Entwicklung zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig möchte das Projekt Impulse setzen, die dazu beitragen, Möglichkeiten und Chancen, die kulturelle Bildung eröffnet, stärker und systematischer in die schulischen Curricula zu integrieren.

Im Vorfeld des Projektstarts in der Mannheimer Neckarstadt entschieden sich die dort teilnehmenden Schulen für (mindestens) eine Mannheimer Kulturinstitution als Kooperationspartner und entwickelten vor dem Hintergrund vereinbarter Rahmenbedingungen bedarfsgerechte Kooperationsziele und -inhalte. Die Kooperation erstreckte sich über mindestens ein Schulhalbjahr idealerweise mit einem ganzen Klassenzug pro Schule und durchschnittlich 28 Unterrichtseinheiten pro Klasse.

Im Schuljahr 2005/2006 wurden die Kooperationsvorhaben mit vier Grundschulen, zwei Hauptschulen, einer Realschule, einer Gesamtschule und einer Förderschule aus diesem Stadtteil in die Tat umgesetzt. Von Seiten der Kulturinstitutionen beteiligten sich die Kunsthalle, die Musikschule, die Bibliothek und das Landesmuseum für Arbeit und Technik.

INFOS: Christian Hübel
Telefon: 0621/ 293 9307
Fax: 0621/ 293 9300
E-Mail: christian.huebel@mannheim.de

Konzepte in der Ganztageschule [Weinsberg]

Der Ortsverein Weinsberg veranstaltete nach Fertigstellung des Raumangebotes zur Ganztagesbetreuung am **Bildungszentrum** Weinsberg 2007 eine **Podiumsdiskussion** mit Schüler/innen, Schulleiter/innen und Mandatsträger/innen unter dem Titel «Ganztageschule in Weinsberg. Wie kann das aussehen?»

Ziel war es, die **verschiedenen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler aus Grund-, Haupt-, Realschule und Gymnasium** zu ergründen und Möglichkeiten zur Umsetzung auszuloten. Interessant war, dass von Seiten des Gymnasiums die Einrichtung eines Internetcafés als nachrangig betrachtet wurde, während die Schüler-sprecherin der Hauptschule großen Wert auf die Bereitstellung von PCs und qualitativer Hausaufgabenbetreuung legte.

Große Hoffnung legten die Rektoren darauf, dass sich die Schüler/innen der verschiedenen Schularten nach Eröffnung der gemeinsamen Räumlichkeiten **gegenseitig unterstützen**. Aber auch die finanzielle Unterstützung von Seiten der Landesregierung dürfe nicht zu kurz kommen.

Der Veranstaltung ging ein Info-Stand des Ortsvereins voraus.

INFOS: OV Weinsberg
Friedrich Grimm
Weidachstraße 8
74189 Weinsberg
Telefon: 07134/8631



Tharos-Projekt

[Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Ulm]

«**Mit Tharos zum Schulabschluss**» – Mut heißt auf Griechisch «Tharos», und den bringen die jungen Menschen auf, die in einem Jahr ihren Hauptschulabschluss nachholen wollen. Gefördert wird das Projekt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der Bundesagentur für Arbeit und richtet sich an 18- bis 25jährige, die im Vorfeld die Schule ohne Abschluss verlassen haben, oder langzeitarbeitslos sind und so zu dem Personenkreis der Harz IV Empfänger/innen zählen.

Der Lehrgang zum Hauptschulabschluss bietet den Benachteiligten weiterhin die Möglichkeit einer regelmäßigen Beschäftigung in Form von Arbeitsgelegenheiten nachzugehen. Bei der AWO KV Ulm werden die jungen Leute an zwei Tagen pro Woche **in den Bereichen Kindertagesstätte, mobiler Pflegedienst, Lernen und Arbeiten im Umweltschutz, Landschaftspflege und Hausmeistertätigkeiten** eingesetzt. An den restlichen Tagen der Woche werden sie schulisch unterrichtet und sozialpädagogisch betreut.

Alle Teilnehmer/innen sind durch Niederlagen und Enttäuschungen sehr belastet und daher nicht mehr gewohnt, einer regelmäßigen Aufgabe nachzugehen. Hier unterstützt das Projekt durch permanente Motivation, mit Enttäuschungen umzugehen und wieder **«Lernen zu lernen»**. Arbeitszeugnisse, Teilnahmebescheinigungen und Schulnoten sollen dazu beitragen, den Verlauf der Maßnahme schrittweise zu dokumentieren und auch wieder positive Gefühle aus schulischer Anerkennung von Lehrer/innen und Pädagog/innen zu ziehen.

So bietet der Schulabschluss den jungen Menschen anhand von **Mut und Willen** eine Möglichkeit zur **beruflichen Herausforderung** und **sozialen Integration**. Durch das gute Zusammenwirken individueller Betreuung, sozialpädagogischer Begleitung und den Arbeitsgelegenheiten kann einer dauerhaften Arbeitslosigkeit so gezielt entgegengewirkt werden.

INFOS: AWO Kreisverband Ulm
Schillerstraße 2
89077 Ulm
Telefon: 0731 / 9679820
GF Karin Schwarz
www.awo-wuerttemberg.de

Schreib- und Literaturprojekt «Deutsch geht gut»

[Bietigheim-Bissingen]

Seit dem Jahr 2002 führt der Freundeskreis der Schule im Sand e.V. sehr erfolgreich ein Schreib- und Literaturprojekt unter dem Motto «Deutsch geht gut» an den fünf weiterführenden Schulen in Bietigheim-Bissingen durch. Insgesamt rund 450 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 8 bis 10 konnten an Autorenlesungen mit literarisch anerkannten **Autorinnen und Autoren nichtdeutscher Muttersprache, die in deutscher Sprache schreiben**, teilnehmen.

Im Anschluss fanden in so genannten Schreibwerkstätten an den Schulen **eigene Arbeiten der Schülerinnen und Schüler** statt, die damit insbesondere, soweit es sich um ausländische Jugendliche handelte, einen völlig neuen Zugang zur deutschen Sprache erleben konnten. Diese Schüler/innen haben damit gleichzeitig eine **Stärkung der eigenen Ausdrucks- und Wirkungsmöglichkeiten** erfahren, die zur deutlichen Persönlichkeitsbildung aller Beteiligten beigetragen hat.

Die Öffentlichkeit hat durch die Präsentation der Ergebnisse der Schreibwerkstätten ebenfalls sehr interessiert an dem Projekt teilgenommen. Die städtische Otto-Rombach-Bücherei stellte den Rahmen für zwei öffentliche Lesungen. Auch die Lokalzeitung hat das Projekt sehr engagiert begleitet.

INFOS: Roland Bender
Freundeskreis der Schule im Sand e.V.
Reiherweg 17
74321 Bietigheim-Bissingen
Telefon: 07142/55148
E-Mail: bender@freundeskreis-sandschule.de



Projekt «Lesepat/innen» der Aktiven Senioren

[Bietigheim-Bissingen]

Seit rund zwei Jahren bieten die Aktiven Senioren e.V. sogenannte Lesepaten in städtischen Kindergärten und Schulen an. Die Lesepat/innen lesen regelmäßig in den Kindergärten, Grundschulen und Büchereien den Kindern aus Bietigheim-Bissingen vor. Dadurch sollen **Kinder an Bücher herangeführt** werden und der Umgang mit Büchern eine Selbstverständlichkeit werden. Die Lesepat/innen sind ehrenamtlich tätig.

INFOS: Roland Hellmann
Vorsitzender der Aktiven Senioren e.V.
Schoellerstr. 6
74321 Bietigheim-Bissingen
Telefon: 07142/987803
E-Mail: rh.hellmann@t-online.de

Regionales Leseprojekt: Ein Buch im Dreieck [Mannheim]

Eine Initiative von Politik und Wirtschaft in der Region Rhein-Neckar hat zur Anerkennung als europäische Metropolregion geführt. Die Region verteilt sich auf drei Bundesländer und wird praktisch als zusammenhängender Großraum wahrgenommen. Historisch ist eine gemeinsame Identität als Kurpfalz vorgeprägt. Bevorzugte Maßnahmen zur Stärkung der Identität als gemeinsame Region waren Profil bildende Kulturprojekte, für die umfassend Mittel wie auch eine regionale Planung entwickelt wurde.

Als Themenpartner Kultur für die gesamte Metropolregion war der Mannheimer Kulturbürgermeister Ansprechpartner und Impulsgeber. Eines der unterstützten Vorhaben war getragen von einer Initiative der Großstadtbibliotheken in Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg, die ein regionsweites Leseprojekt nach dem Vorbild von «Eine Stadt liest ein Buch» erstmals auf eine große Region übertragen wollten. **Etwa 100 öffentliche und kirchliche Bibliotheken der Region, sowie zahlreiche weitere Partner/innen (Lesegruppen, Vereine, Buchhandlungen, Schulklassen etc.) konnten zur Mitarbeit gewonnen werden.** Eine wichtige Zielsetzung bestand in umfassenden Partizipationsmöglichkeiten für alle Orte der Region sowie für unterschiedlichste Partnerinnen und Partner. Die Einwohner/innen der Region wurden bereits an der Buchauswahl beteiligt. Das Projekt sollte in einer dreiwöchigen Veranstaltungsphase gipfeln, die an vielen Orten der Region rund um das eine Buch stattfinden sollte (Ausstellungen, Lesungen, Theater, Schulprojekte, Musik etc.).

Das ausgewählte Buch: «Der Spaziergang von Rostock nach Syrakus» von Christian Friedrich Delius bot mehrere thematisch interessante Zugänge von der Überwindung der deutschen Teilung, der historischen Italienreise bis hin zur deutschen Klassik. Diese und viele weitere Aspekte und Zugänge zu einem Buch wurden regionsweit in drei Veranstaltungswochen im März 2006 in insgesamt 550 Veranstaltungen erschlossen. **Die Aktion erreichte insgesamt 25.000 Besucher/innen.**

Das vielfältige Programm konnte unterschiedliche Zielgruppen in der gesamten Region einbinden. Die regionale Zusammenarbeit von Institutionen wurde in der Folge des Projektes gemeinsam intensiviert. So wurden beispielsweise für die Bibliotheken in Mannheim und Ludwigshafen, die lediglich etwa 1.000 Meter Luftlinie entfernt, aber durch den Rhein getrennt in anderen Bundesländern liegen, zahlreiche gemeinsame Aktivitäten regelmäßig entfaltet, zuletzt wurde das Angebot einer gemeinsamen Lesekarte (Metropolcard) geschaffen.

INFOS: Christian Hübel
Telefon: 0621/ 293 9307
Fax: 0621/ 293 9300
E-Mail: christian.huebel@mannheim.de



Bürgerbefragungen

Bürgerbefragungen sind eine simple Möglichkeit und hervorragendes Instrument, möglichst viele Menschen vor Ort zu erreichen und die SPD vor Ort als aktive Partei wahrzunehmen. Eine solche Befragung ist nützlich, wenn wir uns ein Bild über die Stimmung vor Ort machen wollen (in welche Richtung soll die Einbahnstraße gehen, wie soll die Fußgängerzone schöner werden, wie ist es mit der Infrastruktur im Ortsteil XY bestellt?)

Hinweis: Befragungen haben selten einen aktivierenden Charakter. In der Regel wird nur nach einer Meinung, nicht aber nach der Bereitschaft MITZUMACHEN gefragt. **Empfehlung:** Eine solche Befragung zum AUSGANGSPUNKT eines längerfristigen Beteiligungsprojektes und für eine Zukunftswerkstatt zu machen. Die «aktivierende Bürgerbefragung» kann dann ein weiterer nächster Schritt zu deren Begleitung sein.

Checkliste Bürgerbefragung:

Zielgruppe: alle Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde, Stadt oder eines Kreises

Themen und Materialien zur Durchführung: Ihr könnt das Thema einer Befragung festlegen (Beispiel: Soll eine neue Umgehungsstraße gebaut werden?) oder die Themen der Befragung allgemein offen lassen. Hilfreich ist sicher das Erstellen eines Fragebogens, den Ihr verteilen könnt oder der Euch als Gesprächsleitfaden dient.

Info-Stand: Ein Infostand ist nicht in allen Fällen sinnvoll. Um Euren Infostand interessant für die Passanten zu machen, legt eine Bodenzeitung davor und lasst die Bürgerinnen und Bürger Ihre Probleme, Ideen und Anregungen aufschreiben. Alternativ kann eine Bürgerbefragung auch ohne Infostand erfolgreich sein. Geht einfach mit Eurem Fragebogen auf die Menschen zu und befragt sie.

Nutzerbefragung zu Parkplätzen [Wiesloch]

Im Rahmen einer **Online-Befragung** sollte die Meinung der Benutzer/innen der Parkplätze am S-Bahnhof Wiesloch erhoben werden. Dazu wurden an mehreren Tagen sowohl unter der Woche als auch am Wochenende flächendeckend Flyer an den dort parkenden Autos angebracht.

Die **Rücklaufquote** übertraf alle Erwartungen. Bereits Stunden nach der ersten Verteilaktion gab es die ersten Antworten, noch zwei Wochen nach Abschluss der Flyer-Aktion trafen Antworten ein. Die einschlägige Literatur gibt als Rücklaufquote solcher Aktionen 10 bis 15 Prozent an, alles, was darüber liegt, wird als sehr gut bezeichnet. Wenn man davon

ausgeht, dass es circa 500 Parkplatzbenutzer/innen gibt, von denen etwa 80% Internet-Zugang haben, liegt eine Rücklaufquote von über 25 % vor, womit die Datenbasis als sehr gut zu bezeichnen ist und die Daten damit als **ausagekräftig**. Ziel der Befragung war es, die **Zufriedenheit mit dem ÖPNV-Angebot zu erfragen** und die Gründe für die Benutzung des PKW beim Aufsuchen des Bahnhofes zu ergründen, um **Maßnahmen zur weiteren Attraktivitätssteigerung des ÖPNV** zu entwickeln.

INFOS: Lars Castellucci
In der Bohn 28
69168 Wiesloch
www.wiesloch.de

Bevölkerungsbefragung

[Hüfingen]

Hüfingen ist eine Stadt mit fünf Ortsteilen und circa 7.500 Einwohnerinnen und Einwohnern. Um ein Stimmungsbild der Bevölkerung zu erhalten, wurde circa ein Jahr vor den letzten Gemeinderatswahlen ein Fragebogen erarbeitet und in einer Auflage von 2.600 Exemplaren an alle Haushalte verteilt.

Der Fragebogen wurde von einem professionellen Institut ausgewertet und gab uns das Rüstzeug für das kommunalpolitische Handeln für die nächsten Jahre.

Die Aktion hat sich trotz des immensen Kraftaktes für den Ortsverein mit 40 Mitgliedern gelohnt.

INFOS: Sigmund Vöglte
Schellenbergstr. 21
78183 Hüfingen



RUND UM WIESLOCH-WALLDORF (Dienstag, 31. Mai 2007)

Kostenloses Parken muss möglich bleiben
Eine Online-Umfrage der SPD zum Bahnhof Wiesloch-Walldorf traf auf große Resonanz

Wiesloch (sp) Offshore hat die SPD Wiesloch mit ihrer Online-Umfrage zum Bahnhof Wiesloch-Walldorf dem Bestreben vieler S-Bahn-Nutzer entgegengebracht. Denn als die SPD-Betriebsratin Andrea März die Flyer am Bahnhof verteilte, die auf die Online-Umfrage hinwies, gingen auch von selbst Hunderte von Antworten ein. Die Umfrage wurde am 24. Juni mit dem Geld zum Berg sein. Dann wird der Bahnhof eine zusätzliche Einbahnstraße erhalten. Schon heute ist der anlieghende Mittelstraßen-Bahnhof an der Strecke Heidelberg-Braunau. Wiesloch SPD hat die Fahrgäste zum Bahnhof befragt. Foto: Peter...

...denn als mit dem Wieslocher Betriebsrat neue Betriebsleiter über die Meinung vieler S-Bahn-Nutzer, dass es am Bahnhof zwei Ein- und Ausfahrten an wenigen Parkplätzen geben, obwohl durch die Finanzierung des Bahnhofs-Umbaus täglich mehrere hundert Plätze frei bleiben. Er empfiehlt den Kommunen eine bessere Beschulung von und die zusätzlichen Parkplätzen hinzuzufügen.

...Befragung wurde die Antworten bereits Thema Parkplätzen. In 60% der Fälle sind „andere Barmarkten“ (z.B. Freizeit, Gebühren für Parkplätzen im Freien) zu bezeichnen. Und auch für das Parkieren am Bahnhof werden weitere Maßnahmen diskutiert. Ein Prozent sind im Gebieten suchen. Er was andere auch zu bezeichnen, die den 80 Prozent sind und der Auto für längere Zeit im Parkieren überlassen werden. Für die SPD ist die Befragung davon klar: Am Bahnhof muss auch kostenlose Parkplätze möglich sein. Gebühren sollen allenfalls im Parkieren vorzuziehen sein.

...Eine „Innen- und Außen-“ der Parkplätzen, dass der 80 Prozent sind, was dafür ist ein Drittel der rund 100 Parkplätzen-Nutzer in der Betriebsrat zwischen 8 Uhr und 8:30 Uhr am Bahnhof einsteigen. Der Frage wies vorgeschrieben, wenn es eine zu langen Warteschlangen können. Zudem wäre zu bezeichnen, dass viele andere Barmarkten, wenn sie in Wiesloch-Walldorf nicht mehr kostenlos parken können.

...Mehr Werbung muss aus SPD-Ordnung für Fahrgastensuchen, gemacht werden, da der Umfrage zufolge nur 10 Prozent diese Verteiler nutzen. Und auch dass es jeder S-Bahn ein Bus fährt und dass es möglich, eine regionale Anbahnung werden, müssen (Barmarkten) nicht, was noch besser vernetzt werden. Denn viele S-Bahn-Nutzer haben lange Wartezeiten per Auto nach immer mit der vertriebenen, mehreren Verteilern von Bussen und Bus, was eigentlich nur auf der nachvollziehbar und im Verkehrsnetz.

...Erst über die Resonanz auf die Umfrage ist auch Wiesloch SPD-Präsidentenvereinsleiter Lars Castellucci. Er sieht hier die Lage einer Partei (eindeutig) bestätigt, die Bürger an den politischen Prozessen zu beteiligen. Und so kann man sich bei der SPD nach vorstellen, welche Möglichkeiten es zu anderen Themen, wie eine Barmarkten zu werden.

...© Info: Umfrage-Ergebnisse aufbewahren: <http://umfrage.spd-wiesloch.de>

Bürgerengagement ist, wenn alle gewinnen! [Nürtingen]

Der **Nürtinger Bürgertreff** am Rathaus ist mit 16 Jahren die älteste Anlaufstelle für Bürgerengagement in Baden-Württemberg. Direkt am Rathaus und nahe beim Gemeinderat. Darin liegt das Erfolgsgeheimnis. Das Ziel ist die **Förderung und Begleitung der lokalen Bürgergesellschaft**. Kooperation, Vernetzung und Dialog sind die Schlüssel zum Erfolg! 1999 wurde Nürtingen beim bundesweiten Wettbewerb «Bürgerorientierte Kommune – Wege zur Stärkung der Demokratie» der Bertelsmann-Stiftung mit dem ersten Preis ausgezeichnet.

- ▶ «Das Gläserne Rathaus» steht für Transparenz und Offenheit und ist längst alltäglich gelebtes Programm in Nürtingen.
- ▶ Bei uns ist Bürgerengagement (BE) Chefsache! Die Verwaltungsspitze trägt die Sache voll und ganz mit!
- ▶ Ein Bürgertreff als «Anlaufstelle» im Rathaus ist die ideale Schnittstelle dafür, dass Bürgerinnen und Bürger ganz selbstverständlich «nah dran sind» an der Verwaltung und am Gemeinderat.
- ▶ Aspekt Integration – Das Café Regenbogen ist ein integratives Café mit Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung. Das interkulturelle Forum betreibt die interkulturelle Anlaufstelle. Erstmals fand vor kurzem ein Einbürgerungsempfang statt.
- ▶ 2005 haben wir eine «lokale Demokratiebilanz» durchgeführt: eine repräsentative Bürgerbefragung (43 % Rücklauf)
- ▶ Mentoren: Unsere circa 70 ausgebildeten Bürger-Mentor/innen sind Brückenbauer/innen zwischen Initiativen, unserer Verwaltung und Gemeinderat. Manche sind Verwaltungsmitarbeiter/innen.
- ▶ Anerkennungskultur: Wertschätzung ist eigentlich alles. Infrastruktur, Personal, Wertschätzungsabende, der Freiwilligenpass, Qualifizierungsscheckheft usw.....
- ▶ **Beteiligungsforen:** Nachhaltigkeit und Innovation sind bei uns dadurch gewährleistet, dass wir zwischenzeitlich 11 Beteiligungsforen entwickelt haben. Sie werden nach dem «Civitas Prinzip» (Zusammenführen von Politik, Bürgerinnen, Verwaltung) organisiert und von Mentor/innen und Verwaltungspat/innen aktiv betrieben. Beispiel: Im Forum «Unternehmen tragen mit» sind Projektpartner/innen aus der Wirtschaft, um die lokale Bürgergesellschaft zu unterstützen. Weitere Foren: Nürtinger Sozialkonferenz, Forum «sicheres Nürtingen», Interkulturelles Forum – Interkulturelle Anlaufstelle, Forum Handicap, Forum: Gemeinderäte fragen – Bürger antworten – Demokratie vor Ort, Sportforum, Kulturforum, Bündnis für Familie, Forum PateNT, «Älter werden in NT»

INFOS: Stadt Nürtingen, Stabsteam Oberbürgermeister
 Citymarketing · Marktstraße 7
 72622 Nürtingen
 Telefon: 07022/75-282
 Fax: 07022/75-326
www.nuertingen.de



Der Leitbildprozess der Stadtverwaltung [Nagold]

Was erwartet die Stadtverwaltung von ihren Mitarbeiter/innen und was erwarten im Gegenzug diese von ihrer/m Arbeitgeber/in? Diese Fragestellung war 2001 der Ausgangspunkt für den Leitbildprozess der Stadtverwaltung Nagold. In einer Auftaktveranstaltung wurde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Entwurf eines Leitbilds vorgestellt. Anschließend diskutierten Arbeitsgruppen in einem mehrwöchigen Prozess das Entwurfspapier und überarbeiteten es. Eine Abstimmung der neuen Leitbildversion erfolgte dann mit der Verwaltungsspitze. Bereits im Januar 2002 **verabschiedete die Mitarbeiterversammlung das Leitbild.**

Kennzeichnend für diese Phase des Leitbildprozesses war die **Mischform aus bottom up- und top down-Ansatz**. Dadurch war es möglich, in kurzer Zeit ein gutes Arbeitsergebnis zu erreichen.

Die Erarbeitung eines Leitbildes ist das eine, es zur täglichen Handlungs- und Arbeitsmaxime zu erheben das andere. Zur Umsetzung des Leitbilds wurde mit externer Unterstützung ein Steuerkreis gebildet. Er leitet Maßnahmen und Aktionen aus dem Leitbild ab und beauftragt Projektgruppen mit der Bearbeitung der Aufgaben. Derzeit gibt es folgende Projektgruppen:

- ▶ Audit (regelmäßige Durchführung interner Audits im Rahmen des Zertifizierungsprozesses Kommunale Kompetenz)
- ▶ Fortbildungskonzept (Erarbeitung eines Fort- und Weiterbildungsprogramms, Start Februar 2007, Evaluierung Herbst 2007),
- ▶ Leitbildweiterentwicklung (Erarbeitung von Unternehmensleitsätzen)
- ▶ Führung und Kommunikation (Überarbeitung des Leitfadens für das verbindliche Mitarbeiter/innengespräch, Erstellung eines Funktionsendiagramms für die Verwaltung)

Die Weiterentwicklung des Leitbilds ist eine Daueraufgabe der Verwaltung. Nur dann ist ein Leitbildprozess gewinnbringend für die Verwaltung als Organisation, aber auch für jede einzelne Mitarbeiterin und jeden einzelnen Mitarbeiter.

INFOS: Brigitte Länge, Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters
 Stadtverwaltung Nagold
 Marktstraße 27
 72202 Nagold
 Telefon: 07452 / 681-125
 Fax: 07452 / 681-5125
 E-Mail: brigitte.laenge@nagold.de



Bürgerstiftung

[Ulm]

1997 wurde die Ulmer Bürgerstiftung vom Gemeinderat gegründet. Anlass war die Verkündung des Großen Schwörbriefs der Stadt Ulm am 26. März 1397. Mit dieser Stiftung will die Stadt Ulm ein **Zeichen Ulmer Gemeinschaft und Solidarität** setzen. Als finanziellen Grundstock hat der Gemeinderat der Stiftung 6 Millionen DM zur Verfügung gestellt.



Ulmer Bürger Stiftung

Am 26. März 2007 konnte die Ulmer Bürger Stiftung ihr zehnjähriges Bestehen feiern. Durch Zustiftungen ist das Stiftungsvermögen in diesen zehn Jahren auf mittlerweile 3,5 Millionen Euro angewachsen. Aus den Erträgen in dieser Zeit sind bisher rund 1,5 Millionen Euro an über 130 gemeinnützige Vereine, Organisationen, Initiativen

und bürgerschaftliche Aktionen ausgeschüttet worden.

Die Ulmer Bürgerstiftung fördert die Gemeinwesenarbeit in Ulm. Diese umfasst Initiativen und Projekte auf dem Gebiet der **Bildung und Erziehung**, der **Völkerverständigung**, des **Umweltschutzes**, der **Jugendhilfe**, der **Altenhilfe**, des **Gesundheitswesens** oder der **Wohlfahrtspflege**, deren Ziel es insbesondere ist, sich der sozialen Problematik in unserer Gesellschaft vorbeugend und helfend anzunehmen, gravierende soziale Probleme schon im Vorfeld abzufangen oder soziale Netze und Unterstützung herzustellen, zu stützen und zu erweitern.

Die Stiftung unterstützt gemeinnützige Organisationen und Initiativen entweder mit einer Anschubfinanzierung für ein Projekt in der Startphase oder mit einer Anerkennungsfinanzierung für Aktivitäten und Engagement über Jahre und Jahrzehnte hinweg. Seit 2000 verleiht die Ulmer Bürgerstiftung darüber hinaus jedes Jahr an maximal fünf Bürger/innen das Ulmer Band für besonderes bürgerschaftliches Engagement.

Anträge auf Unterstützung durch die Stiftung sind schriftlich und formlos an den Oberbürgermeister als Vorsitzenden des Stiftungsvorstands zu richten. Über die Anträge entscheidet der Stiftungsvorstand im Rahmen der satzungsmäßigen Aufgaben der Stiftung. Die Geschicke der Stiftung lenkt ein kleiner ehrenamtlich tätiger Vorstand. Ihm gehören der Oberbürgermeister als Vorsitzender und je ein Vertreter oder eine Vertreterin der Fraktionen des Ulmer Gemeinderats an.

INFOS: Oberbürgermeister Ivo Gönner (1. Vorsitzender)

Telefon: 0731 / 161-1000

E-Mail: ivo.goenner@ulm.de

Sabine Gauß (Geschäftsführerin)

Telefon: 0731 / 161-1100

E-Mail: s.gauss@ulm.de

Bürgerstiftung

[Böblingen]

Community Foundations – Stiftungen – Erbschaften ohne Erben: Gemeinnütziges Engagement in jeder finanzieller Höhe

Die von der Kommune eingerichtete Stiftung ist eine neue Organisationsform gemeinnützigen Handelns und Engagements. Stiftungen haben in den USA eine lange Tradition, bei uns finden sie erst in den letzten Jahren zunehmendes Interesse. Auf Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion Böblingen ist eine solche Bürgerstiftung eingerichtet worden und bereits im zweiten Jahr sehr **erfolgreich im «Einsammeln»**. Der besondere Anreiz: Für die ersten zwei Jahre nach Gründung erhöht die Kommune jeden eingehenden Stiftungsbetrag komplementär bis maximal 350.000 Euro im Verhältnis 2 : 1, das heißt, sie legt die Hälfte des Stiftungszugangs aus kommunalen Mitteln drauf. Vorausgehende Aktienverkäufe beispielsweise könnten hier wieder einen nachhaltigen, wirksamen Einsatz finden.

Ein breit formulierter Stiftungszweck stellt sicher, dass ein **für gemeinnützige Aktivitäten** gestiftetes Vermögen auch unter sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen und Bedürfnissen wirkungsvoll eingesetzt werden kann. Und wichtig: Auch bescheidenste finanzielle Mittel können eingesammelt werden, viele Stifter kooperieren also. Die Einrichtung von Unterstiftungen garantiert aber auch jedem zweckgerichteten Spendenbetrag die Einlösung des Stifter/innenwillens.

INFOS: SPD-Fraktion Böblingen

Jochen Reisch

Telefon: 07031 / 276714

E-Mail: jochen.reisch@web.de

www.spd-boeblingen.de



Erfolgreiche Initiative für eine Bürgerstiftung [Wiesloch]

Kürzungen und Streichungen bei der Jugendarbeit, im kulturellen Bereich, bei der Seniorenarbeit, bei Vereinen, beim Landesfamilienpass, bei der Ausstattung der Schulen, an neue Projekte ist kaum zu denken. Auch die Stadt Wiesloch muss sich wegen ihrer finanziellen Lage aus vielem zurückziehen. Dabei werden die **Herausforderungen gerade im sozialen Bereich nicht kleiner**. Kindergärten, Schulen, der Kinderschutzbund: Sie alle haben viele Ideen – doch wie sind sie zu verwirklichen? **Die Idee: Bürgerschaftliches Engagement aktivieren** mit einer Bürgerstiftung Wiesloch.

Bürgerstiftungen sind Stiftungen «von Bürger/innen für Bürger/innen», arbeiten überparteilich, überkonfessionell und gemeinnützig und vereinen Spenden und Zustiftungen von Bürgern/innen und Unternehmen unter einem schlagkräftigen Dach. Gewirtschaftet wird mit den Erträgen des Stiftungsvermögens. Vorstand und Kontrollorgane setzen sich aus Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Der Stiftungszweck wird in einer Satzung festgelegt. In der Regel stehen die Förderung des städtischen Lebens in den Bereichen **Kultur, Jugend und Soziales, Bildung, Natur und Umwelt oder Denkmalschutz** im Vordergrund.

Damit ist schon deutlich, dass es sich bei einer Bürgerstiftung niemals um ein reines SPD-Projekt handeln kann. Vielmehr ist die Überparteilichkeit einer der zentralen Erfolgsfaktoren. Nichtsdestotrotz muss von jemandem die Initiative ausgehen und das Beispiel Wiesloch zeigt, dass die **Initiative von der SPD** kein Hemmnis für eine erfolgreiche Realisierung sein muss – im Gegenteil. Von der Zusammenstellung eines überparteilichen, überkonfessionellen Initiativkreises 2004 über die Ausarbeitung der Satzung, die Projektvorstellung beim städtischen Neujahrsempfang 2006 mit Prof. Dr. Christian Pfeiffer, die Gründungsphase mit Werbung der Gründungsstifterinnen und -stifter und schließlich die erfolgreiche Gründungsversammlung am 4. Mai 2006 mit Vorstandswahlen, Verabschiedung der Satzung und einer stolzen Zwischensumme von über 200.000 Euro war die SPD die treibende Kraft.

Für die SPD von besonderer Bedeutung: Mit der erfolgreichen Gründung der Bürgerstiftung ist nun auch ein zweites Projektvorhaben der Fraktion in greifbare Nähe der Realisierung gerückt: die Gründung einer «Wieslocher Tafel».

INFOS: Lars Castellucci
In der Bohn 28
69168 Wiesloch
www.buergerstiftung-wiesloch.de



Bürgerengagement schafft einen Spielplatz [Neulautern]

Von der Planung bis zum Baubeginn in vier Monaten? «Nicht möglich» ist die erste Reaktion von Menschen, die mit Kommunalpolitik Erfahrung haben. Die Bürgerinnen und Bürger in Neulautern haben das Gegenteil bewiesen. Begleitet und unterstützt vom SPD Ortsvorsteher Martin Löffelhardt hat es die Bürgerinitiative Pro Kind in dieser Zeit geschafft, was viele nicht für möglich gehalten haben. Jetzt sind wieder vier Monate vergangen und der erste Bauabschnitt des Kinderspielplatzes ist fast fertig. Mehr als zwanzig Bürgerinnen und Bürger haben **in ihrer Freizeit** aus einem maroden Spielplatz einen pädagogisch wertvollen, kleinkindgerechten Spielplatz gemacht.

Im oberen Teil wurde eine Terrasse gestaltet, die als Begegnungsstätte ausgebaut wird, denn der Spielplatz soll nicht nur die Kinder zum Verweilen einladen. Eltern und Großeltern sollen die Möglichkeit haben, gemütlich miteinander reden zu können, während die Kinder spielen. Die Hilfe der Verwaltung, die Unterstützung des Ortsvorstehers und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger werden für so ein Projekt benötigt. Dieses Engagement ist der Grund für das zügige Vorangehen der Arbeiten.

Sach- und Geldspenden wurden von Anfang an gesammelt. Kosteneinsparungen von circa 25.000 Euro (ohne die Spenden) und zusätzliche Einsparungen haben das Projekt zusätzlich unterstützt. «Die wichtigsten Punkte sind der **Zusammenhalt**, der entstanden ist, und die **bunte Mischung aus Jugendlichen, Eltern, Großeltern und Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne Kinder**, die helfen», so der Ortsvorsteher. Am meisten hat ihn erstaunt, wie gut alles lief, als die Planung stand. «Hier entsteht eine gute Sache und es lohnt jeden Einsatz», so die Helferinnen und Helfer. Der Ortsvorsteher hat sich von dieser Euphorie anstecken lassen und hilft jede freie Minute mit.

Als weitere Beispiele für Ehrenamtliches Engagement haben sich bei uns Patenschaften für öffentliche Grünflächen und gelegentliche Pflanzaktionen schon seit Jahren etabliert.

INFOS: Martin Löffelhardt, Neulautern





Ehrenamtspreis

[Wiesloch]

Im Herbst 2001 wurde anlässlich des «Jahres der Freiwilligen» der Vereinten Nationen nach einer Anregung von Lars Castellucci, dem Vorsitzenden der SPD Wiesloch, das Kuratorium «Ludwig-Wagner-Preis» gegründet. Mit diesem Preis will das Kuratorium eine Person oder Gruppe würdigen, die sich ehrenamtlich in Wiesloch für die Gemeinschaft in besonderer Weise einsetzt.

Die Initiatoren Dr. Peter Gebhardt, Prof. Gert Weisskirchen und Michael Weimer planten die Vergabe des Preises – in Verbindung mit einem nennenswerten Geldbetrag zur finanziellen Unterstützung – in einem würdigen festlichen Rahmen. Dem Kuratorium gehören Mitglieder aus allen Bereichen an. Sie entscheiden über die Vergabe des Preises und finanzieren ihn selbst durch Geldspenden. Das Kuratorium ist offen für jede und jeden, der beziehungsweise die sich beteiligen kann, auch ohne eine parteipolitische Bindung einzugehen.

Der Name des Preises wurde gewählt, weil die SPD und die Stadt Wiesloch mit Ludwig Wagner über ein vorbildliches Beispiel ehrenamtlichen Einsatzes verfügen.

INFOS: Lars Castellucci

In der Bohn 28

69168 Wiesloch

www.wagner.bgeissler.de





Familienfreundlicher und ökologischer Städtebau [Lahr]

Neubaumaßnahme «Wohnen am Park»: Ausgangssituation war ein Stadtquartier mit einseitiger Sozialstruktur der Bewohnerinnen und Bewohner, stark sanierungsbedürftige Gebäudesubstanz mit hohem Energieverbrauch, kurzum: unwirtschaftliche Bereitstellung von Wohnraum.

Maßnahmen dagegen waren der Abbruch der bestehenden, stark sanierungsbedürftigen Gebäudesubstanz, die Planung von **Neubauten** zur Vermietung (36 Wohnungen mit 3.000 Quadratmeter Wohnfläche) und zum Verkauf (13 Wohnungen mit 1.200 Quadratmetern Wohnfläche und 18 Doppelhaushälften mit 2.600 Quadratmetern). Außerdem wurde ein großzügiger, **öffentlicher Park** mit hohem Freizeit- und Erlebniswert angelegt. Zur freien Verwendung der Anwohner entstanden ein **Versammlungsraum** und eine **Cafeteria**.

Es wurde ökologisch gebaut durch den Verzicht auf jegliche fossile Brennstoffe, kein Feinstaub wurde erzeugt, Wärme wird durch Luft-Wasser-Wärmepumpen unter Hinzuführung von solarer und elektrischer Energie erzeugt, Doppelhäuser haben Gasbrennwerttechnik zuzüglich thermischer Solaranlage. Das Ergebnis: «Energiesparhaus 60» gemäß KfW-Förderrichtlinien.

Die Baukosten im vermieteten Bereich lagen bei circa 5.400.000 Euro, das entspricht rund 1.800,- Euro je Quadratmeter. Im verkauften Bereich waren es circa 5.200.000 Euro, also etwa 1.370,- Euro je Quadratmeter. Aus dem Programm «Die soziale Stadt» (Bund, Land, Stadt-Förderprogramm) gab es als Zuschuss 1.950.000 Euro, von der KfW-Förderbank ein zinsverbilligtes Darlehen über 1,8 Millionen Euro (3,15% Zins).

Erzielte Mehrwerte sind unter anderem:

- Reduktion des Verbrauchs von fossilen Brennstoffen
- Stark reduzierte Betriebskosten
- Hohe Freizeitqualität in zentraler Stadtlage
- Verantwortung für nachfolgende Generationen
- Teilnahme der Nachbarschaft, beispielsweise der Schulen, am neu geschaffenen Stadtquartier mit Naturklassenzimmer, Multifunktions-spielfeld, Kletterseilen im öffentlichen Park etc.
- Soziale Stadtentwicklung durch Integration unterschiedlicher Sozialstrukturen in ein städtebaulich und architektonisch anspruchvolles und einheitliches Gesamtbild.

INFOS: Markus Schwamm, Geschäftsführer Städt. Wohnungsbau GmbH
Telefon: 07821/9143-34
E-Mail: markus.schwamm@stw-lahr.de

Soziale Stadt – lebenswerte Pliensauvorstadt [Esslingen]

2001 wurde die Pliensauvorstadt in das Programm «Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt» aufgenommen. Das Bund-Länder-Programm hilft Stadtteilen, in denen städtebauliche und soziostrukturelle Probleme zusammentreffen. Die traditionelle Stadtsanierung mit der **Modernisierung** von Gebäuden, Freiflächen und Verkehrswegen ist dabei nur ein Ziel. Gefördert wird vor allem die **nachhaltige Integration** aller gesellschaftlichen Gruppen im Stadtteil. Eine breite Vernetzung und Bürger/innenbeteiligung, die durch ein begleitendes **Quartiersmanagement** sichergestellt werden, zählen zu den Fördervoraussetzungen.

Rund 28 Hektar Fläche umfasst das Sanierungsgebiet in der Pliensauvorstadt. Insgesamt 3,4 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln können bis 2009 hier investiert werden. Davon muss die Stadt Esslingen am Neckar ein Drittel beisteuern. Da der Förderrahmen vergleichsweise gering ist, werden private Modernisierungen im Sanierungsgebiet finanziell nicht unterstützt. Die Sanierungsmittel fließen in die Neugestaltung öffentlicher Gebäude, Plätze und Freiflächen – und kommen damit allen Bewohnerinnen und Bewohnern der Pliensauvorstadt zugute.

Erste Planungen und vorbereitende Untersuchungen zur Erneuerung des Stadtteils wurden im Jahr 2002 auf den Weg gebracht. Die städtebaulichen und stadtplanerischen Ziele nahmen in verschiedenen Projekten Gestalt an: **Ein Bürgerhaus, eine Kindertagesstätte, ein Altenpflegeheim und ein Stadtteilplatz entstanden.** Ergänzt wird die neue Mitte in Kürze durch **betreute Seniorenwohnungen**. In der Breite ist ein neues Wohngebiet geplant. Die Weilstraße soll zum Rückgrat des Stadtteils werden, mit attraktiven Wegen für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen, mit einladenden Plätzen zum Verweilen und besseren Verbindungen zu Schulen und Kirchen, zu den neu gestalteten Spielplätzen und dem neuen Domizil des Jugendtreffs Makarios.

Die Vernetzung und Neuorientierung nach innen sind nicht nur auf Gebäude und Straßen beschränkt, sie beziehen auch die Menschen in der Pliensauvorstadt mit ein: **Bereits in der Planungsphase engagieren sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger**, unterstützt durch die Quartiersmanagerin, die Fachkräfte der Stadtverwaltung und externe Experten, für ihren Stadtteil. Die breite Bürgerbeteiligung ist institutionalisiert in verschiedenen Projektgruppen, dem Forum Pliensauvorstadt und der Lenkungsgruppe. Der Bürgerausschuss Pliensauvorstadt als **gewählte Stadtteilvertretung** ist in das Programm «Soziale Stadt» **aktiv eingebunden**.



INFOS: www.esslingen.de

Generationenübergreifendes Wohnen [Herrenberg]

Vergabe von Grundstücksoptionen an Baugemeinschaften für generationenübergreifendes Wohnen in Herrenberg:

Herrenberg mit rund 20 000 Einwohner/innen ist eine große Kreisstadt im Kreis Böblingen. Die Herrenberger SPD Gemeinderatsfraktion hat die Stadtverwaltung Herrenberg aufgefordert Grundstücksoptionen über neun Monate auf Wunsch an Baugemeinschaften für generationenübergreifendes Wohnen in der Kernstadt von Herrenberg zu vergeben. Um den **demografischen Herausforderungen an neue Wohnformen** zu begegnen, braucht Herrenberg, neben den herkömmlichen Einrichtungen, neue Modelle, die in **Baugemeinschaften** realisiert werden können.

Baugemeinschaften sind auf Grundstücksoptionen angewiesen, um auf der Grundlage der jeweiligen Grundstücksgegebenheiten eine individuelle Planung zu erstellen, Kostenkalkulationen vorzunehmen und Mitbauende vertraglich einzubinden. Baugemeinschaften entstehen in Eigeninitiative und werden **von den Mitbauenden selbst organisiert**. Sie bilden damit ein **ergänzendes Element zu öffentlichen Einrichtungen**, die in Zukunft möglicherweise nicht mehr finanziert werden können. Damit werden mehr Menschen unabhängig von Einrichtungen, die ohnehin schon stark überlastet sind und Vereinzelungstendenzen in der Gesellschaft wird entgegen gewirkt.

Baugemeinschaften sind ein Motor für generationenübergreifendes Wohnen. Die soziale und demografische Durchmischung wirkt sich belebend auf Wohngebiete aus und stellt eine stabile Grundlage für Handel und Dienstleistung her. Die Infrastruktur wird besser genutzt, Kultur und Kunst gefördert und damit die Wirtschaftskraft gestärkt. Sie dienen damit maßgeblich einem öffentlichen Interesse. Menschen mit geringeren Einkommen oder Menschen mit Handicap können – ohne zusätzliche Kosten – gefördert und in Hilfestrukturen eingebunden werden. Der Abwanderung in umliegende Gemeinden wird entgegen gewirkt. Darüber hinaus werden Interessenten aus anderen Gemeinden angesprochen. Dies erhöht in hohem Maße die Attraktivität Herrenbergs.

Baugemeinschaften bevorzugen die Vergabe von Handwerkerleistungen an **lokale Firmen**, da diese bei der Wartung und in der Gewährleistungszeit flexibler sind. Baugemeinschaften sind für Handwerksfirmen stabile Vertragspartner/innen mit hohem Eigeninteresse. Die Vergabe von Grundstücken an Baugemeinschaften kann von Kommunen eingesetzt werden, um geplante städtebauliche und strukturelle Ziele zu erreichen. Sie kann der gezielten Vermarktung von städtischen Grundstücken dienen. Die Förderung attraktiver Wohnungen für Jung und Alt ist im übrigen Teil einer Handlungsempfehlung des Demographieberichtes der Bertelsmann-Stiftung für die Kommune Herrenberg.

INFOS: SPD-Fraktion

Bodo Philipsen

www.ov-herrenberg.bawue.spd.de



Nachhaltiges Flächenmanagement [Böblingen]

Flächenmanagement – Innenstädtische Brachflächen – Nachhaltiger Planungshorizont

Die Entwicklung innerstädtischer Flächen vor der Neuerschließung von Außenbereichen muss höchste Priorität bekommen. Dazu ist zuallererst eine Bilanzierung der innerstädtischen Brach gefallenen beziehungsweise ungenutzten Flächen aufzustellen.

Nach der Kartierung, so der Vorschlag der SPD-Gemeinderatsfraktion Böblingen, sollen dem Gemeinderat in einer Prioritätenliste Quartiere für eine sinnvolle weiterführende Nutzungsplanung über Testentwürfe vorgeschlagen und entsprechende Kosten ermittelt werden. Zu diesem Zeitpunkt könnte dann eine eigentümerunterstützte Quartierplanung (BID) einsetzen. Die Kartierung soll über den normalen Planungshorizont einer Rahmenplanung hinaus ein nachhaltiges innerstädtisches Flächen-Management sicherstellen und für Eigentümer/innen und Interessent/innen verdeutlichen und lenken.

INFOS: SPD-Fraktion Böblingen

Ursula Kupke

Telefon: 07031 / 236327

E-Mail: Kupke@boeblingen.de



Einrichtung einer Urnenwand

[Herrenberg]

Die SPD Fraktion forderte die Verwaltung auf, auf dem Waldfriedhof eine Urnenwand einzurichten, einschließlich der Prüfung der Standortfrage. Die Herrenberger SPD kann sich auf dem Waldfriedhof eine Urnenwand (**Urnenstellwand, Urnennischenwand, Kolumbarium**) – wie sie bereits in vielen Gemeinden in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik vorgehalten werden – gut vorstellen. Eine Urnenwand würde unser Angebot im Bestattungswesen erweitern. Aus anderen Gemeinden ist bekannt, dass Plätze dort gut nachgefragt werden.

Für die Bürger/innen wird durch ein Kolumbarium die Auswahlmöglichkeit bei Bestattungen größer. Urnenkammern sind hinreichend flexibel, da auch Plätze für zwei Urnen geschaffen werden könnten, zum Beispiel für Ehepaare und Familienangehörige. Allgemein gelten Urnenwände als **pflegeleicht, kostengünstig und nicht anonym, sondern persönlich und ansprechend**. Es ist eine Bestattungsform, die dem heutigen Kostendruck entgegenkommt und Platz sparend ist.

Mit einer Urnenwand könnte ein Platz beziehungsweise eine Anlage geschaffen werden mit einem Raum der Besinnung und der Stille, eventuell auch mit Bank und Blumenablagestreifen. Für ältere Menschen ohne Angehörige, die nicht anonym bestattet werden wollen, ist diese Form der Bestattung eine willkommene Möglichkeit.

Besonders hinzuweisen ist auf die gute Alternative zur anonymen Bestattung, da die Urnenwand eine Trauer ermöglicht ohne zusätzliche Verpflichtung (entfallende Grabpflege). Insgesamt würden wir durch die Schaffung eines solchen Angebotes eine Bereicherung unserer Bestattungskultur in Herrenberg sehen.

INFOS: SPD-Fraktion Herrenberg
Bodo Philippsen
www.ov-herrenberg.bawue.spd.de

Pilotprojekt in der Region: Wasser - Wärmepumpe [Lahr]

Neubaumaßnahme «Wohnpark Albrechtstraße» – Die Städtische Wohnungsbau GmbH Lahr hat einen **familienfreundlichen und ökologischen Städtebau** durchgesetzt – das Projekt Wohnpark Albrechtstraße. Dies ist ein Pilotprojekt in Lahr für Wasser-Wärmepumpen-Technik. Darüber hinaus ist dies das erste Projekt mit Sondergenehmigung des Landratsamtes in der Ortenau.

Ausgangssituation ist ein nicht genutztes Grundstück im Stadtgebiet (städtebauliche Brache). Maßnahmen sind der Neubau zweier Stadthäuser einschließlich Erstellung eines öffentlichen Parks mit integriertem Kinderspielplatz sowie Mietwohnungen mit einem sehr guten Preis-Leistungs-Verhältnis insbesondere auch für junge Familien, Senioren und Singles.

Um die Ökologie zu fördern, gilt Verzicht auf jegliche fossile Brennstoffe, wird kein Feinstaub erzeugt und Wärme durch Wärmepumpen mit Brunnenanlagen erzeugt. So erhalten die Gebäude das Zertifikat «Energiesparhaus 60» gemäß KfW-Förderrichtlinien.

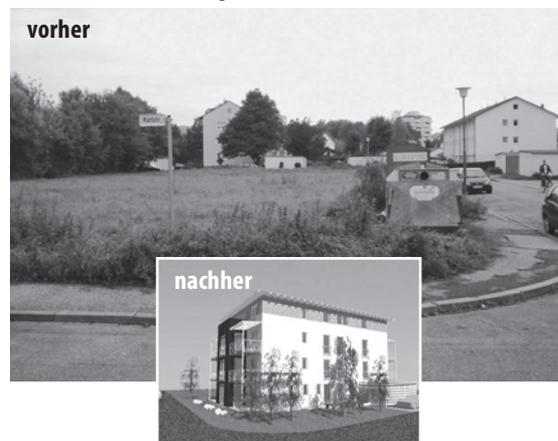
Investitionskosten: Die Baukosten des ersten Bauabschnittes (ein Stadthaus mit insgesamt circa 680 Quadratmetern Wohnfläche) liegen bei 880.000 Euro, das entspricht circa 1.295,- Euro je Quadratmeter Wohnfläche.

Als Investitionszuschüsse gibt es zinsverbilligtes Darlehen der KfW-Förderbank: 350.000,- Euro bei 3,15% Zins

Die Vorteile sind insgesamt eine Reduktion des Verbrauchs fossiler Brennstoffe, eine Reduktion der CO₂-Emissionen und hohe Wirtschaftlichkeit durch stark reduzierte Betriebskosten.

Lahr hat damit eine Vorreiterposition – hier besteht nun das erste Wärmepumpe-Heizsystem mit Brunnenanlage in der Region. Natürlich möchten wir einen Nachahmungseffekt auslösen zur Sozialen Stadtentwicklung durch Integration verschiedener Bevölkerungsschichten und Altersstrukturen in ein durchgrüntes Wohnquartier.

INFOS: Markus Schwamm
Geschäftsführer der Städt. Wohnungsbau GmbH
Telefon: 07821/9143-34
E-Mail: markus.schwamm@stw-lahr.de



Neue Halle am Herzogenried

[Mannheim]

Die rund 30 Jahre alte Herzogenriedhalle im Stadtteil Neckarstadt in Mannheim entsprach seit längerem nicht mehr den heutigen technischen und sportfachlichen Anforderungen. Im November 2003 nahm der Gemeinderat das Konzept der MWS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH für den Abriss der alten Herzogenriedhalle und der Erstellung eines DIN-gerechten dreiteilbaren Sporthallenneubaus an.

Das Besondere an diesem Konzept ist, dass erstmals die Stadt Mannheim einen Mietkauf mit Bestellung eines Erbbaurechts zugunsten des Investors, durchführte. Die alte Herzogenriedhalle wurde der MWS Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH zum Abriss überlassen, damit die neue Sporthalle an gleicher Stelle errichtet werden konnte. Sie wurde von der beauftragten Grundstücksverwaltungsgesellschaft geplant und gebaut.

Nach rund einjähriger Bauzeit entstand an exponierter Stelle Mannheims ein moderner und architektonisch überzeugender Sporthallenneubau. Hervorzuheben ist ebenfalls die mit dem Neubau der Sporthalle einhergehende Neugestaltung der Außenanlagen, die mit dazu beiträgt, dass die neue Sportstätte auch unter dem Aspekt der Stadtentwicklung eine wichtige Maßnahme darstellt. Die MWS-Halle wird zudem den Anforderungen einer Multifunktionshalle gerecht. Sie bietet durch ihre vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten ideale Unterrichts- und Trainingsmöglichkeiten für Schulen und Vereine, ebenso wie für den Leistungssport.

Insbesondere die Mannschaftssportarten Handball, Basketball und Volleyball haben nun die Möglichkeit, auch in den oberen Spielklassen vor 1.450 Zuschauer/innen ihre Spiele auszutragen. Bei bestimmten sportlichen und kulturellen Veranstaltungen besteht die Möglichkeit, die Zuschauer/innenkapazität auf 2.000 Plätze zu erweitern. Die MWS-Halle stellt somit ein Bindeglied zwischen den anderen Mannheimer Sport- und Turnhallen und der SAP-Arena dar.

INFOS: Christian Hübel
Telefon: 0621 / 293 9307
Fax: 0621 / 293 9300
E-Mail: christian.huebel@mannheim.de

Zukunftswerkstatt

«Stühlinger» [Freiburg]

Im Rahmen der Erstellung des Flächennutzungsplans für die Stadt Freiburg hat der OV das Thema für den Stadtteil Stühlinger mit 16.000 Einwohner/innen 2002 aufgegriffen und die aus dem Stadtteil beteiligten Personen als Referent/innen eingeladen. Daraus entstand die Zukunftswerkstatt. Mit modernen Moderationstechniken wurde ein **Arbeitsprogramm** erarbeitet. Die Umsetzung erfolgt in **Workshops**, von denen zwischenzeitlich zehn durchgeführt wurden, unter anderem zu den Themen:

- ...und ewig nagt der Baggerzahn? Wohnen, Arbeiten und Erholen im Stühlinger
- Dicke Luft oder Prima Klima?
- Plätze im Stühlinger
- Städtebauliche Zukunft
- Boulevard Eschholzstraße – Eine Vision? (Straße mit 25.000 PKW täglich)
- Wie weiter mit der Eschholzstraße?
- Verkehr

Aus diesen Veranstaltungen sind entstanden: eine **Planung** der Stadt für die Veränderung der Hauptverkehrsstraße samt Umsetzung, bei der wir kräftig mitgearbeitet haben, eine Sperrung dieser Straße für einen Tag mit dem Titel «100 Jahre Eschholzstraße – Der Boulevard feiert», eine **Veränderung des Flächennutzungsplans**, ein **Runder Tisch** für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität des zentralen Platzes (Alkohol- und Drogenmissbrauch, Obdachlose etc.). Die SPD hat mit diesen Workshops die Kommunikation und Gestaltung im Stadtteil übernommen.

INFOS: SPD OV Stühlinger
Hans-Christoph Stork
Ferdinand-Weiß-Str. 90
79106 Freiburg
Telefon: 0761 / 450 28 78
E-Mail: Gabi.Rolland@t-online.de
www.spd-freiburg.de/stuehlinger



Interkommunales Gewerbegebiet [Achern]

Im Zusammenhang mit dem Abzug der französischen Streitkräfte – seit Mitte des Jahres 1999 – sah sich die Stadt Achern mit der Problematik konfrontiert, für ein Flächenpotential von rund 140 Hektar, verteilt auf insgesamt fünf verschiedene Standorte, eine städtebaulich verträgliche Nachnutzung vorzusehen.

Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Achern bereits 1997 die «Komunalentwicklung Baden-Württemberg» mit der Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes, unter besonderer Berücksichtigung der beiden «Konversionsschwerpunkte Heid und Illenau» beauftragt. Auch wenn dieses Konzept nicht als formeller Rahmenplan beschlossen wurde, so bestand hinsichtlich des circa 70 Hektar großen Gesamtareals der früheren deutschen «Markgraf-Ludwig-von-Baden-Kaserne» und der früheren französischen Kaserne «St. Exupéry» im Gebiet «Heid» Einigkeit darüber, dass wesentliche Teile des ehemaligen Kasernenareals ausschließlich gewerblich beziehungsweise industriell nachgenutzt werden können. Der Bereich der ehemaligen deutschen «Markgraf-Ludwig-von-Baden-Kaserne» mit circa 40 ha Fläche, wurde durch Mitwirkung der Stadt direkt von der Bundesvermögensabteilung an einzelne Gewerbetreibende veräußert. Zwischenzeitlich wurden in diesem Bereich 35 Hektar Gewerbefläche veräußert.

Die benachbarte ehemalige französische Kaserne «St. Exupéry» sollte nach dem Willen des Gemeinderates als interkommunales Gewerbegebiet ausgewiesen werden. Für die Stadt stellte sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Erschließung und Vermarktung dieser Fläche mit rund 28 Hektar in eigener Regie durchgeführt oder einem Bauträger überlassen werden soll. Der Gemeinderat entschied sich in einem kontrovers geführten Abwägungsprozess dafür, die Fläche einer Bauträgerin beziehungsweise einem Bauträger zu überlassen. In einem städtebaulichen Vertrag wurde die Erschließung geregelt und darüber hinaus festgelegt, welche Flächen (50 %) nur mit städtischer Zustimmung verkauft werden dürfen und zu welchem Maximalpreis die Grundstücke angeboten werden dürfen. Durch diese vertraglichen Vereinbarungen lagen die Risiken der Erschließung, insbesondere der Altlastensanierung, beim Bauträger, und die Stadt hatte sich wesentliche Entscheidungsrechte bei der Vergabe der Grundstücke gesichert.

Das Gebiet wurde als «Interkommunales Gewerbegebiet Achern», an dem sich neben Achern sechs Umlandgemeinden beteiligten, ausgewiesen. Innerhalb von zwei Jahren konnten auf diesem Wege rund 23 Hektar Gewerbefläche vermarktet werden.

INFOS: Stadtverwaltung Achern
 Liegenschaften/ Wirtschaftsförderung
 Rathaus II, Zimmer 129
 Rathausplatz, 77855 Achern
 Postfach 1040, 77841 Achern
 Telefon: 07841/642-1181
 Fax: 07841/642-3180
www.achern.de



Amphibienleiteinrichtung am Hohbergsee [Lahr]

Der Hohbergsee ist eines der wichtigsten Laichgebiete für Amphibien in Baden und steht als flächenhaftes Naturdenkmal unter besonderem Schutz. Damit die wandernden Amphibien unversehrt durch den Straßenverkehr zum See kommen, wurde 1990 vom NABU Lahr zusammen mit der Stadt Lahr eine erste Leiteinrichtung errichtet.

Ein **optimiertes und festes Dauerleitsystem** – mit einer Länge von rund 700 Metern eines der größten in Deutschland – wurde von 2001 bis 2005 in vier Bauabschnitten mit finanzieller Unterstützung der Stadt Lahr, des Naturschutzfonds Baden-Württemberg und des NABU Lahr erbaut.

Dank dieser Amphibienleiteinrichtung können **alljährlich 10.000 bis 12.000 Erdkröten, dazu Hunderte von Gras- und Springfröschen sowie zahlreiche Bergmolche, Fadenmolche und Feuersalamander unbeschadet zum Hohbergsee** gelangen. Neben den Amphibien nutzen auch Reptilien (beispielsweise Ringelnattern, Blindschleichen, Eidechsen) und Kleinsäugetiere (beispielsweise Igel, Waldmäuse) das Leitsystem als sicheren Weg von Straßenrand zu Straßenrand.

Die Stadt Lahr hat mit rund 32.000 Euro (23 % der Gesamtkosten) zur Finanzierung der Einrichtung beigetragen. Weiterhin übernimmt die Stadt Lahr die Kosten für die Pflege und Unterhaltung der Leiteinrichtung (durch den städtischen Bau- und Gartenbetrieb) und hat die Planung durch fachliches Know-how unterstützt.

INFOS: Manfred Kaiser
Umweltbeauftragter
Telefon: 07821 / 910-0621
E-Mail: manfred.kaiser@lahr.de



Borstenfischpass in der Schutter [Lahr]

Im früheren Zustand war die alte Wehranlage im Bereich Geroldsecker Vorstadt (Padbergwehr) ein Hindernis für die biologische Durchgängigkeit des Baches Schutter. Als ökologische Aufwertungsmaßnahme wurde deshalb eine Fischaufstiegsanlage in Form eines Borstenfischpasses (57 Meter) – erste Umsetzung in Süddeutschland – eingebaut. Diese Rinne erlaubt es Fischen, zwischen den Halt gebenden Borsten ihren Weg zu finden.

Dies verbessert die ökologische Situation der Schutter durch die Wiederherstellung beziehungsweise Verbesserung der ökologischen Durchgängigkeit des Gewässers auf einer Fließstrecke von insgesamt rund 4,5 Kilometern.

Zwischen Frühjahr und Herbst 2007 wurde die Anlage realisiert. Die Kosten für die Stadt Lahr liegen bei netto 55.000 Euro; zum Teil gab es eine Förderung durch den Ökologie- und Innovationsfond der Energiewerke Mittelbaden AG.

INFOS: Manfred Kaiser
Umweltbeauftragter
Telefon: 07821/910-0621
E-Mail: manfred.kaiser@lahr.de



Eisblockwette

[Lahr]

Für die Eisblockwette wurde ein 1 Kubikmeter großer Eisblock in ein nach Passivhaus-Standard wärmedämmtes Mini-Holzhaus verpackt. **Über vier Wochen blieb der Eisblock so den sommerlichen Temperaturen ausgesetzt**, dabei durfte gewettet werden: Wie viel Prozent des Eisblocks sind am Tag des Auspackens noch übrig?

Ziel dieser Aktion ist es, die großen **Potenziale** von stark isolierenden Wärmedämmungs-Maßnahmen, beispielsweise nach dem Passivhaus-Standard, aufzuzeigen. Sie **reduzieren Kosten, Energieverbrauch und Kohlendioxid-Emissionen** effektiv. Dies wird mit der Aktion für die breite Öffentlichkeit anschaulich und erfahrbar gemacht.

Die Eisblockwette begleitend gab es interessante Informationsangebote rund um das Thema Dämmung, Energieeinsparung im Haushalt, energieeffizientes Bauen, Gebäude- und Anlagenmodernisierung sowie zu Fördermitteln.

Die Eisblockwette wurde von einer **Klimaschutz-Ausstellung** im Rathaus begleitet. Die Ausstellung visualisierte einfach und einprägsam die Zusammenhänge zwischen Alltagsleben und globalem Klimawandel. Nach Planung von Frühjahr bis Sommer 2007 lief die Aktion vom 7. Juli bis 4. August 2007.

Die Stadt Lahr initiierte die Aktion und organisierte sie in Zusammenarbeit mit der Firma SAINT-GOBAIN ISOVER G+H AG und dem regionalen Raiffeisen Baucenter. Von der Stadt Lahr wurde die technische Hilfe erbracht und die Medienbegleitung (Pressemitteilungen, Internet, Klimaschutz-Ausstellung, Auftakt- und Schlussveranstaltung) durchgeführt. Der Großteil der anfallenden **Kosten** (Transport des Hauses, Eisblock, Gewinne) wurde von den Partnern übernommen.

INFOS: Manfred Kaiser
Umweltbeauftragter
Telefon: 07821/910-0621
E-Mail: manfred.kaiser@lahr.de



Energiewirtschaft – Nachhaltigkeit [Schwäbisch-Hall]

Energiewirtschaft muss dezentral werden, nur so kann dem Klimawandel aktiv begegnet werden. **Eine nachhaltige Energiepolitik lässt sich umsetzen.** Die Stadtwerke Schwäbisch Hall sind ein bundesweit aktives kommunalwirtschaftliches Unternehmen, welches die nachhaltige Energienutzung ernst nimmt und regionale Wertschöpfung erzeugt. Mit 22 Blockheizkraftwerken, sechs Wasserkraftwerken, zwei Windkraftanlagen, Investitionen in Fotovoltaik und Windparks sowie eine Pflanzenölverstromungsanlage sind die Stadtwerke Vorreiter für den Einsatz erneuerbarer Energien. So werden bereits 25 % des Eigenstrombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt.

Weitere Projekte wie die **Umwandlung von Biomethan zur Einspeisung in das Erdgasnetz** stehen an. Insgesamt produzieren die Stadtwerke Schwäbisch Hall mit ihren Kraftwerken etwa **60 % Eigenstrom**, beschäftigen circa 260 Mitarbeiter/innen und betreiben die städtischen Parkierungs- und Badeanlagen und tragen somit zur regionalen Wertschöpfung erheblich bei.

INFOS: Stadtwerke Schwäbisch-Hall GmbH
Johannes van Bergen, Geschäftsführer
An der Limpurgbrücke 1
74523 Schwäbisch Hall
Telefon: 0791 / 401-200
Fax: 0791 / 401-142
E-Mail: Johannes.van.Bergen@stadtwerke-hall.de
www.stadtwerke-hall.de



Die Stadtwerke bieten mehr! [Esslingen]

Viele Unternehmen sehen sich angesichts der hohen Energiepreise gezwungen, über die Optimierung ihrer Energieversorgung nachzudenken. Mit **Erdgasbrennwertkesseln**, **Mini-Blockheizkraftwerken** oder **Gaswärmepumpen** bieten die Stadtwerke Esslingen (SWE) hier bewährte und auf den individuellen Bedarf abgestimmte Produkte.

Darüber hinaus haben wir uns in den letzten Jahren aber auch weit reichende Kompetenzen im Bereich der **regenerativen Energien** erworben. Bestes Beispiel: das groß angelegte **Photovoltaik-Projekt auf städtischen Dächern**. Übrigens: Durch die gesetzlich geregelte Einspeisevergütung für Solarstrom ist das Betreiben einer PV-Anlage auch für Gewerbe- und Industriebauten interessant. Außerdem möchten wir Interessent/innen unsere Dienstleistungen rund um den Betrieb firmeneigener Erdgas- und Wassernetze vorstellen.

So bieten wir beispielsweise Produktionsbetrieben an, auf das Know-how unserer Netzspezialist/innen zurückzugreifen, um die Effizienz und Sicherheit ihrer Leitungsnetze überprüfen zu lassen. Kostspielige Versorgungslücken können dadurch verhindert werden.

INFOS: www.swe.de

Keine «Grüne Gentechnik»

[Lahr]

Durch Anregungen aus der Bevölkerung hat sich die Stadtverwaltung Lahr mit dem Thema Grüne Gentechnik befasst. Bei deren **Bewertung liegen die Standpunkte weit auseinander**. Trotz der Risikobetrachtung vor der Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) sind unerwartete Effekte nicht auszuschließen. Auch ist die Akzeptanz der Grünen Gentechnik und von GVO bei den Verbrauchern bisher gering.

Vom Gemeinderat der Stadt Lahr wurde daher beschlossen:

1. Aus Gründen der **Vorsorge und Vorbildfunktion** schließt die Stadt Lahr die Verwendung gentechnisch veränderter Lebensmittel in gemeindeeigenen Einrichtungen aus.
2. Bei der Neuverpachtung gemeindeeigener landwirtschaftlich und gärtnerisch nutzbarer Grundstücke und bei der Verlängerung bestehender Pachtverträge werden die **Pächter vertraglich verpflichtet**, auf die Aussaat gentechnisch veränderten Saatgutes und den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten. Die Stadt Lahr empfiehlt den in Lahr wirtschaftenden Landwirten, auf den Einsatz von gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten, und wird die Einrichtung einer freiwillig vereinbarten «Gentechnikfreien Region» in Lahr unterstützen.
3. Die Stadt Lahr unterstützt die Aktion der Beschicker/innen der Lahrer Wochenmärkte zur **freiwilligen Selbstverpflichtung** zur Gentechnikfreiheit der angebotenen Lebensmittel. Marktbeschickerinnen und -beschicker, die dieser Selbstverpflichtung zustimmen, erhalten von der Stadt Lahr ein Hinweisschild, mit dem sie ihren Marktstand kennzeichnen können.

Soweit der Beschluss des Lahrer Gemeinderates vom 25.09.2006. Kosten entstehen der Stadt keine.

INFOS: Manfred Kaiser
Umweltbeauftragter
Telefon: 07821/910-0621
E-Mail: manfred.kaiser@lahr.de





Energiesparen im Altbau (1)

[Lahr]

Generalsanierung Trampler Str. 77 - 79

Situation: 16 Wohnungen mit 1.400 Quadratmeter Wohnfläche, Baujahr 1960. Infrastrukturell günstige Stadtlage

Modernisierungsmaßnahmen: Beseitigung von Wärmebrücken, Außenwand, Kellerdecke und Dachschräge mit neuer Wärmedämmung, wärmeschutz-verglaste Fenster (K-Wert: 1.1), Einbau von Gasbrennwerttechnik auf den neuesten Standards, Thermische Solaranlage für Warmwasserzubereitung und auch zur Unterstützung des Heizungssystems

Erzielte Energieeinsparung: Energieverbrauch und CO₂-Emission cirka um 65% reduziert. Energiepass zuvor Klasse E – nach der Sanierung Energieklasse A (Niedrig-Energiebaustandard)

Investitionskosten: 700.000,- Euro, das entspricht etwa 500 Euro je Quadratmeter Wohnfläche

Investitionszuschüsse: Innovationsfonds der Badenova und des E-Werks mit einer Gesamtförderung (einschl. der Generalsanierung Albert-Förderer-Str.) in Höhe von 270.000,- Euro; zinsverbilligtes Darlehen der KfW-Förderbank mit 338.000,- Euro zu 0,9% Zins.

Nutzen: Dauerhaft installierte Messtechnik und zentrale Erfassung der Verbrauchsdaten, um die gesammelten Daten für Forschungszwecke der Allgemeinheit zu Verfügung zu stellen. Mietaufschlag wird durch die Energiekosteneinsparung beim Mieter komplett aufgehoben. Erhöhte Lebensqualität durch vergrößerte Wohnfläche, großzügige Balkone und verbessertes Wohnraumklima. Langfristig preisgünstiger und qualitativ hochwertiger Wohnraum.

INFOS: Markus Schwamm
Geschäftsführer der Städt. Wohnungsbau GmbH
Telefon: 07821 / 9143-34
E-Mail: markus.schwamm@stw-lahr.de

Energiesparen im Altbau (2)

[Lahr]

Generalsanierung Albert-Förderer-Straße 10 – 16

Situation: 52 Wohnungen mit 3400 Quadratmetern Wohnfläche, Baujahr 1968, Zentrale und verkehrsberuhigte Stadtlage, Anordnung der Gebäude in parkähnlicher Anlage

Modernisierungsmaßnahmen: Beseitigung von Wärmebrücken, Außenwand, Kellerdecke und Dachschräge mit neuer Wärmedämmung, wärmeschutz-verglaste Fenster (K-Wert: 1.1), Einbau von Gasbrennwerttechnik auf den neuesten Standards, Thermische Solaranlage für Warmwasserzubereitung und auch zur Unterstützung des Heizungssystems

Erzielte Energieeinsparung: Energieverbrauch um 65 % reduziert von 590 Mwh/a auf 277 Mwh/a, CO₂-Emission 64 % reduziert von 156 t/a auf 72 t/a. Energiepass statt Klasse E nach der Sanierung Energieklasse A (Niedrig-Energiebaustandard)

Investitionskosten: 1,8 Millionen Euro, das entspricht etwa 530,- Euro je Quadratmeter Wohnfläche

Investitionszuschüsse: Innovationsfonds der Badenova und des E-Werks mit einer Gesamtförderung (einschl. der Generalsanierung Tramplerstr.) in Höhe von 270.000,- Euro; zinsverbilligtes Darlehen der KfW-Förderbank mit 1,0 Millionen Euro (850.000,- Euro mit 1,5% sowie 150.000,- Euro mit 0,9%)

Nutzen: Mietaufschlag wird durch die Energiekosteneinsparung beim Mieter komplett aufgehoben. Erhöhte Lebensqualität durch vergrößerte Wohnfläche, großzügige Balkone, verbessertes Wohnraumklima. Langfristig preisgünstiger und qualitativ hochwertiger Wohnraum.

INFOS: Markus Schwamm
Geschäftsführer der Städt. Wohnungsbau GmbH
Telefon: 07821 / 9143-34
E-Mail: markus.schwamm@stw-lahr.de

vorher



nachher



Exkursionsführer Energie und Wasser [Lahr]

Der **Exkursionsführer Energie und Wasser Lahr** enthält auf rund 90 Seiten Informationen zu 14 Zielen erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und der Wasserwirtschaft in Lahr.

Der Exkursionsführer soll vor allem **Lehrer/innen und Schulklassen**, anderen **Multiplikator/innen**, aber auch anderen **interessierten Bürger/innen**, in kompakter Form hochwertig aufbereitetes Informationsmaterial zu Anlagen im direkten räumlichen Umfeld in Lahr anbieten, das zum **Besuch der Anlagen** beziehungsweise zur **Beschäftigung mit der Thematik Klimaschutz und Wasserschutz** ermuntert.

Ziel ist es auch, durch die Veranschaulichung von Anlagen direkt vor Ort eine besondere persönliche Betroffenheit herzustellen, Wege für **persönliche Handlungsmöglichkeiten** jedes beziehungsweise jeder Einzelnen darzulegen und das persönliche Verantwortungsgefühl zu wecken. Die Nutzer/innen des Exkursionsführers sehen, dass Klima- und Wasserschutz direkt vor der eigenen Haustür – oder besser: im eigenen Haushalt – anfängt.

Durch die flexible Verwendbarkeit der Loseblattsammlung können die Infoblätter mit Daten zu den einzelnen Anlagen auch für interessierte Bürger, Erwachsenengruppen, Stadtführungen o.ä. genutzt werden.

Das Projekt wurde von Herbst 2005 bis Herbst 2007 umgesetzt und kostete insgesamt rund 44.000 Euro. Eine Hälfte davon wird von der Stadt Lahr aufgebracht, die anderen vom Innovationsfond der Badenova AG.

INFOS: Manfred Kaiser
Umweltbeauftragter
Telefon: 07821/910-0621
E-Mail: manfred.kaiser@lahr.de

Die Chrysanthema

[Lahr]

Ein gelungenes Beispiel kommunalpolitischen Handelns:

Die Chrysanthema ist eine Open-Air Blumenschau, die in diesem Jahr das zehnjährige Jubiläum feiert. Von Mitte Oktober bis Mitte Dezember erblühen in Lahr jedes Jahr Tausende Chrysanthemen in Form von Blumentepichen, Blütenwagen und Häuserschmuck.

Bundesweit einzigartig ist die Chrysanthema sowohl wegen der für Außenveranstaltungen späten Jahreszeit als auch aufgrund der Anzucht spezieller, bis zu drei Meter lange Kaskadenchrysanthemen. Die gärtnerische Gestaltung der Innenstadt wird durch ein dreiwöchiges Kultur- und Musikprogramm umrahmt.

Die Idee, die Innenstadt im Herbst mit bunten Chrysanthemen zu schmücken, geht auf die freundschaftliche Zusammenarbeit mit Gärtner/innen aus der Partnerstadt Dole zurück. Nach einer fünfjährigen Versuchsphase in der städtischen Gärtnerei organisierte 1993 und 1997 eine kleine Gruppe, bestehend aus Vertreter/innen der Stadtverwaltung, der Werbegemeinschaft, den örtlichen Medien und Sponsor/innen zwei Hallenschauen. Seit 1998 organisiert die Stadtverwaltung den Event unter freiem Himmel in der Innenstadt.

Die bereitgestellten Haushaltsmittel (250.000 Euro) wurden durch ein Sponsoringkonzept ergänzt. Die Chrysanthema trägt zur Verankerung kommunalen Handelns bei. **Corporate Citizenship:** Die Chrysanthema hat eine Kooperations- und Partizipationskultur etabliert, die in einem breiten bürgerschaftlichen Engagement mündet. **Identitätsstiftend:** Die Chrysanthema stiftet Identität nach innen, indem sie die Interessen von Einzelhandel, Gastronomie, Bürger/innen und Stadtverwaltung in einem gemeinsamen Projekt bündelt. **Imagegewinn:** Die Chrysanthema vermittelt ein positives, authentisches Image nach außen. Neue ökonomische und kreative Potentiale werden in der Stadt erschlossen. **Etablierung einer Verantwortungskultur.**

Resumé: Die breite Kooperation und Einbindung von Bevölkerung und Entscheidungsträger/innen bei der Konzeption und Organisation der Chrysanthema ist Garant für Akzeptanz, Erfolg und Tiefenwirkung der Veranstaltung nach Innen und Außen. Der Erfolg der Chrysanthema ist deshalb nicht allein an Sponsorengelder (rund 180.000 Euro), Besucher/innenzahlen (300.000 Besucher/innen 2006) und Presseresonanz abzulesen, sondern im Wesentlichen am großen Kooperations- und Partizipationserfolg der Bevölkerung, Unternehmen und Einzelhändler/innen.

INFOS: Martina Munding
Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 07821 / 910-0123
E-Mail: martina.munding@lahr.de



Rad & Rolli-Tour

[Bad Rappenau]

1996 wurde diese **radtouristische Sternfahrt** von Stuttgart sowie Winnenden und Murrhardt mit Ziel Bad Rappenau erstmalig veranstaltet. Der besondere Charakter der Veranstaltung ist das Miteinander von Menschen mit und ohne geistige beziehungsweise körperliche Einschränkungen.

Von den bis zu **500 Teilnehmer/innen** sind im Schnitt rund 10 % Behinderte, darunter Rolli-, Tandem- oder Dreiradfahrer. Die Organisation erfolgt hauptsächlich durch ehrenamtliches Engagement. Freiwillige versorgen die Teilnehmer/innen auf der Fahrt, sichern die Tour, kennzeichnen den Streckenverlauf oder leisten technische und medizinische Hilfe.

Eine **Abschlussparty im Kurpark** bildet den Höhepunkt der Veranstaltung. Finanziert wird die Veranstaltung durch Teilnahmegebühren und vor allem durch Sponsoren. Das Kostenvolumen betrug 2007 rund 16.500 Euro.

INFOS: Bad Rappenauer Touristik- und Bäder GmbH
Herr Brüggemann
Salinenstr. 22
74906 Bad Rappenau
Telefon: 07264 / 862 161
Fax: 07264 / 862 -182
E-Mail: brueggemann@badrappenau.de
www.rollitour.de



Stimmiges Stadtmarketing

[Riegel]

Womit soll die Gemeinde Riegel am Kaiserstuhl mit ihren 3.600 Einwohner/innen sich nach außen darstellen? Mit dem regional gut bekannten «Riegeler Bier»? Weil diese Marke einmal in Gefahr war und weil eine Biersorte auf die Dauer sowieso nicht genügt, um einer Gemeinde ein positives Image zu geben, wurden in mehreren Schritten die bereits vorhandenen Stärken der Gemeinde analysiert und anschließend deren Vermarktung durch Einzelmaßnahmen umgesetzt. Dem Bürgermeister, aufgrund seiner Ausbildung Experte für kommunales Marketing, war klar, dass nicht ein völlig neues Image erfunden werden sollte.

Es zeigte sich, dass Riegel zwei **regional herausragende Eigenschaften** besitzt: zum einen seine über 7000jährige kontinuierliche Siedlungsgeschichte mit dem Höhepunkt in der Römerzeit und zum anderen seine große Vielfalt an kulturellen Möglichkeiten (neben einer Reihe von kulturellen Vereinen, viele Ateliers und Galerien von Künstler/innen, auch ein privat betriebenes Theater).

Es folgte die Gründung eines **Arbeitskreises (AK) «Kunst und Kultur, Geschichte und Tourismus»** im Rahmen des Lokalen-Agenda-Prozesses zur zukünftigen Ortsentwicklung. Dieser AK formulierte in einem Leitbild die Selbstverpflichtung «Riegel einzigartig in der Region zu machen». Ein **Archäologe** wurde unter anderem zum Aufbau eines **archäologischen Rundweges** und eines neuen **Museums** befristet bei der Gemeinde angestellt. Studierende (Studienrichtung Kulturmanager/in) einer privaten Sprach- und Wirtschaftsschule arbeiteten als Semesterprojekt heraus, wie eine **Marketinginitiative** zur Beseitigung des fehlenden kulturellen Images aussehen kann.

Neben zahlreichen, auch landesweit erschienenen Presseberichten zu den Themen Ortsgeschichte und Kultur, vor allem durch die renommierte Auszeichnung mit dem «Archäologiepreis Baden-Württemberg 2006» und die zweimalige Durchführung der größten deutsch-französischen Kunstaussstellung in Baden-Württemberg, funktioniert die angestrebte neue Wahrnehmung der Gemeinde Riegel bis heute.

Kosten für die Umsetzung der bisherigen Maßnahmen sind hauptsächlich durch die Beschäftigung des Archäologen und die Einrichtung des archäologischen Rundweges und des Museums entstanden (insgesamt rund 250.000 Euro). Der Betrieb des Museums erfolgt ehrenamtlich. Für das Semesterprojekt der Student/innen zum Kulturimage entstanden nur geringe Aufwendungen. Die starke Unterstützung des Arbeitskreises erfolgt unentgeltlich.

INFOS: Gemeinde Riegel am Kaiserstuhl
Hauptstr.31
79359 Riegel
Telefon: 07642 / 9044-0
Ansprechpartner: Bürgermeister Markus Jablonski
www.gemeinde-riegel.de



Abschaffung der «unechten Teilortswahl» [Herrenberg]

Stärkung der Ortschaftsräte – Einführung eines Kernstadtrates: Ab der Kommunalwahl 2004 wird auf Initiative der SPD-Gemeinderatsfraktion Herrenberg die «unechte Teilortswahl» abgeschafft. Die Zahl der Gemeinderät/innen wird auf 32 festgelegt. Die Ortschaftsräte erhalten eine höhere eigene Beschlussfähigkeit. Die Kernstadt erhält analog zu den Ortschaften eine politische Vertretung in Form eines Kernstadtrates sowie eines Kernortvorstehers beziehungsweise einer Kernortvorsteherin.

INFOS: SPD-Fraktion Herrenberg
Bodo Philipsen
www.ov-herrenberg.bawue.spd.de

Public Private Partnership [Mannheim]

Weil in den zurückliegenden Jahren an den Mannheimer Schulen viele Unterhaltungsarbeiten nicht umgesetzt werden konnten, konzipierte die Stadt Mannheim 2004 das **Mannheimer Public Privat Partnership (PPP)**. Hierbei war zunächst die Rechtsaufsichtsbehörde davon zu überzeugen, dass sich die Wahrnehmung von Planungs-, Bau-, Betriebs- und Unterhaltungsleistungen durch einen Dritten wirtschaftlicher gestaltet, als dies durch die Verwaltung selbst möglich wäre.

Anstelle eines privaten Dritten wurde in Mannheim die **Gründung einer eigenen Gesellschaft** vorangetrieben, die aus einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft heraus entwickelt wurde und zu 100 % in kommunaler Beteiligung ist. Vorteil dieser Konstruktion ist die Einflussmöglichkeit seitens der Kommune und die sozialverträgliche Umsetzung bei den Beschäftigten.

Zur Unterstützung des Wirtschaftlichkeitsnachweises wurde das renommierte Unternehmen «SNP consult» unterstützend hinzugezogen. Im Ergebnis konnte gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde dargelegt werden, dass sich bei der Leistungserbringung durch die neu zu gründende Gesellschaft im Vergleich zur Eigenerledigung ein **Wirtschaftlichkeitsvorteil von 9 %** ergibt.

Die Stadt Mannheim konnte auf diesem Weg 40 Millionen Euro Investivmittel für den Neubau beziehungsweise die Sanierung von sieben Schulen und einem Kinderhaus generieren. Mittelfristig sollen alle Schulgebäude sukzessive zum Betrieb und zur Unterhaltung an die Gesellschaft abgegeben werden.

Bedingt durch die vertraglichen Betriebs- und Unterhaltungsleistungen für die Dauer von 20 Jahren geht die Stadt Mannheim von einer positiven und nachhaltigen Entwicklung für die gesamte Schullandschaft mit rund 80 Schulstandorten und 43.000 Schülerinnen und Schüler aus.

INFOS: Christian Hübel
Telefon: 0621/ 293 9307
Fax: 0621/ 293 9300
E-Mail: christian.huebel@mannheim.de



Mindestlohn – (Kommunale) Sozial-Charta [Böblingen]

Die SPD Böblingen fordert die Einführung eines Mindestlohns in Höhe von **7,50 Euro** bei allen direkten und indirekt Beschäftigten der Stadtverwaltung Böblingen.

Die großen regional-wirtschaftlichen Unterschiede stehen bei einer kommunalen Einführung nicht im Wege; das müsste die Akzeptanz vereinfachen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion in Böblingen steht hinter folgendem Antrag:

1. Für alle Beschäftigungsverhältnisse bei der Stadt und deren Tochtergesellschaften gilt direkt ein Mindestlohn von 7,50 Euro.
2. Für alle Dienstleistungsverträge, die die Stadt vergibt, wird ein Mindestlohn von 7,50 Euro vereinbart.
3. Für alle Bau- und sonstigen Vergaben wird ein Mindestlohn von 7,50 Euro mit den Auftragnehmer/innen vereinbart.

INFOS: SPD-Fraktion Böblingen
 Ursula Kupke
 Telefon: 07031-236327
 E-Mail: Kupke@boeblingen.de

Gemeinsam ist man klüger [Lichtenau]

Zweckmäßige Gesprächsrunden außerhalb der kommunalen Gremien gibt es in Lichtenau. In der Stadt wurden **Runde Tische für Unternehmer/innen, Senior/innen und Landwirt/innen** eingerichtet. Diese Gespräche mit dem Bürgermeister und Vertreter/innen der verschiedenen Interessengruppen dienen dazu, die Verbände zu stärken und die Stadt Lichtenau für Einwohnerinnen und Einwohner und für Neuansiedlungen attraktiver zu machen.

In den Gesprächsrunden können Probleme offen angesprochen und gemeinsam Lösungen gefunden werden.

So werden mit den Vertreter/innen der Landwirtschaft Fragen der Biotopvernetzung und Gewässerentwicklungsplanung diskutiert und Strategien überlegt, wie die heimische Landwirtschaft zum Beispiel als Direktvermarkter/in oder Produzent/in erneuerbarer Energien gestärkt werden kann.

Den Seniorinnen und Senioren werden Weiterbildungsangebote zum Beispiel zur Nutzung Neuer Medien gemacht. In der Gruppe werden auch Fernreisen geplant und auf eigene Kosten durchgeführt.

INFOS: Bürgermeister Rolf Karrais
www.lichtenau-baden.de



Halbeitzbilanz der Gemeinderatsfraktion [Waldbronn]

Waldbronn ist eine Gemeinde mit 12.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Wie in den vorangegangenen Wahlperioden haben wir auch in 2006 zur Mitte der Legislaturperiode eine Halbeitzbilanz der Gemeinderatsfraktion erstellt, in einem **achtseitigen Faltblatt** abgedruckt und persönlich an alle Haushalte verteilt (zusätzlich natürlich auch in unsere **Website** gestellt – die Adresse findet Ihr am Ende dieses Abschnitts).

Der finanzielle (Druckkosten) und organisatorische (Verteilung an die Haushalte) Aufwand war beträchtlich, aber er lohnte sich. In unserem Faltblatt mit dem traditionellen Titel «Bürger diskutieren» konnten wir ganz gezielt die Punkte ansprechen, in denen wir uns im Gemeinderat gegen die CDU-Mehrheit und den CDU-Bürgermeister nicht durchsetzen konnten, und unsere Haltung ausführlich und gut begründet darlegen. Dies war eine einmalige Chance, wenn man bedenkt, dass der Bürgermeister seine Positionen ohne weiteres in 52 Ausgaben des Amtsblatts pro Jahr verbreiten kann.

Da der Bürgermeister sich bemüßigt fühlte, seinerseits im Amtsblatt detailliert zu unseren Positionen Stellung zu nehmen, entbrannte aus dieser Aktion eine mehrwöchige Debatte, die noch zu **weiteren öffentlichen Veranstaltungen** zu den umstrittenen Themen führte. Außerdem konnten wir so – nicht zuletzt über ein neutrales Internet-Bürgerforum in unserer Gemeinde – unsere Website publik machen, auf der wir regelmäßig unsere Themen ausführlicher darstellen, als dies im Amtsblatt möglich ist. **Bei den Bürger/innen kam sehr gut an, dass wir nicht nur vor der Wahl, sondern auch mitten in der Legislaturperiode Flagge zeigten und die öffentliche Debatte aktivierten.**

Die Aktion war erfolgreich. Die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger war sehr hoch, wie viele persönliche Reaktionen zeigten. Vor allem ist unsere Web-Site seither viel besser bekannt und besucht.

INFOS: Dr. Andree Keitel
 Telefon: 07243/66374
 E-Mail: andree.keitel@onlinehome.de
 Internet: www.spd-waldbronn.de

2,5 Jahre nach der letzten Kommunalwahl [Forst]

Auf Anregung der Mitglieder wurde eine **ausführliche Halbeitzbilanz** erstellt, in der auf die einzelnen Punkte des Wahlprogramms eingegangen wurde. **Verwirklichte Vorhaben** werden darin ebenso aufgezählt wie wichtige Initiativen der SPD Gemeinderatsfraktion, die noch keine Mehrheit gefunden haben, aber **weiterhin vorangetrieben** werden. Die Halbeitzbilanz ist auf der **Homepage** veröffentlicht. Begleitet wurde die Erstellung der Halbeitzbilanz mit Hinweisen im Gemeindeblatt und verschiedenen **Veranstaltungen**: «Gesellschaftliches Engagement von Frauen für Frauen (und Männer)» und «Gemarkungssichtung».

INFOS: Ulrike Böhler-Leibold
 Josefstr. 15
 76694 Forst
 E-Mail: Ulrike.BoehlerLeibold@web.de
www.spd-forst.de



Engagement von Frauen für Frauen [Forst]

Ergebnisse – Wünsche und Ideen, Möglichkeiten und Wege zur Umsetzung: Zur «Halbzeitbilanz – 2,5 Jahre nach der Kommunalwahl» macht die SPD-Fraktion im Gemeinderat deutlich, dass Frauen- und Familienpolitik für sie keine sogenannten weichen Themen sind.

Durch unsere Initiative und mit unserer Unterstützung ist Forst frauen- und familienfreundlicher geworden: Erweiterung der Öffnungszeiten, flexible Öffnungszeiten in den Kindergärten, Betreuung von unter Dreijährigen, Ganztagesgruppe. Unterstützung des Tageselternvereins für die Betreuung von Kleinstkindern. Spielplätze, Betreuung in der Schule, Renovierung der Schule, Ferienbetreuung in allen Ferien. Antrag auf Jugendsozialarbeiter, mit absehbarem Erfolg in diesem Jahr. Unterstützung der Bildungs- und Kultureinrichtungen (JuMu, Bücherei, Kulturvereine) und der Jugendvereinsarbeit. Berücksichtigung des Gleichstellungsgedankens bei allen Vorhaben!

Im Rückblick können wir deutlich machen, **dass kommunalpolitische Arbeit und gesellschaftspolitisches Engagement zum Erfolg führt.**

Am Donnerstag vor dem «Muttertag» bieten wir speziell Frauen aus unserer Gemeinde Gelegenheit zum Austausch über Rahmenbedingungen und öffentliche Faktoren, die Leben und Arbeiten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beeinflussen. Gerne nehmen wir Anregungen und Wünsche auf und versuchen Möglichkeiten und realistische Wege zur Umsetzung anzudenken.

INFOS: Ulrike Böhler-Leibold
Josefstr. 15
76694 Forst
E-Mail: Ulrike.BoehrerLeibold@web.de
www.spd-forst.de

Gemarkungssichtung mit dem Fahrrad [Forst]

Die SPD-Fraktion im Gemeinderat hat mit den Mitgliedern des SPD-Ortsvereins 2,5 Jahre nach der Kommunalwahl die Ziele des Wahlprogramms überprüft. Als weiteres Angebot in diesem Zusammenhang verstehen wir eine «**Halbzeit-Tour**» für Mitglieder, Freunde des OV und interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger:

Mit dem Fahrrad fahren wir durch und um unsere Gemeinde. Die Fraktion informiert über bestehende und zukünftige Anlagen und Projekte. Als Fachmann zu Fragen über Gemarkung und Flur begleitet uns Herr Stricker.

Der Bezug zur «Halbzeitbilanz» ist dadurch gegeben, dass die Entwicklung der Gemeinde in **baulicher Hinsicht**, der Erhalt **gemeindeeigener Gebäude und Anlagen**, die **Erhaltung von Naturräumen** und **Schaffung von Ausgleichsflächen**, die Kriterien zur **Ansiedelung von Gewerbe** als formulierte Ziele zur Kommunalwahl vorlagen.

Anschließend lassen wir den Abend gemütlich ausklingen.

INFOS: Ulrike Böhler-Leibold
Josefstr. 15
76694 Forst
E-Mail: Ulrike.Boehrer-Leibold@web.de
www.spd-forst.de



Interkommunale Positionsbestimmung

Fraktionen im Gemeinderat von Heidelberg, Leimen, Wiesloch, Walldorf, Nußloch und Sandhausen: Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Kooperation eine zentrale Antwort auf die Zukunftsfragen in unseren Gemeinden. Die Finanzkrise ist dabei ein wichtiger Faktor, denn wenn Ober- und Mittelzentren ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können, trifft dies auch die Umlandgemeinden. Ein gesunder Wettbewerb zwischen unseren Städten und Gemeinden steht dem nicht entgegen. Wir Sozialdemokrat/innen wollen die Zusammenarbeit über die Zweckverbände hinaus vertiefen.

Es gilt: **Zukunftsthemen** nicht verschlafen! Unsere Region altert wie Deutschland insgesamt. Eine **kinder- und familienfreundliche Politik** ist darum eine zentrale Herausforderung. Wir müssen unsere Gemeinden auf die demografische Entwicklung vorbereiten. Wir brauchen ein gutes **Miteinander der Generationen** und müssen das **Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen** fördern.

Bildungschancen für alle erhöhen – nur so können wir in Zukunft im Wettbewerb der Regionen bestehen. Wir wollen bei Kindergärten und Schulen Angebote über Gemeindegrenzen hinweg in der außerschulischen Bildung und der Erwachsenenbildung. Ebenso stehen wir für eine Abstimmung und Koordination der angebotenen Kurse. Wir machen uns stark für eine **Verbesserung der Spielplatzsituation**, der **Jugendtreffpunkte** und der **Schulsozialarbeit**, den Ausbau und die **Vernetzung sozialer Dienste**, für **Integrationsmaßnahmen für Benachteiligte** und für die Zusammenarbeit in der **Seniorenbetreuung**, zum Beispiel bei Altenhilfefachberatung.

Lebensqualität erhöhen! Wir leben in einem zunehmend verdichteten Ballungsraum. **Verkehrsprobleme** zählen die Bürgerinnen und Bürger zu den drängendsten Problemen. **Sicherheitsprobleme** sind ein weiteres Feld: Viele fühlen sich in ihrem subjektiven Sicherheitsempfinden beeinträchtigt. Wir wollen alle Verkehrsarten, zu denen auch Rad fahren und Zu-Fuß-Gehen gehören, gleichberechtigten. Wir wollen den Ausbau der S-Bahn (Ergänzungsstrecken, Vertaktung, Verdichtung), die Weiterführung der Straßenbahn nach Wiesloch und Walldorf, eine Komplettierung des Radwegenetzes, die Intensivierung der kommunalen Kriminalprävention und Initiierung von Bürgerbeteiligungsprozessen.

Kosten sparen - Effizienz steigern! Nicht jede Gemeinde wird ihren Bürgerinnen und Bürgern in Zukunft alle gewohnten Dienste anbieten können. Wegfallen müssen sie deswegen nicht: **Zusammenarbeit** kann manches bewahren helfen. Wir wollen eine Kooperation der städtischen Büchereien und die gegenseitige Anerkennung von Leseausweisen, Schwerpunktbildungen bei Heimatmuseen, verstärkte Koordination und gemeinsame Organisation bei kulturellen Veranstaltungen.

INFOS: Lars Castellucci
In der Bohn 28
69168 Wiesloch
www.spd-wiesloch.de

Jusos für Europabüro

[Ostalbkreis]

Die Jusos Ostalb forderten erfolgreich die **Einrichtung eines Europabüros** im Landkreis oder in der Region Ostwürttemberg. Das Büro nach dem Vorbild der Stadt Mannheim wurde beim Landratsamt angesiedelt.

Fit für Europa: Durch das Europabüro werden alle betroffenen Dienststellen, Eigenbetriebe und Gesellschaften kontinuierlich und frühzeitig über die sie konkret betreffenden Gesetzgebungsverfahren auf europäischer Ebene informiert. Um **von diesen Informationen beziehungsweise von den Fördertöpfen der EU profitieren** zu können, muss die Verwaltung für die europäischen Strukturen fit gemacht werden. Das Europabüro übernimmt daher unter anderem die Koordination zwischen Teilnehmer/innen aus allen Fachbereichen der Verwaltung im Bereich EU-Fördermittel.

Fördermitteleinwerbung: In einem weiteren Schritt soll das Europabüro den Kommunen, aber auch Unternehmen, sowie Träger/innen sozialer Dienste, Vereinen und Einzelpersonen dabei helfen, von Fördergeldern der Europäischen Union zu profitieren.

Europa der Bürgerinnen und Bürger: Eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen rund um Europa trägt zur Transparenz und damit auch zur Akzeptanz der EU bei. Das zeigt das Beispiel Mannheim. Allgemein organisierte und koordinierte das Europabüro seit seiner Einrichtung im Jahr 1999 Dutzende Veranstaltungen.

Preis/Leistung: Seit 1999 sind über 40 Millionen Euro EU-Fördermittel nach Mannheim geflossen und wurden in einer Vielzahl von Projekten eingesetzt. Für die Einrichtung des Europabüros entstanden der Stadt Mannheim einmalige Kosten in Höhe von circa 13.300 Euro sowie im ersten Jahr laufende Personal- und Sachkosten in Höhe von etwa 117.000 Euro. Es ist dem Europabüro Mannheim somit bereits in der Aufbau- und Anlaufphase gelungen, sich nicht nur selbst finanziell zu tragen, sondern auch deutlich mehr Fördermittel für die Stadt Mannheim einzuwerben, als es durch seinen Betrieb an Gesamtkosten verursacht hat.

INFOS: Frederick Bruetting
stv. Juso-Landesvorsitzender
In der Wanne 6
73450 Neresheim



TEIL 3:

Europa ★ Bund ★ Land ★ Kommune ★ Mensch



Bundespolitik und Finanzen

Kommunen sind unterfinanziert und werden seit Jahren von der CDU/FDP-Landesregierung als Sparschwein missbraucht! In den Städten und Gemeinden ist der Staat für die Bürgerinnen und Bürger am nächsten, dort wird er erfahrbar. Auch schultern die Kommunen einen großen Teil der staatlichen Aufgaben. Beispielsweise werden rund 60% der staatlichen Investitionen durch die Kommunen getragen.

In den letzten Jahrzehnten wurden die Kommunen einseitig durch Bund und Länder finanziell belastet; teils durch das Abwälzen von

Aufgaben auf die Kommunen, teils durch die Kürzung von Mitteln. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang nur an die Reform der CDU unter Erwin Teufel, die den Kommunen eine ganze Reihe von Aufgaben übertragen hat und dabei die Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben noch um 20% gekürzt hat. Das hat sogar unter den CDU Kommunalpolitikern für erheblichen Aufruhr gesorgt, an der Reform aber nichts geändert.

Auch die Regierung Oettinger hat die einseitige Belastung der Kommunen nahtlos fortgesetzt. In den folgenden zwei Kapi-

teln sind einige Zahlen und Fakten zu den Finanzbeziehungen der Kommunen mit Bund und Land schlagwortartig aufgeführt.

Bund und Kommunen

Die rot-grüne Bundesregierung hat auf verschiedenen Gebieten die Entlastung der Kommunen vorangetrieben. Insbesondere durch die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe (Hartz IV) wurde den Städten und Gemeinden bei ihrer teuersten Pflichtaufgabe zum ersten Mal wirklich geholfen.

Die rot-grüne Regierung hat im Jahr 2004

versucht, durch die Gemeindefinanzreform die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden zu verbessern. Da der Bund den Kommunen keine direkten Hilfen zukommen lassen kann, sondern nur über die Länder die Gelder verteilt werden dürfen, konnte die Landesregierung Baden-Württemberg das für die Kommunen eingeplante Geld einbehalten und hat es nicht an die Städte und Gemeinden ausbezahlt.

Schließlich wurden in Baden-Württemberg die Mittel für den Ausbau der Ganztagesbetreuung (sogenannte IZBB-Mittel) zunächst abgelehnt, um sie nach massiven Protesten in einem unfairen Verfahren an einige Kommunen auszubezahlen. Nicht selten wurden diese Mittel zweckentfremdet, um damit die Einführung des achtklassigen Gymnasiums zu fördern.

In der großen Koalition hat sich die SPD für die Kommunen eingesetzt und konnte auch einiges erreichen. So wurde die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden durch ihren Anteil an der Umsatzsteuer verbessert. Wir haben viel Kritik für die Erhöhung der Mehrwertsteuer einstecken müssen – den Kommunen hilft sie.

Sozialhilfe/ Arbeitslosenhilfe

Im Koalitionsvertrag bekennen sich CDU/CSU und SPD zur Weiterführung der von der SPD-Regierung eingeleiteten Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. In § 46 Absatz 5 des SGB II ist festgelegt, dass die Kommunen in diesem Zuge um 2,5 Milliarden Euro entlastet werden.

Bei der Erstattung des Bundes an die Kommunen für die Wohnkosten der ALG II-Empfänger hat Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering eine kommunalfreundliche Regelung durchsetzen können. Einerseits haben dadurch die Kommunen Planungssicherheit bis ins Jahr 2010 erhalten; andererseits wurden so weitere Belastungen der Kommunen durch

steigende Ausgaben in diesem Bereich verhindert, so dass es in den letzten beiden Jahren zu einer deutlich höheren Nettoentlastung gekommen ist.

Insgesamt betrug der Anstieg der kommunalen Einnahmen im Jahr 2005 3,9 %, während die Ausgaben durch diese Maßnahmen nur um 2,8% stiegen, so dass es auch hier zu einer Nettoentlastung der Kommunen kam.

Unternehmenssteuerreform / Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer bleibt als wichtigste kommunale Steuer erhalten, während die CDU Baden-Württemberg und Ministerpräsident Oettinger sie komplett abschaffen wollten. Durch die Reform der Unternehmenssteuer wird die Gewerbesteuer ihrem Charakter als Realsteuer erhalten. Das bedeutet, dass die Steuer unabhängig von der Leistungsfähigkeit der Person erhoben wird, die ein Gewerbe ausübt. Gewinnunabhängige Elemente der Gewerbesteuer sorgen so dafür, dass die Einnahmen weniger konjunkturabhängig sind.

Gleichzeitig werden durch die Reform viele Steuerschlupflöcher für Unternehmen beseitigt, so dass die Einnahmen der Städte und Gemeinden insgesamt stabilisiert werden. Nach Berechnungen der Bundesregierung wird das Aufkommen der Gewerbesteuer von geschätzten 37 Milliarden Euro im Jahr 2007 auf fast 50 Milliarden Euro im Jahr 2012 ansteigen. Dabei entstehen den Kommunen keine Mindereinnahmen durch die Unternehmenssteuerreform – im Gegensatz zu Ländern und Bund.

Und schließlich wird die Gewerbesteuerumlage – also der Teil der Steuer, der von den Kommunen an Bund und Land abgeführt werden muss – gesenkt, so dass mehr Geld bei den Kommunen bleibt. Insgesamt hat sich die SPD bei der Unternehmenssteuerreform sehr für die Kommunen eingesetzt und konnte sich hier auch gegen die CDU behaupten und

durchsetzen! Dadurch haben in Zukunft die Kommunen mehr Geld zur Verfügung, um zu investieren und zu gestalten.

Finanzierung der Kinderbetreuung

Für die SPD ist der Ausbau der Kinderbetreuung schon seit langem ein zentrales Anliegen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Eine Entscheidung für die Familien und für Kinder darf nicht (mehr) dazu führen, dass man (und vor allem frau) sich gegen ein Berufs- und Erwerbsleben entscheiden muss!

Ende August 2007 haben sich Bund und Länder auf ein Finanzierungskonzept zum Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren geeinigt. Für den am Bedarf orientierten Ausbau stellt der Bund bis 2013 insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon werden 2,15 Milliarden Euro für Investitionen bereitgestellt. Zusätzlich beteiligt sich der Bund ab 2009 ansteigend an den entstehenden Betriebskosten der Einrichtungen (2009 mit 100 Millionen Euro, 2010 mit 200 Millionen Euro, 2011 mit 350 Millionen Euro und 2013 mit 700 Millionen Euro.) Ab 2014 wird der Bund dauerhaft mit 770 Millionen Euro die Betriebskosten der Betreuungseinrichtungen bezuschussen.

Dies ist ein großer Erfolg der SPD, denn den Kommunen wird eine verlässliche Unterstützung bei den Betriebskosten zugesichert, so dass es nicht dazu kommt, dass die Kitas leer stehen müssen, da ihr Betrieb von der Stadt oder Gemeinde allein bezahlt werden muss. Die SPD auf Bundesebene hat so eine solide Grundlage für die Zukunft der Kinderbetreuung geschaffen.

Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen

Bei der CDU/FDP-Regierung in Baden-Württemberg ist es eine «liebgewordenen» Tradition, sich bei den Kommunen Geld zu beschaffen. Dies betreibt die Regierung Oettinger nahtlos weiter, ebenso wie ihre Vorgängerin. So werden in den Jahren 2004 bis 2010 die Mittel des Landes für die Kommunen um 834 Millionen Euro gekürzt werden. Im Ergebnis bekommen die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg so pro Jahr 40 Euro pro Kopf weniger, was zum Teil erhebliche Auswirkungen auf die finanziellen Gestaltungsspielräume hat.

Gleichzeitig wälzt das Land Aufgaben auf die Kommunen ab, ohne dafür einen Ausgleich zu schaffen. Die Politik der CDU/FDP-Regierung ist für die Kommunen ein Dreiklang in Moll: Finanzausstattung kürzen, Aufgaben abwälzen und die Erfolge der Kommunen für sich reklamieren.

Finanzausstattung kürzen

In den letzten Jahren hat sich die Landesregierung intensiv bei den Kommunen selbst bedient und ihnen ordentlich in die Taschen gegriffen. Für den Landeshaushalt plant die Regierung kaum nachhaltige Kürzungen zur Sanierung und Konsolidierung, sondern greift auf die Steuermehreinnahmen sowie die Haushalte von Städten und Gemeinden zurück. So wurde durchgesetzt, dass für die Jahre 2007 bis 2010 jedes Jahr 405 Millionen Euro zu Lasten der Kommunen gestrichen werden.

Dem mussten die kommunalen Spitzenverbände zustimmen, um noch schlimmere Androhungen zu verhindern, die CDU und FDP mit ihrer Mehrheit im Landtag hätten durchsetzen können. Zum Beispiel wollte die Landesregierung weitere 100 Millionen Euro jährlich beim Finanzausgleich kürzen. Zu erwähnen ist noch, dass die Regierung Oettinger die Gewerbesteuer komplett zugunsten der Unternehmen und zu Lasten der Kommunen abschaffen wollte. Dies hätte zu einem massiven Verlust der Steuermöglichkeiten der einzelnen Städte und Gemeinden geführt, ohne dass ein Ausgleich hierfür geschaffen worden wäre. Die SPD konnte dies jedoch glücklicherweise verhindern. Auch von den ersten Hilfen des Bundes für die Kommunen hatten die baden-württembergischen Städte und Gemeinden nichts, denn das Land behielt die zusätzlichen Bundesmittel einfach ein.

Aufgaben abwälzen

In Artikel 71 Absatz drei der Landesverfassung von Baden-Württemberg ist das sogenannte Konnexitätsprinzip festgeschrieben; dies besagt, dass das Land den Kommunen per Gesetz Aufgaben übertragen kann und die damit verbundenen Mehrkosten zu erstatten hat. In der Praxis ist diese Regelung jedoch nicht ausreichend, da einerseits eine Übertragung ohne Gesetz – also zum Beispiel durch eine Verordnung – nicht geregelt ist und andererseits die Aufgabenausweitung ebenfalls nicht erfasst ist. Über diesen Weg konnte die Landesregierung den Städten und Gemeinden problemlos zusätzliche Aufgaben aufbürden, ohne hierfür entsprechenden Ausgleich zu schaffen.

Daher fordert die SPD schon seit langem die Neuregelung dieses Artikels. In den letzten Jahren hat sich das Land aus den verschiedensten Bereichen verabschiedet und lässt die Kommunen mit ihren Aufgaben allein. Ob Schulsozialarbeit, Musikschulförderung oder Kindergartenversorgung, bei den Volkshochschulen, den sozialpsychiatrischen Diensten oder den Fördermitteln zur beruflichen Eingliederung von Arbeitslosen – überall hat die Landesregierung Mittel gekürzt oder komplett gestrichen und die Kommunen vor die Wahl gestellt, diese Aufgaben ganz zu übernehmen oder sie einzustellen.

Mit den Konsequenzen vor Ort müssen sich die Kommunen auseinandersetzen, denn letztlich sind sie es, die ihren Bürgerinnen und Bürgern erklären müssen, warum beispielsweise die Musikschule geschlossen wird.

Erfolge der Kommunen für sich reklamieren

Die Landesregierung lässt keine Gelegenheit aus, sich für Erfolge in den Städten und Gemeinden feiern zu lassen. So möchte man glauben, dass der Ausbau der Ganztageschulen ein Projekt der CDU und FDP sei. Dabei wird dieser Ausbau weitgehend vom Bund und den Kommunen finanziert: Von dem auf neun Jahre angelegten Programm zu Ausbau der Ganztageschulen in Höhe von 1 Milliarde Euro tragen aber 85% die Kommunen (550 Millionen unmittelbar und 330 Millionen aus den kommunalen Investitionsfonds). Den Rest trägt die Landesstiftung, so dass das Land keinen Euro aus dem Haushalt für dieses Programm zur Verfügung stellt. Gleichzeitig wird den Schulen durch den Abbau von 521 Lehrer/innenstellen das personelle Fundament entzogen. Bei der Schulsozialarbeit hat das Land die Förderung sogar komplett eingestellt und lässt so die Schulen und die Kommunen mit den Problemen alleine.

Europa und die Kommunen sind dasselbe Zuhause

Europa und die Kommunen scheinen so weit voneinander entfernt, sie sind es aber gar nicht. Das Beziehungsgeflecht zwischen beiden Ebenen ist engmaschig und vielfältig. Rund 70 bis 80 Prozent der Beschlüsse auf der europäischen Ebene müssen von den Regionen, Landkreisen, Städten und Gemeinden beachtet und auch umgesetzt werden. Dennoch scheinen manche noch der Auffassung zu sein, es seien grüne Marsmenschen, die in Brüssel und Straßburg die politischen Weichen stellen. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Es sind die Vertreter/innen aus den Mitgliedstaaten und die direkt gewählten Mitglieder im Europäischen Parlament, die den Bürgern und Bürgerinnen und den Mitgliedstaaten in Europa Gesicht und Stimme geben.

Europa ist kommunaler Alltag

Europa begegnet uns beim Einkaufen über die gemeinsame Währung oder die Kennzeichnung der Produkte ebenso wie beim Baden in öffentlichen Gewässern, beim Spazieren durch Naturschutzgebiete, beim Entsorgen des Hausmülls oder beim grenzenlosen Reisen. Manchmal ist dieser europäische Hintergrund nicht unmittelbar ersichtlich, da die europäischen Gesetze durch die Umsetzung in den Mitgliedsstaaten und deren Bundesländern im Gewand von Bundes- und Landesgesetzen daherkommen.

Europa hilft aber auch direkt und unmittelbar ersichtlich, wie zum Beispiel über die verschiedenen Strukturfonds, den Sozialfonds und die vielen spezifischen Förderprogramme. Mit diesen Instrumenten werden regionale und lokale

Projekte unterstützt, die unter anderem dem Ausbau der regionalen und kommunalen Infrastruktur dienen, oder beim Strukturwandel in ländlichen Gebieten, bei der Qualifizierung von Arbeitslosen, bei der Wirtschaftsförderung wie auch bei der Sanierung von Stadtvierteln helfen. Europa schafft mit den genannten Förderinstrumentarium zusätzlichen Spielraum für die Weiterentwicklung der Infrastruktur in den Regionen, Kreisen, Städten und Gemeinden, den wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen vollständig nutzen wollen.

Zum Glück bereits alltäglich, aber nicht weniger wichtig sind die Bürgerrechte, die Europa allen Unionsbürgern und Unionsbürgerinnen garantiert. Das Recht auf Freizügigkeit, das Aufenthaltsrecht und Niederlassungsrecht gehören ebenso dazu wie das wichtige Wahlrecht bei Europa-, Kommunal und Bürgermeisterwahlen.

Europa verbindet

Viele Kommunen in Deutschland unterhalten und pflegen enge Partnerschaften und Freundschaften zu Kreisen, Städten und Gemeinden in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Diese engen Beziehungen bilden ein wesentliches Element für das Zusammenwachsen und die Verständigung zwischen den Menschen in Europa und tragen damit auch erheblich zum Gelingen des europäischen Einigungsprojektes bei. Die Europäische Union unterstützt diese Partnerschaften, wovon vor allem baden-württembergische Städte und Gemeinden durch ihre Nähe zu den umliegenden Mitgliedstaaten in großem

Maße profitieren. Zugleich entstehen häufig auch grenzüberschreitende kommunale Kooperationsprojekte, wie zum Beispiel im Personennahverkehr, die direkt den Menschen vor Ort zugute kommen.

Europa bürgernah gestalten

Europa bietet als beispielloses Erfolgsmodell einen verlässlichen Rahmen, der schon seit über einem halben Jahrhundert Sicherheit, Frieden, Stabilität und Fortschritt für die Menschen garantiert. Darin liegt die besondere Stärke Europas. Diesen Rahmen wollen wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen weiterentwickeln und Europa noch demokratischer und sozialer gestalten, denn die Bürger und Bürgerinnen wollen nicht mit Hilfe Europas das Primat des Marktes durchsetzen, sondern erwarten vielmehr völlig zurecht auch von Europa einen sozialen Mehrwert zur Unterstützung ihres eigenen Lebensentwurfs.

Dieses betrifft unmittelbar auch das Engagement in den Kommunen, denn ein soziales Europa der Bürger und Bürgerinnen ist ohne eine starke und handlungsfähige kommunale Selbstverwaltung nicht mit Leben zu erfüllen. Die besondere Stärke der Städte und Gemeinden liegt gerade darin, dezentral vor Ort auf die vielfältigen Herausforderungen mit vielfältigen Lösungen reagieren zu können. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen fordern deshalb, dass die Aufgaben subsidiär und möglichst bürgernah erledigt werden müssen.

Die Kommunen bilden zudem das staatliche Fundament bei der Erbringung der gemein-



wohlorientierten Daseinsvorsorge und prägen dadurch entscheidend die Lebensbedingungen und das Maß an Lebensqualität der Bürger und Bürgerinnen vor Ort. Die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zählen für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen zu den Kernelementen des Europäischen Sozialmodells, die wir als besonders schützenswert erachten. Zu diesen Dienstleistungen gehören unter anderem die Förderung von Kultur, Bildung und Sport, Schulen, Krankenhauswesen, die Versorgung mit Alten- und Pflegeeinrichtungen, die Wasser-, Strom und Gasversorgung, Abwasserentsorgung, Wirtschaftsförderung, der Straßen- und Wegebau sowie Feuerschutz, Kindergärten, Jugendhilfe und sozialer Wohnungsbau.

Unsere Forderungen an Europa

Wir als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen formulieren besondere Anforderungen an die Aufgabenerfüllung im Bereich der Daseinsvorsorge, die europaweit Gültigkeit erlangen sollen. Diese sind im Wesentlichen:

- ▶ ein gleichberechtigter und diskriminierungsfreier Zugang für alle Bürger und Bürgerinnen;
- ▶ ein flächendeckendes, an qualitativen Standards orientiertes, dauerhaftes und verlässliches Angebot zu angemessenen Preisen; sowie
- ▶ ihre demokratische Kontrolle und die öffentliche Wahrnehmung der Verantwortung.

Die Städte und Gemeinden brauchen als eigenverantwortliche Aufgabenträger/innen der Daseinsvorsorge mehr Rechtssicherheit und -klarheit im europäischen Rahmen. Vor allem müssen die Städte und Gemeinden weiterhin eigenverantwortlich darüber entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen möchten, über ein kommunales Unternehmen, eine interkommunale Kooperation, eine Öffentlich Private Partnerschaft oder ein privates Unternehmen.

Unser Ziel bleibt es, durch Modernisierung und Effizienzsteigerung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge die Lebensbedingungen für alle Bürger und Bürgerinnen zu verbessern und zur Überwindung sozialer Ausgrenzung beizutragen.

Wettbewerb kann dabei ein Mittel zum Zweck sein; er ist aber kein Selbstzweck und muss sich den politischen Zielsetzungen deshalb unterordnen. Als Beispiel bietet sich der Bereich der Trinkwasserversorgung an. Trinkwasser ist ein elementares Lebensmittel, dessen Qualität und Preis nicht allein von Renditeabwägungen privater Anbieter abhängig sein darf. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden

daher allen Versuchen für eine weitere Privatisierung der Trinkwasserversorgung entschieden entgegenzutreten.

Aufgaben partnerschaftlich erfüllen

Die Kommunen und Europa bilden die zwei Enden einer Klammer, die die Lebenswirklichkeit der Bürger und Bürgerinnen abbilden. Diese Klammer politisch so zu gestalten, dass die Menschen mit ihren Bedürfnissen und Entfaltungsmöglichkeiten im Mittelpunkt stehen, ist für alle Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen Ansporn und Auftrag zugleich. Sozialdemokratische Politik wird immer von den Menschen für die Menschen gemacht. Sie ist gelebte Demokratie. Dieses gilt für die europäische Ebene ebenso wie für die kommunale.

Lebenswerte Städte und Gemeinden

Wirtschaftlicher Strukturwandel, demografische Entwicklung und Integrationsprobleme fordern unsere Städte und Gemeinden in bisher nicht gekanntem Umfang heraus. Wollen wir sie als lebenswerte und sichere Heimat erhalten und weiterentwickeln, brauchen wir ehrliche und tragfähige Antworten.

Es gibt grundsätzliche Aufgaben, die überall – und zwar in Abhängigkeit der spezifischen regionalen Voraussetzungen – bedacht werden sollten. Die Projektgruppe «Lebenswerte Städte und Gemeinden» beim SPD-Parteivorstand unter der Leitung von Bärbel Diekmann und Christoph Matschie hat vor diesem Hintergrund sechs kommunalpolitische Schwerpunkte bestimmt, auf die unser Augenmerk gerichtet werden muss.

In Anbetracht regionaler Arbeitslosenquoten von über 20 Prozent und einer weltweit wachsenden Konkurrenz der Regionen ist es erforderlich, insbesondere unsere Städte als Orte der Innovation, der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung zu stärken, damit sie uns weiterhin Arbeit, Wohlstand und Sicherheit bieten können. Dabei müssen wir vor allem **Wachstumskerne fördern**, die in der Lage sind, Motoren für die Entwicklung einer Region zu sein.

Wir müssen die **Bildungs- und Betreuungsangebote** für unsere Kinder – insbesondere auch im Kleinkindalter – verbreitern und verbessern. Viele soziale Integrationsprobleme sind auf ein zu spätes Erkennen und fehlendes Gegensteuern bereits im vorschulischen Alter zurückzuführen. Der Zugang zu Bildung und Wissen ist für die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts zugleich die entscheidende soziale Frage. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass

niemand wegen seiner sozialen, ethischen oder kulturellen Herkunft zurückbleibt. Niedrige Geburtenziffern zeigen die Notwendigkeit, unsere Städte und Gemeinden kinder- und familienfreundlicher zu gestalten.

Solidarität zwischen den Generationen ist eine elementare Voraussetzung zur Bewältigung der Herausforderungen einer alternden Gesellschaft. Kommunalpolitik muss diese Solidarität fördern und stärken. Dazu gehört, soziale Unterstützungsnetze zu verbessern und drohender Isolation entgegen zu wirken. Wir brauchen eine aktive Bürgergesellschaft, in der Verantwortung für das Gemeinwohl freiwillig übernommen wird. Hier wird es darauf ankommen, vor allem den wachsenden Anteil aktiver Senior/innen in noch stärkerem Maße zur Mitarbeit zu gewinnen.

Für den sozialen Zusammenhalt unserer Städte und Gemeinden müssen wir Fortschritte bei der **Integration der Einwander/innen** und der bereits hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund erreichen. Fast zwanzig Prozent aller Einwohner/innen Deutschlands kommen aus dem Ausland oder sind hier geborene Kinder ausländischer Eltern. Einwander/innen sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie haben schlechtere Bildungschancen. Ausländische Jugendliche haben schlechtere Chancen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Ihnen müssen wir Chancen bieten, ihr Leben aus eigener Kraft zu gestalten. Gleichzeitig bedarf es klarer Orientierung auf die Regeln, Normen und Werte unserer Gesellschaft.

Vor allem in Regionen mit sinkenden Bevölkerungszahlen brauchen wir **neue städtebauliche Konzepte** für die Innenentwicklung

unserer Städte und Gemeinden. Wenn Städte und Gemeinden lebenswert sein sollen, benötigen wir Ideen für die Wiedernutzung brachgefallener Gebäude und Flächen, mit denen wir neue Qualitäten und Perspektiven schaffen. Wichtig ist dabei, Nahversorgungszentren und Orte der Begegnung in unseren Stadtteilen, Quartieren und Dörfern zu erhalten oder neue Angebote zu schaffen. Insbesondere in dünn besiedelten strukturschwachen ländlichen Regionen benötigen wir Konzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

Wir müssen die **Sicherheit im ländlichen Raum** erhöhen und uns dafür einsetzen, dass der eigene Wohn- und Lebensort als sichere Heimat und Zuhause empfunden werden kann. Viele Menschen fühlen sich durch Kriminalität, Vandalismus und lautstarkes Auftreten kleiner Minderheiten im öffentlichen Raum bedroht. Vor allem die wachsende Zahl älterer Menschen ist durch die empfundene Bedrohung in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt.

Damit die Kommunen diese Herausforderungen annehmen und bewältigen können, muss ihre Handlungsfähigkeit unbedingt gesichert werden. Europa, Bund und Länder stehen deshalb in der Pflicht, die Rahmenbedingungen kommunalen Handelns so zu gestalten, dass die **Finanzausstattung der Kommunen** gesichert ist und diese im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung frei darüber entscheiden können, ihre Aufgaben auch mit eigenen Unternehmen zu bewältigen.

TEIL 4:

Wer etwas mehr wissen will – die Literaturhinweise...

Policon-Teams

Beratung und Training für Politik und öffentlichen Dienst

Wolfgang Gisevius, Achim Moeller,
Hannah Schmidt-Kuner, Ulla Zumhasch:
«Die sozialdemokratische Kommunalakademie:
High-potentials für die Kommunen».
Ein Projekt von Bundesvorstand SPD
und der Bundes SGK. Teilnehmer Unterlagen.
Kontakt:
gisevius@fitkom.de, achim.moeller@afk-akademie.de, schmidt.
kuner@t-online.de, mail@UllaZumhasch.de

Demokratische Gemeinde (DEMO)

Fachorgan der Sozialdemokratischen
Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Chefredakteur: Stefan Grönebaum
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin
Telefon: 030/ 25594-200
Fax: 030/ 25594-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
www.demo-online.de

Mitteilungen

Deutscher Städtetag (DST)
Selbstverlag des Deutschen Städtetages
Chefredakteur: Volker Bästle Postfach 510620 · 50942 Köln
Telefon: 0221/ 3771-0
Fax: 0221/ 3771-128
E-Mail: post@staedtetag.de
www.staedtetag.de

Stadt und Gemeinde

Herausgeber: Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)
Chefredakteur: Franz-Reinhard Habel
Verlag Winkler & Stenzel, Burgwedel
Marienstraße 6 · 12207 Berlin
Telefon: 030/ 77307-0
Fax: 030/ 77307-200
E-Mail: redaktion@stadt-und-gemeinde.de
www.stadt-und-gemeinde.de

Der Landkreis

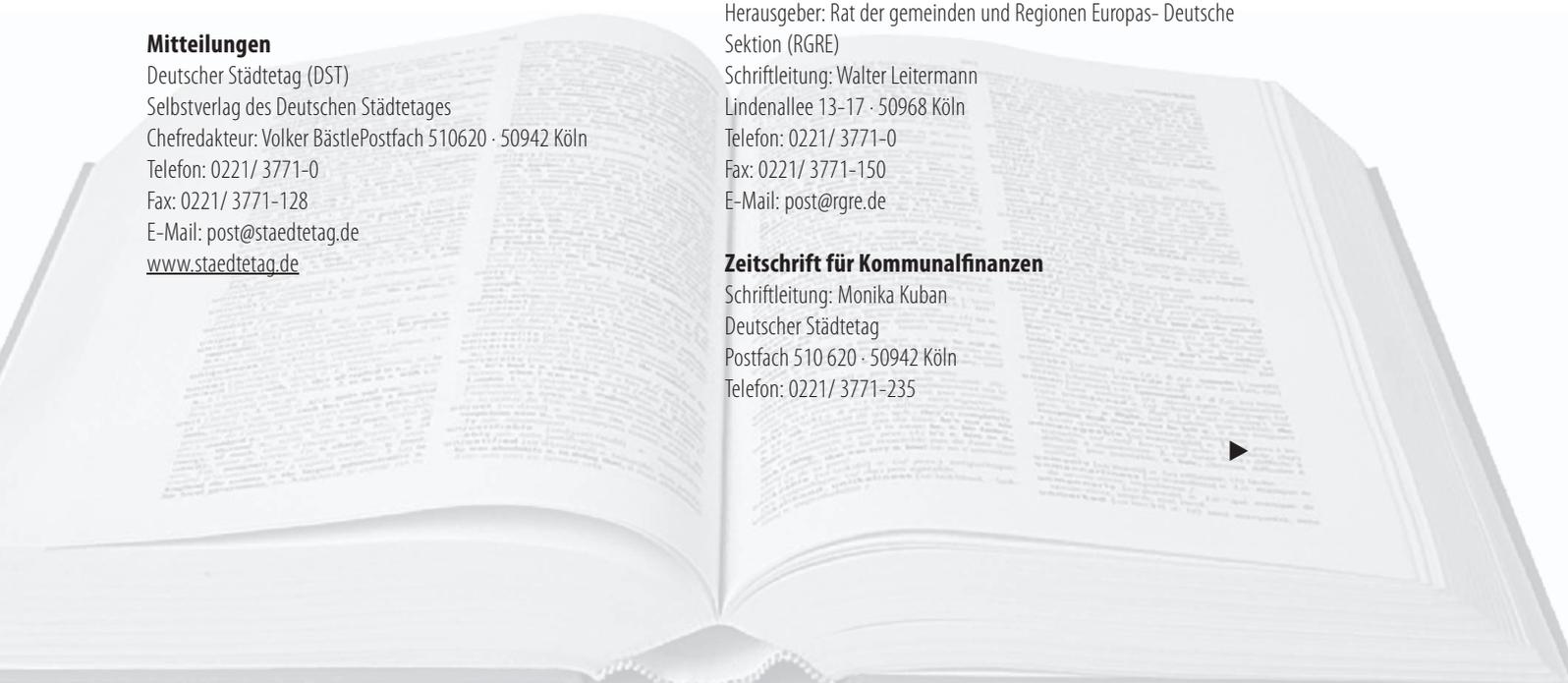
Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung
Herausgeber: Deutscher Landkreistag (DLT)
Verlag Kohlhammer Stuttgart
Lennéstraße 17 · 10785 Berlin
Telefon: 030/ 590097-0
Fax: 030/ 590097-450
E-Mail: info@landkreistag.de
www.kreise.de/landkreistag/auswahl-zeitschrift.htm

Europa Kommunal

Europäische Zeitschrift für Rat, Verwaltung und Wirtschaft
Herausgeber: Rat der gemeinden und Regionen Europas- Deutsche
Sektion (RGRE)
Schriftleitung: Walter Leitermann
Lindenallee 13-17 · 50968 Köln
Telefon: 0221/ 3771-0
Fax: 0221/ 3771-150
E-Mail: post@rgre.de

Zeitschrift für Kommunalfinanzen

Schriftleitung: Monika Kuban
Deutscher Städtetag
Postfach 510 620 · 50942 Köln
Telefon: 0221/ 3771-235



Einführungen in die Kommunalpolitik

- Wollmann/Roth (Hrsg.)
«Kommunalpolitik», Leske & Budrich 1999
- Hiltrud und Karl-Heinz Naßmacher
«Kommunalpolitik in Deutschland», UTB 1999
- Wolfgang Rudzio
«Einführung in das politische System der BRD», UTB 2000
- Wolfgang Gisevius
«Leitfaden durch die Kommunalpolitik», Dietz Verlag
- Jörg Bogumil/ Lars Holtkamp
«Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung», 2006

Wahlkampf

- Achim Möller
«Wahlen gewinnen»,
Handbuch zur Kommunalwahl in Hessen 2001, AfK 2001
- Markus Schwertel
«Ich gewinne die Wahl»
Frankfurt 2004

Rats- beziehungsweise Fraktionsarbeit

- Klaus Ade
«Taschenbuch für Gemeinde- und Stadträte
in Baden-Württemberg»
Stuttgart unter anderem 1999
- Hans Paul Eppinger (Hrsg.)
«Rat für Räte»,
Schwäbisch Hall 2002 (Taschenbuch)
- Wolfgang Gisevius
«Der neue Bürgermeister»
Bonn 1999 (Taschenbuch)
- Rudolf Oster, Friedrich-Ebert-Stiftung
«Die Geschäftsordnung der Fraktion in der Gemeindevertretung»
Bonn 1999 (Broschüre)
- Marga Pröhl/Andreas Osner
«Ratsarbeit besser machen»
Handbuch der Bertelsmann Stiftung 2002
- Carla Reckert, Friedrich-Ebert-Stiftung
«Erfolg ist kein Zufall,
Management-Techniken für Kommunalpolitiker»
Bonn 1999 (Broschüre)

Überblicke zur kommunalpolitischen Praxis

- Wolfgang Bey / Manfred Klaus / Uwe-Jens Rössel (Hrsg.) (Hg.)
«Das gläserne Rathaus, Kommunalpolitik von A bis Z»,
Hamburg 2001
- Hans-Peter Knirsch
«Kommunalpolitik von A bis Z»
SGK-NRW, Düsseldorf 1999
- Bundes-SGK
«Zukunft Stadt – Mit den Menschen, für die Menschen»,
Berlin 2001
- Hannah Schmidt-Kuner/ Susanna dos Santos
«Bürgerschaft und Management – Politik in den Kommunen»,
Bundes SGK, Berlin 2004
- Hannah Schmidt-Kuner/Susanna dos Santos
«Kommunalpolitik macht Freude»
Bundes SGK, Berlin 2003







Nagold

RAL
Geprüftes Gütekriterium

GEPRÜFTES GÜTEKRITERIUM:
Zügige Bezahlung von Auftragsrechnungen,
die von mittelständischen Unternehmen
an die Kommune gestellt werden

MAXIMAL 15 ARBEITSTAGE

»Auf Ihr Geld
müssen Sie
nicht lange
warten.«

GEPRÜFTES GÜTEKRITERIUM:
Bearbeitungszeit für gewerbliche Bauvorhaben

40 ARBEITSTAGE

»Geben Sie uns
Ihre Planung
sicherheits...

So weiß der Rechnungsteller, wann er sein Geld bekommt: Spätestens 15 Tage nach dem Eingang seiner Rechnung bei uns wird der fällige Betrag überwiesen. Das schafft finanzielle Planungssicherheit und verbesserte Liquidität.

